Berlin vor Maikrawallen S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

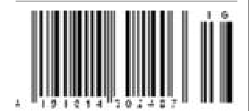
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 16 – 23. April 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Die Abnicker: Im Zeichen der europäischen Einigung entmachtet sich das deutsche Parlament seit Jahrzehnten selbst. Bild: M. Kappeler/dapd

Endlich aufgewacht?

Erstmals üben Bundestagsabgeordnete Kritik an milliardenschwerer Euro-Rettung

„Es wird, weil es werden muss." Nach diesem Motto werden seit zwei Jahrzehnten alle Schritte zur europäischen Währungsunion auf Biegen und Brechen durchgedrückt. Angesichts der milliardenschweren Euro-Rettung merken inzwischen auch einige Politiker, dass es so nicht weitergehen kann.

Anfang der 1990er Jahre bescherte RTL den Zuschauern eine Sternstunde deutscher Fernsehunterhaltung. „Tutti Frutti, das Euro-Quiz" hieß die Sendung, bei der von keines Geistes Blässe angekränkelte Kandidaten an Ratespielchen mit leicht bekleideten Damen teilnahmen. War die Antwort richtig, gab es einen „Länderpunkt", und am Ende der Sendung zog der glückliche Gewinner mit einem Beutel „Ecu" von dannen. Das war eine monetäre Rechnungseinheit der EG, die gegen Landeswährung eingetauscht werden konnte. Mit solchen Späßchen sollte den Europäern eine Währungsunion schmackhaft gemacht werden.

Die Zeiten, in denen eine europäische Währung Unterhaltungswert hatte, sind lange vorbei. Das merken jetzt auch einige Bundestagsabgeordnete. Plötzlich erinnern sie sich an das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2009, in dem das Budgetrecht des Parlaments zum Kernbereich demokratischen Lebens gezählt wird. Sowohl das Demokratieprinzip als auch das Wahlrecht seien verletzt, wenn die Festlegung über Art und Höhe der den Bürger betreffenden Abgaben „supranationalisiert" würde. Sekundiert von einigen Kollegen aus der eigenen Partei und des Koalitionspartners CDU kritisiert der FDP-Abgeordnete Frank Schäffler nun die „monetäre Planwirtschaft und den politischen Zentralismus" der EU sowie den drohenden Verlust des Königsrechts des Parlaments, der freien Haushaltsplanung und -verabschiedung.

> Jahrzehntelang haben deutsche Politiker alles mitgemacht

Diese Erkenntnis kommt indes reichlich spät. Eine vor Jahrzehnten geschmiedete Koalition aus Regierungen und Parlamenten und den Brüsseler Bürokraten hat einen Automatismus ermöglicht, der die EU immer weiter zementiert hat. Nicht nur offene Grenzen, sondern selbst Sinnlosigkeiten wie eine EU-Norm für die Krümmung von Gurken und Seilbahnverordnungen für Flachlandstaaten wurden als Meilensteine auf dem Weg zur europäischen Integration und Sicherheit gefeiert. Deutsche Positionen hingegen wurden bedenkenlos aufgegeben. Kaum ein Bundestagsabgeordneter hat dagegen seine Stimme erhoben. Ernsthafte parlamentarische Debatten unterblieben, denn wer wollte sich schon dem Verdacht aussetzen, ein schlechter Europäer oder gar ein Nationalist zu sein? Und auch die Gemeinschaftswährung ist angeblich unverzichtbar, denn „Stirbt der Euro, stirbt Europa". So wird es den Bürgern suggeriert. Deshalb wird auch ein Dauerstabilitätsmechanismus zur Euro-Rettung als „alternativlos" hingestellt. Nun rast der auch vom Bundestag angeschobene Euro-Zug mit voller Fahrt auf den Abgrund zu. Wenn die parlamentarischen Hilfsbremser noch so kurz vor dem Absturz etwas bewirken wollen, werden sie kräftig am Hebel ziehen müssen. *Jan Heitmann*

WILHELM V. GOTTBERG:

Quo vadis Nato

Die Außenminister der Nato-Staaten haben sich bei der Konferenz in Berlin darauf verständigt, den militärischen Einsatz des Bündnisses in Libyen bis zum Abgang des Gaddafi-Regimes fortzusetzen. Damit folgt die Nato einem gemeinsamen Aufruf – eher einer Weisung – der Staatschefs Barack Obama, Nicolas Sarkozy und David Cameron, die am 15. April in den USA, Frankreich und England veröffentlicht wurde. „Gaddafi muss weg und zwar für immer". Deutlicher ist nicht zu demonstrieren, wer in der Nato das Sagen hat.

Das Bündnis ergreift nun einseitig Partei für die Aufständischen: Es wird deren Verbündeter. Dies lässt sich weder mit dem Charakter der Nato – sie ist ein Verteidigungsbündnis – noch mit der Entschließung 1973 des Weltsicherheitsrates vereinbaren. Die Entschließung fordert und erlaubt die Einrichtung einer Flugverbotszone und den Schutz der Zivilbevölkerung, nicht aber den Sturz des Regimes. Das Flugverbot ist gewaltsam durchgesetzt, durch Zerstören der libyschen Flugzeuge und Flugplätze. Bei der zweiten Forderung stellt sich inzwischen die Frage: Wer schützt die libysche Zivilbevölkerung vor den Luftangriffen der Nato? Jedermann weiß, die bisherigen 5000 Lufteinsätze der Nato verschonen die Zivilbevölkerung im Wüstenstaat nicht.

Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle nutzte seine Möglichkeiten als Gastgeber der Konferenz nicht. Ihm blieb die Komparsenrolle. Er hätte deutlich machen können, dass das vorschnelle militärische Losschlagen der Partner nicht zu Ende gedacht war und einen Plan für eine politische Lösung des Konflikts vorlegen können.

Sieg der Euro-Gegner

Neue finnische Regierung könnte die Rettungsschirme blockieren

Eine klare Position gegen den Euro und die Finanzhilfen für überschuldete EU-Länder hat die Parlamentswahl in Finnland entschieden. Nahezu aus dem Stand hat die Partei „Wahre Finnen" 19 Prozent der Stimmen eingefahren. Damit ist sie zur drittstärksten Partei aufgerückt und wird wahrscheinlich an der nächsten Regierung beteiligt sein.

„Bisher waren wir zu weich gegenüber Europa. Das muss sich ändern." Äußerungen wie diese lassen jetzt alle Euro-Anhänger erblassen. Schon länger fordert der Parteivorsitzende Timo Soini ein Ende von Stabilitätspakt und Hilfszahlungen. Mit der einfachen Begründung, dass ihr Land nicht für die Fehler anderer bezahlen solle, hat er den Nerv der Finnen getroffen. Selbst einen Austritt Finnlands aus der Euro-Zone hat er im Wahlkampf nicht ausgeschlossen.

> Wahlergebnis lässt Brüssel erblassen

Tatsächlich könnten die „Wahren Finnen" als Regierungspartei die EU-Hilfen für die „Verschwenderstaaten", wie Soini sie nennt, blockieren, denn für das System der Rettungsschirme ist die Zustimmung aller 17 Euro-Mitgliedsstaaten erforderlich. Es gibt kaum einen Zweifel daran, dass Finnland sein Vetorecht nutzen wird. Das würde dazu führen, dass das gesamte Euro-Rettungspaket neu verhandelt werden müsste. Damit wiederum würde die finnische Politik die globalen Finanzmärkte beeinflussen.

Kaum, dass das Wahlergebnis bekannt gegeben worden war, fiel der Euro-Kurs. Nicht nur an den Börsen, auch in den europäischen Hauptstädten herrscht nun Entsetzen gepaarte Ernüchterung. Soini ist unvermittelt zu einem zentralen Akteur europäischer Politik geworden. Ein Ausscheren Finnlands könnte mehr als nur die Aufkündigung der „europäischen Solidarität" sein. In letzter Konsequenz könnte es sogar das Ende der Gemeinschaftswährung einläuten. *J.H.*

Arbeitspflicht bleibt tabu

Arbeitslose statt Zivildienstleistende: Idee erneut niedergemacht

Die Idee sei „Populismus pur", wird der FDP-Politiker Florian Bernschneider zitiert. Er war einer von vielen, die sich über die Idee der beiden CDU-Sozialexperten Carsten Linnemann und Peter Tauber empörten, nach dem Wegfall des Zivildienstes künftig Hartz-IV-Empfänger in Altenheimen und Krankenhäusern einzusetzen. Dabei hatte der FDP-Politiker offenbar vergessen, dass es sein Noch-Parteichef Guido Westerwelle gewesen war, der im Februar 2010 vorgeschlagen hatte, junge Empfänger von Sozialleistungen zum Schneeschippen und Eisräumen einzusetzen. Auch Westerwelle hatte von politischer Seite massiv Kritik einstecken müssen. Bei vielen Bürgern hingegen kam die Idee des Vizekanzlers gar nicht schlecht an. Als Hannelore Kraft (SPD) im März 2010 vorschlug,

> SPD und FDP schlugen bereits Ähnliches vor

Langzeitarbeitslosen gemeinnützige Jobs anzubieten, erhielt sie in Umfragen für ihren Vorschlag große Zustimmung.

In den Niederlanden haben Kommunen seit Jahren die rechtliche Möglichkeit, Sozialhilfeempfänger zu gemeinnützigen Tätigkeiten zu verpflichten. Ob das Projekt sinnvoll oder erfolgreich ist, bleibt umstritten. Linke Kreise sind erschüttert über die „niederen" Arbeiten, die die Arbeitslosen verrichten müssen, manch Betroffener findet es hingegen schön, einige Stunden in der Woche beispielsweise in einem Kindergarten auszuhelfen und so unter Menschen zu kommen. In Deutschland allerdings sorgt schon die Äußerung des Gedankens einer solchen Arbeitspflicht für Arbeitslose für Entsetzen.

Auch das Bundesfamilienministerium reagierte auf den Vorschlag der beiden CDU-Politiker verhalten: Beim Bundesfreiwilligendienst gehe es um die Gewinnung echter Freiwilliger „und nicht um einen Zwangsdienst". *Bel*

Wider die grüne Versuchung

Während Union und FDP Künast und Co. kopieren, geht die SPD inzwischen bewusst auf Distanz

Nachdem die SPD bei den letzten drei Landtagswahlen weitere Stimmenverluste hinnehmen musste, hat sie nun ihre Nähe zu den Grünen als Grund hierfür ausgemacht.

CDU und FDP haben aufgrund sinkender beziehungsweise desaströser Landtagswahlergebnisse erkannt, dass ihre Parteien ein neues Profil brauchen. Sehnsüchtig blicken sie auf die Grünen, die von einem Umfragehoch ins nächste vorstoßen. Ihr Wunsch, es den Grünen gleichzumachen, hat dazu geführt, dass beide Parteien nun versuchen, die Grünen links zu überholen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat hierin schon Erfahrung, schließlich hat sie in den letzten Jahren in Sachen Klimaschutz selbst das Engagement der Grünen blass aussehen lassen. Das Atom-Moratorium der schwarz-gelben Bundesregierung nach dem Unfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima und die angekündigte Energiewende verdeutlichen, dass die beiden Parteien dort ansetzen wollen, wo sie den Erfolg der Grünen vermuten.

Dass dieser Kurs allerdings keinen Erfolg verspricht, davon könnte SPD-Parteichef Sigmar Gabriel den Regierungsparteien ein Lied, genauer ein Klagelied, singen. Die Sozialdemokraten sind Union und FDP hier nämlich schon einige Jahre voraus. Der Niedergang der großen Volkspartei setzte bereits markant in der Großen Koalition mit der Union ab 2005 ein. Plötzlich erreichte die SPD nur noch Umfrage- und Wahlergebnisse von unter 30 Prozent. Inzwischen freut man sich schon fast über alles, was über 25 Prozent liegt. Zwar hat der Niedergang der SPD eine lange Vorgeschichte, nur da die klassische Klientel, die Arbeiter, anfangs nur langsam „ausstarb", war die Not der Partei, sich neu zu erfinden, nicht existenziell. Als sie es wurde, startete die Sozialdemokratie zahlreiche Versuche, neue Wählerschichten zu erreichen, doch bisher missglückte alles. Nach der „Partei der Mitte" und SPD-Chef Gerhard Schröder, versuchte man danach erfolglos, die Partei „Die Linke" zu kopieren, in den letzten Jahren wurden die Grünen das Vorbild. Doch inzwischen hat die SPD-Führung unter Gabriel und Generalsekretärin Andrea Nahles erkannt, dass ihre Partei immer dann besonders stark verliert, wenn sie besonders stark auf grüne Themen setzt. Offenbar wählen die Deutschen dann doch lieber gleich das grüne Original, wenn es um Umweltschutz und ähnliches geht. Die SPD muss also wieder SPD werden, so die Schlussfolgerung im Willy-Brandt-Haus. Nur wie?

Distanz zu den Grünen schaffen, lautet nun offenbar die neue Parole. Und so wirft der SPD-Chef den Grünen eine illusionäre Haltung zum Atomausstieg und eine unkalkulierbare Außenpolitik vor, während seine Leute im Hintergrund versuchen, Themengebiete zu finden, auf denen sich ihre Partei profilieren könnte. Im Vordergrund attackiert Gabriel also die Bundesregierung und die Grünen und lässt die Debatte, wer denn möglicher SPD-Kanzlerkandidat werden könnte, laufen, um seine Partei im Gespräch zu halten, als hätte sie eine reelle Chance, einen Kanzler zu stellen. Im Hintergrund versuchen Nahles und der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach derzeit, die Partei auf einen neuen Entwurf für eine Bürgerversicherung einzuschwören, mit der die Partei demnächst die deutschen Wähler umwerben will. Ziel des überarbeiteten Konzeptes ist es vor allem, sich von den Grünen abzusetzen. Gleichzeitig will man natürlich das soziale Profil schärfen und so sieht auch der überarbeitete Entwurf vor, die privaten Krankenkassen abzuschaffen, so dass künftig alle Bürger in das gesetzliche Gesundheitssystem einzahlen. Die privaten Krankenkassen dürften nach den Plänen der SPD keine neuen Kunden werben, die Altkunden bekämen die Möglichkeit, in die gesetzliche Kasse zu wechseln, aber die Privaten dürften die Altersrückklagen behalten, um sich selbst abzuwickeln. Während die Kassenpatienten weniger zahlen sollen, wird den Arbeitgebern eine Erhöhung ihres Anteils auf 7,08 Prozent an der gesetzlichen Sozialversicherung aufgebrummt. Auch soll für den Arbeitgeberanteil künftig keine Beitragsbemessungsgrenze mehr gelten. Diese liegt derzeit bei einem Jahresbruttogehalt von 44500 Euro. Für den Versicherten soll diese Grenze jedoch weiterhin gelten, was für die SPD ein spektakulärer Bruch mit ihren bisherigen Plänen ist. Doch die Partei weiß auch, dass, so sie denn wieder bessere Wahlergebnisse erzielen will, sie auch die Mittelschicht ansprechen muss. Zwar verzeichnen die Grünen auch in der gut verdienenden Mittelschicht steigende Anhängerzahlen, obwohl sie genau dieser Klientel finanziell ans Leder wollen, aber hier will sich die SPD ja gerade von den Grünen unterscheiden. Auch wird im überarbeiteten Entwurf zur Bürgerversicherung Abstand von der Idee genommen, künftig Krankenkassenbeiträge nicht nur auf Gehälter, sondern auch auf Kapitaleinkünfte und Mieteinnahmen zu erheben. „Zu bürokratisch", heißt es aus dem Kreis um Nahles und Lauterbach, obwohl derartige Bedenken die SPD bisher noch nie von ihren Plänen abgehalten haben. Da aber die Grünen Beiträge auf Krankenkassen und Mieteinnahmen erheben wollen, will man es ihnen ja nicht gleichtun.

> Der linke Flügel macht Probleme bei Profilerneuerung

Allerdings hat die SPD-Führung ein Problem und zwar den linken Flügel in den eigenen Reihen. Der findet derartige Pläne gar nicht sozial. Und um zu beweisen, dass die Spitze in Berlin nicht einfach neue Wege gehen kann, vollführten dieser Tage Jusos und die Arbeitsgemeinschaft 60plus laut „Spiegel" eine eindrucksvolle Rolle rückwärts in die Vergangenheit: Sie forderten die Abschaffung der Riester-Rente und wollen, dass die gesetzliche Rente wieder „vorrangig und verlässlich" einen angemessenen Lebensabend sicherstelle. Zudem sollten Freiberufler und Selbstständige mit in die gesetzliche Rente einzahlen und die Rente mit 67 solle abgeschafft werden. Jusos und die Arbeitsgemeinschaft 60plus taten in ihrer Forderung so, als gäbe es den demographischen Wandel und die Erkenntnisse und Debatten der letzten Jahre nicht.

Rebecca Bellano



Vorwärts, vorwärts, nur in welche Richtung? Manchmal fehlen selbst SPD-Chef Sigmar Gabriel die Worte, um die Situation seiner Partei schön zu reden. Die Partei sucht verzweifelt nach einem neuen Profil. Bild: pa

MELDUNGEN

Einladung zum Visa-Betrug

Berlin – Während der Bundestag vorvergangene Woche die Einrichtung einer Visa-Warndatei beschlossen hat, in der Personen gespeichert werden, die in bisherigen Visumverfahren auffällig wurden, aber auch Straftäter wie Schleuser oder Drogenhändler, überlegt die Bundesregierung, die Vergabe von Visa-Anträgen im Ausland zu privatisieren. Diese Überlegungen stoßen im Parlament auf Widerstand, da sie kontraproduktiv seien. Schließlich hätten Erfahrungen gezeigt, dass schon jetzt vor allem ausländische Mitarbeiter in den deutschen Auslandsvertretungen besonders anfällig für Korruption seien. Selbst wenn man nur Teile der Visa-Vergabe ganz an ausländische Firmen vergebe und die Entscheidungsgewalt immer noch in deutschen Händen läge, würde man trotzdem der Manipulation Tür und Tor öffnen. *Bel*

Abschiebung nicht möglich

Berlin – Trotz mehrerer Aufforderungen des Auswärtigen Amtes ist der Libanon nicht bereit, 225 wegen schwerer Straftaten aus Deutschland abgeschobene Libanesen aufzunehmen. Obwohl es klare Belege dafür gibt, dass es sich bei den zum Teil sogar mehrfach verurteilten Personen um Libanesen handelt – oft liegen sogar Originalpässe vor –, ist der Libanon nicht bereit, seine Staatsbürger wieder zurückzunehmen. Bereits im Januar hatte das Auswärtige Amt den libanesischen Botschafter einstellt, doch der betonte, dass es nicht in seiner Macht stünde, zu vermitteln. Zwar sehe er auch, dass die Weigerung dem Ansehen seines Landes schade, doch die Entscheidung für die Rücknahme läge allein bei der Sicherheitsbehörde Sureté Générale und die sei bekannt dafür, sich Zeit zu lassen. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Förderung zurück

Der Bund muss ohne Zweifel sparen. Euro-Rettung, voraussichtlicher Wegfall der eingeplanten Brennelementesteuer und Energiewende kosten Milliarden. Doch die Meldung, Berlin fordere von rund 1,5 Millionen Sparern insgesamt 500 Millionen Euro staatliche Riester-Förderung zurück, sorgte für massive Verunsicherung. Verbraucherschützer geben hierfür vor allem Versicherungs- oder Bankmitarbeitern die Schuld. Diese würden die Kunden ungenügend über förderschädliche Umstände aufklären. Aber auch der Staat selber sei schuld. Zwar habe es bereits seit Einführung der Riester-Rente 2001 mehrere Reformen gegeben, trotzdem seien die Bestimmungen immer noch intransparent. Das Bundesfinanzministerium räumte bereits Fehler ein: „In Zukunft soll das Verfahren eindeutiger und klarer gestaltet werden ..." *Bel*

1.947.159.073.093 €

Vorwoche: 1.945.977.948.810 €
Verschuldung pro Kopf: 23 833 €
Vorwoche: 23 819 €

(Montag, 18. April 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Kinder des Volkes?

Frankreichs Sozialisten stammen zumeist aus betuchten Familien

Nach aktuellen Umfragen sieht die politische Zukunft von Nicolas Sarkozy nicht rosig aus. Der französische Staatspräsident ist dauerhaft unbeliebt. Laut der Beliebtheitsskala Harris Interactive setzen 74 Prozent der befragten Personen kein Vertrauen mehr in ihn. Sie kritisieren vor allem die „nicht eingehaltenen Versprechen", und zwar, dass die Kaufkraft nicht zugenommen hat. Sie meinen, er hinge im Schlepptau „der Reichen", seine UMP sei die „Partei der Reichen".

Vertreten Sarkozy und seine Regierung wirklich das bourgeoise „Frankreich der Reichen"? Sozialisten, Grüne und Kommunisten behaupten, dass die Kinder der Arbeiterklasse auf dem Weg zum Studium benachteiligt würden und dass die Sarkozy-Regierung nichts getan habe, um diesen Zustand zu ändern. Doch dass Sarkozy und seine Leute die Partei der Reichen ist, lässt sich nicht bestätigen. Gerade sie sind der Beweis dafür, dass der „Fahrstuhl nach oben" funktioniert hat, während die sozialistische Opposition zum Trotz aus der Oberschicht stammt.

Viele der prominentesten Vertreter der Sozialistischen Partei PS kommen entweder aus der reichen Bourgeoisie oder, besonders bei den Grünen, aus der Bildungselite. Nehmen wir uns hier zunächst die führenden Mitglieder der PS vor. Der potentielle Kandidat der Sozialisten bei der nächsten Präsidentschaftswahl 2012, Dominique Strauss-Kahn, heute noch Präsident des Internationalen Währungsfonds, gehört zur Geldelite.

> Wenn Sarkozy vom Volk spricht, wird er als »Populist« beschimpft

Martine Aubry, die Generalsekretärin der Sozialistischen Partei, ist die Tochter von Jacques Delors, der zum Führungsgremium der Bank von Frankreich gehörte und Vorsitzender der EU-Kommission war. Sie hat das Privatgymnasium „Notre-Dame des Oiseaux", eine Schule für höhere Töchter, besucht. Ségolène Royal ist die Tochter eines Offiziers. Sie lernte auch in vornehmen katholischen Privatschulen.

Man zählt in der sozialistischen Führungsriege kaum Arbeiter. Die Sozialisten berufen sich auf das Volk, aber sie sind nicht Teil des Volkes. Ihr Volk ist eine politische Abstraktion. Menschen aus dem Volk trifft man nicht bei den Linken, sondern auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Nicolas Sarkozy ist zwar der Sohn eines ungarischen Adeligen und einer Rechtsanwältin, aber sein Vater landete ohne einen Groschen in der Tasche als Obdachloser in Paris, nachdem die Kommunisten seine Familie enteignet hatten. Alain Juppé, ehemaliger Premierminister, heute Außenminister und starker Mann der Regierung, ist der Sohn eines Bauern aus dem armen Südwesten. Auch er konnte dank eines Stipendiums studieren. Selbstverständlich trifft man auch unter den rechten Politikern einige Söhne und Töchter der Bourgeoisie. Trotzdem sind unter den Prominenten des konservativ-liberalen Lagers keine großen Vermögen zu finden wie unter den Sozialisten. Die Bourgeois unter den Konservativen kommen eher aus dem gebildeten Mittelstand.

Wenn sich aber die UMP dem Volk zuwendet, wird sie von den Linken des „Populismus" beschuldigt, obwohl sie dem Volke näherstehen als die Linken, die mit einem silbernen Löffel im Mund geboren wurden. *Jean-Paul Picaper*

83-jährige Kühe

Italien ermöglicht EU-Subventionsbetrug

In Italien bahnt sich ein Skandal auf dem vor allem mit EU-Geldern subventionierten Agrarmarkt an. Wie die Zeitung „Il Fatto Quotidiano" berichtet, wird derzeit gegen Landwirte und Förderagenturen wegen Subventionsbetrugs ermittelt. Auf dem italienischen Markt wurde Milch von 300 000 Kühen verkauft oder von der Lebensmittelindustrie verarbeitet, obwohl die Tiere den Unterlagen nach inzwischen uralt sein müssten – selbst die Milch einer 83-jährigen Kuh wurde abgerechnet. Prüfungen vor Ort haben ergeben, dass jede fünfte Kuh, die von amtlichen Stellen registriert war, in der Realität nicht existierte.

Auch staatliche Stellen sind ins Visier der Ermittler geraten: Im Abrechnungssystem der zuständigen Behörde wurde das mögliche Höchstalter der Kühe von 122 Monaten auf 999 Monate hochgesetzt. Ohne diese Manipulation wäre die gesamte Betrugsmasche nicht möglich gewesen. Ungeklärt ist noch die Herkunft der 1,2 Milliarden Liter Milch, die auf dem italienischen Markt verkauft worden sind und bisher den nicht existierenden Tieren zugerechnet wurden. Möglich ist, dass die Milch aus osteuropäischen Schwarzimporten stammt oder aus Übersee in Form von Milchpulver eingeführt wurde. Beteiligt an den Ermittlungen sind Carabinieri sowie landesweit 60 Staatsanwälte.

> Schwarzimporte und Kadaver im System

Anstoß für die Ermittlungen könnten die Strafzahlungen sein, die von Brüssel verhängt werden, sobald die vereinbarte Milchquote überschritten wird – diese sollen sich im Fall von Italien auf inzwischen vier Milliarden Euro summieren. Dass solche Ermittlungen auf nationaler Ebene in Gang kommen, ist nicht selbstverständlich. Die für Betrugsbekämpfung zuständige EU-Behörde „OLAF" beklagt sich regelmäßig, dass von ihr eingeleitete Untersuchungen von einigen Mitgliedstaaten nicht weiterverfolgt werden. Die EU-Subventionen für den Agrarmarkt – jährlich 50 Milliarden Euro – verlocken immer wieder zum Betrug. Selbst die offiziellen Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen ein bis zwei Prozent des Budgets in die Hände von Subventionsbetrügern fallen. *N. Hanert*

Missbrauch der Trauer

Von THEO MAASS

Am 8. April ereignete sich auf der Autobahn A19 nahe Rostock ein schrecklicher Unfall, bei dem acht Menschen starben und 131 verletzt wurden. Es gab einen ökumenischen Gottesdienst. Polit-Prominenz eilte herbei, um den Angehörigen ihr Mitgefühl auszusprechen. So weit, so traurig.

Grüne, Linkspartei und selbsternannte Umweltverbände nahmen den Unfall erwartungsgemäß zum Anlass, um erneut ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen zu fordern. Das würde nicht nur die Unfall- und Totenzahlen reduzieren, außerdem wäre es wegen des reduzierten CO_2-Ausstoßes eine gute Sache für die Umwelt.

Um mit dem Letzten zu beginnen: immer mehr ernsthafte Forscher zweifeln an den gängigen „Klima"-Szenarien, welche die grüne Lobby als Schreckgespenst an die Wand malt. Der Umstand, dass meist nur solche „Klimaexperten" in Presse, Funk und Fernsehen zu Wort kommen, welche die Horrorausblicke bestätigen, heißt aber noch lange nicht, dass sie recht haben. Haben uns die Grünen nicht, bewaffnet mit „unabweisbaren Expertengutachten", jahrzehntelang etwas von sterbenden Wäldern erzählt?

Bleibt das Argument von der Verkehrssicherheit. Auch hier wird uns von grün angehauchten Journalisten immer wieder die selbe Platte aufgelegt. 2010 beklagte Deutschland 45 Verkehrstote pro eine Million Einwohner. Österreich kam auf 65 Tote – Österreich hat überall ein Tempolimit. Und die USA? Dort herrschen rigide Geschwindigkeitsbegrenzungen, dennoch liegt die Zahl der Verkehrstoten mit 105 auf eine Million Einwohner mehr als dopelt so hoch wie in Deutschland.

Deutschland verzeichnet große Erfolge in der Verkehrssicherheit. Von 13 041 Verkehrstoten 1980 sank die Zahl auf zuletzt 3657. Zwar muss auch diese Zahl unbedingt noch weiter gesenkt werden. Doch spricht wenig dafür, dass ausgerechnet eine Tempolimit dafür das geeignete Mittel wäre. Eine Studie der DEKRA aus dem Jahre 2007 bestätigt dies.

Und warum dann diese wiederkehrenden Kampagnen? Kraftfahrerverbände halten den Limit-Freunden vor, eine unterschwellige Aversion gegen das Auto an sich zu verbreiten. Sind diese Vorwürfe begründet? Wer sich die verkehrspolitischen Vorstellungen von Linken und Grünen anschaut, findet durchaus Bestätigungen für diesen Vorwurf.

Die Linkspartei steht zudem im Verdacht, vor allem die „reicheren" Fahrer der schnellen Autos auf Kleinwagentempo drücken zu wollen - Gleichmacherei als Zweck an sich. Übrigens: Bis 1953 herrschte schon einmal ein Geschwindigkeitsgrenze. Sie war 1939 von den Nationalsozialisten eingeführt und in jenem Jahr wieder abgeschafft worden.

1. Mai: Rot-Rot wiegelt ab

Experten sehen hingegen eine neue Qualität von Hass und Gewalt bei Linksextremen



Experten fürchten, die Krawalle in der Liebigstraße waren nur das Vorspiel für den 1. Mai: Am 2. Februar räumten Polizisten ein besetztes Haus in Friedrichshain (*PAZ* berichtete). Dabei kam es zu heftigen Ausschreitungen.

Bild: N. Treblin/dapd

Am 30. April und 1. Mai stehen Berlin womöglich heftige Ausschreitungen bevor. Das lässt ein aktueller Brandanschlag auf eine Polizeiwache befürchten. In der linken Szene haben Gewaltbereitschaft und Hass eine neue Qualität erreicht. Der rot-rote Senat erwartet dennoch „keine Terrorwochen".

Gut 5000 Polizisten sorgen zum „Kampftag der Arbeiterklasse" in der Stadt für Ordnung – bei wenig Rükkendeckung seitens der Politik. Organisatoren der „Mai-Demo" finden sich sogar in den Vorzimmern der Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke". „Tatsächlich haben wir verdammt viele gute Gründe, mal so richtig auf den Putz zu hauen", poltern „Autonome Gruppen". Sie bekannten sich zwei Tage nach einem Brandanschlag auf eine Polizeiwache in Berlin-Friedrichshain am 11. April zur Tat: „Von dieser Wache werden die Einsätze gefahren, um den reibungslosen Ablauf von Kommerz und Profitmaximierung im Friedrichshainer Kiez zu sichern", so der im Netz veröffentlichte Text.

Über das Internet ist die extreme Linke bestens vernetzt. Die Antifa verhehlt nicht, dass sie wegen jüngster länderübergreifender „Hausdurchsuchungen bei linken Aktivisten" den 1. Mai gerade in den neuen Bundesländern für Aktionen nutzen will. Razzien gegen linke Aktivisten und Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung erhitzen die Gemüter der Szene: „Strukturen schützen! Wohnungen aufräumen! Nicht nur in Sachsen und Brandenburg! Keine Aussagen bei Bullen und Justiz!", ist auf „Antifa.de" zu lesen. Dass es dabei bleibt, ist nicht zu erwarten, denn der Zorn der Autonomen hat dieses Jahr viele Ziele. Die „drohende Volkszählung" ist eines. Zudem häufen sich in der Hauptstadt Attacken auf Parteibüros.

Zunutze machen wollen sich die Extremisten Themen wie Mieterhöhung, die Verdrängung von Mietern und die Umstrukturierung von Problem-Stadtteilen. Brandanschläge häuften sich in den vergangenen Tagen an der Spree. Welche politisch motiviert, welche eher unmotiviert einem mehr oder weniger linken Täterfeld zuordbar sind, bleibt oft unklar. Allerdings zeichnete erst vor Tagen Berlins offizielle Kriminalitätsstatistik ein beruhigendes Bild. Linksextreme Gewalt ist demnach allgemein deutlich zurückgegangen. Die Zahlen für 2010 weisen 208 als solche gezählte Gewalttaten aus, ein Rückgang um die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr.

Der Rückgang liegt laut Polizei jedoch eher am Mangel an Gelegenheit als an politischen Erfolgen: 2010 gab es „nur" den 1. Mai, aber keine großen Kundgebungen, auch nicht gegen Neonazis. Die Brandattacke zeigt nun die Gewaltlust der Szene als Rache für die Räumung eines besetzten Hauses in der Liebigstraße im Februar. Die Wache gehört zum für die Räumung zuständigen Polizeiabschnitt.

Früh am Morgen und ohne Vorwarnung koordinierten Vermummte ihren Anschlag auf die Polizeistation. Im Gegensatz zu den Behauptungen im Bekennerschreiben befanden sich Menschen im Gebäude. Der im erleuchteten Vorraum weithin sichtbar wartende Arbeiter einer Reinigungsfirma steckte unversehens in der Feuerfalle. Die Angreifer „in seiner unmittelbaren Nähe", so der Polizeibericht, zündeten gleich mehrere Brandsätze, viele Steinwürfe begleiteten diese.

Unbeteiligte Opfer werden in Kauf genommen

Die Autonomen streuten zudem Wurfeisen. Die sollten vor allem Reifen von Polizeifahrzeugen zerstechen. Sie wurden außerdem auf benachbarten Kreuzungen ausgebreitet – eine Gefahr für jeden Autofahrer. Tage vor dem Anschlag hatten Täter Krähenfüße vor einer anderen Polizeistation im Norden der Stadt ausgelegt.

Innensenator Ehrhart Körting (SPD) wertet den Anschlag indes nicht als Zeichen für mehr Gewalt zum „Tag der Arbeit": „Ich rechne nicht mit Terrorwochen zum 1. Mai", verkündete er im für Mai-Ausschreitungen berüchtigten Stadtteil Kreuzberg. Er plant demnach ein, dass es „100, 200 oder 300 Leute geben wird, die es wissen wollen". Das bisherige Vorgehen der Stadt gegen Mai-Gewalt sei, mit Ausnahme von 2009, gut gelungen, beteuert er. Eine wachsende linksextreme Bedrohung in der Hauptstadt stritt Körting ausdrücklich ab. Die Zahl der dafür infrage Kommenden liege seit Jahren bei 950 bis 1100 Personen. Laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hingegen ist Berlins Szene allerdings so groß, dass gut jedes sechste bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtete Mitglied der gewaltbereiten Linken dort lebt.

Polizeipräsident Dieter Glietsch unterstützt die Hinhaltetaktik des rotroten Senats: „Selbstverständlich muss man immer über Zusatzmaßnahmen nachdenken, wenn man aktuellen Anlass dazu hat." Polizeigewerkschafter fürchten, die „Kiezterroristen machen sich für den 1. Mai warm", so die Deutsche Polizeigewerkschaft (DpolG). Die Beamten sehen „deutliche Übereinstimmungen mit einem ähnlichen Vorfall in Hamburg". Dass die Gewaltbereiten aus anderen Städten in Berlin zusammengeführt werden, zeigt sich noch auf anderer Ebene.

Dieses Jahr hatte zunächst ein Mitarbeiter von Ulla Jelpke, einer Hamburger Bundestagsabgeordneten der Linken, die regelmäßig in Gewaltorgien ausartende Mai-Demonstration in Kreuzberg angemeldet. Körtings Lob des senatsgeförderten friedlichen „Myfest" als Feier, „die einem früheren Ritual entgegengewirkt hat", ist also verfrüht, auch wenn Jelpkes Mitarbeiter seine Anmeldung der „Revolutionären 1.-Mai-Demo" nun doch auf äußeren Druck zurückgezogen hat. *SV*

Rechts tut sich wenig

September-Wahl: Berliner Kleinparteien kommen kaum voran

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus kommenden Herbst konkurrieren drei Parteien um die Gunst der Wähler rechts der CDU. Zwei von ihnen – „Pro Deutschland" und „Die Freiheit" – betonen, fest im demokratischen Lager zu stehen. Die dritte, die NPD, tut dies bestenfalls augenzwinkernd.

Die Umfragen sahen die „Sonstigen" in den vergangenen Monaten bei sieben bis zwölf Prozent. Allerdings ist es weder „Pro Deutschland" noch der „Freiheit" bislang gelungen, so viel öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, dass sie von einer größeren Zahl von unzufriedenen Berlinern überhaupt wahrgenommen würden. Aufmerksamkeit erlangten die Parteien stattdessen durch Auftritte zumeist gewaltbereiter Linksextremisten, die versuchten, Parteiversammlungen beider Parteien zu stören oder zu verhindern.

„Pro Deutschland" und „Die Freiheit" gehen unterschiedlich bei der Gewinnung von Mitstreitern vor. Während die „Freiheit" auf politisch mehr oder weniger unerfahrene Interessenten setzt, hat „Pro" frühere Kader der „Republikaner" umworben und auch ehemalige DVU-Mitglieder aufgenommen. Beobachter wundern sich indes, dass „Die Freiheit" nicht stärker auf unzufriedene Christdemokraten und Liberale zugeht. Allein ein Drittel der jetzigen CDU-Parlamentarier im Abgeordnetenhaus darf nach innerparteilichen Grabenkämpfen nicht mehr auf einen sicheren Listenplatz hoffen. Die verbliebene FDP-Fraktion (jeweils ein Abgeordneter ist zur SPD und zur CDU gewechselt) steht nach sich verfestigenden Umfragen am Abgrund.

Linke Attacken sorgen für ein bisschen Aufmerksamkeit

Die „Freiheit" konnte hier dieser Tage nur einen recht kleinen Erfolg verbuchen. Helmut Glatzel, Ex-CDU- und Ex-FDP-Bezirksverordneter aus Kreuzberg-Friedrichshain, wechselte zur Partei von René Stadtkewitz.

Äußerst negative Schlagzeilen machte „Pro Deutschland". Erst kündigte die Berliner Volksbank der Partei das Konto, dann trat der gerade erst gewählte Landesvorsitzende Patrick Brinkmann zurück. Er begründete seinen Schritt damit, dass ein bekennender Homosexueller für „Pro" kandidiere, der zudem vorher bei der NPD gewesen sei.

„Die Freiheit" umwirbt Schwule und Lesben ganz gezielt. Gerade diese Gruppe sei, so heißt es, häufig Opfer islamistischer Attacken im Alltag. So gründete Stadtkewitz einen entsprechenden Arbeitskreis seiner Partei. *Hans Lody*

Mahnmalbau ruht

Zigeuner streiten weiter über NS-Gedenken

Helmut Kohl hatte 1992 den Zigeunern ein separates Denkmal als Opfer der Nationalsozialisten versprochen. Aber damit begannen schon die Schwierigkeiten. Ein Teil der Betroffenen lehnt die Bezeichnung „Zigeuner" ab und will nur „Sinti und Roma" genannt werden, ein anderer wiederum beharrt darauf, Zigeuner genannt zu werden.

Die Schuld an dem internen Streit schieben Verbandsvertreter der deutschen Politik zu. Hamze Bytyci, Vorsitzender der Jugendorganisation „Amaro Drom": „Die Bundesregierung wirft bewusst Zankäpfel in die Runde, etwa, dass auf dem Mahnmal Zigeuner stehen sollte. Das ist absurd und unverschämt." Nun steht „Sinti und Roma" auf dem Monument – aber darauf gab es neuen Disput. Wer sollte das Monument schaffen und die damit verbundenen Honorare kassieren? Bytyci: „Romani Rose (Präsident des „Zentralrats der Sinti und Roma") wollte ja den Israeli Dani Karavan haben, obwohl wir mindestens genauso begabte Künstler aus Osteuropa haben." Schließlich ging der Auftrag an Karavan, am 19. Dezember 2008 begannen die Arbeiten.

Es geht auch um Geld

Bald wurde wieder gestritten – um Geld, um Baustoffe, Spesen und um die „Heiligkeit" des Werkes von Karavan. Im Herbst 2010 sollte der Bau eingeweiht werden. Dann wurde die Zeremonie auf kommenden Mai verschoben. Doch auch daraus wurde nichts. Die Bauarbeiten ruhen zurzeit.

Gerungen wird selbst darum, ob Business-Class für den 80-jährigen Künstler zumutbar sei. Nun will Karavans Anwalt Peter Raue ein höheres Honorar für seinen Klienten durchsetzen. *H.L.*

Papst zelebriert große Messe

Nun steht es fest: Papst Benedikt XVI. besucht am 22. September im Rahmen seiner Deutschlandreise Berlin. Am ersten Tag des Deutschlandbesuchs wird der Papst mit einsetzender Dämmerung gegen 18.30 Uhr einen Abendmahlsgottesdienst für rund 40 000 Besucher vor Schloss Charlottenburg zelebrieren. Eine vorherige Anmeldung ist allerdings erforderlich. Der Gottesdienst soll auf Großbildleinwänden übertragen werden.

Im Dezember plante die Kirche noch keine öffentliche Messe. Im Januar verbreiteten Berliner Zeitungen jedoch die Nachricht, der Papst wolle einen großen öffentlichen Gottesdienst. „Der Vatikan hat großes Interesse an einer Messe vor dieser schönen Kulisse", bestätigte im März schließlich der päpstliche Planungsstab.

Im Erzbistum Berlin leben rund 390 000 Katholiken. Interessierte können sich auf der Internetseite: www.papst-in-deutschland.de und telefonisch unter (030) 32-684-229 informieren. *SV*

Zeitzeugen



Erika Steinbach – Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) ist auch Sprecherin des Ausschusses für Menschenrechte der CDU/CSU Bundestagsfraktion. In dieser Funktion empörte sie sich vor kurzem über das türkische Urteil vom Februar 2011, das dem Kloster Mor Gabriel weiteres Land enteignete: „Das Christentum in der Türkei wird systematisch marginalisiert und entrechtet." Die Religionsfreiheit in der Türkei stünde nur auf dem Papier; anstatt sich Europa anzunähern, entferne sich das Land immer mehr, beklagte sie.



Yusuf Akbulut – Der syrisch-orthodoxe Pfarrer aus dem süd-ostanatolischen Diyarbakir, riskierte eine Haftstrafe von bis zu neun Jahren, als er im Jahr 2000 zwei Journalisten der islamistischen Zeitung „Hürriyet" in einem als „privat" deklarierten Treffen vom Völkermord an den Aramäern berichtete. „Als Pfarrer bin ich der Wahrheit verpflichtet", sagte er später im Prozess aus, der internationale Proteste hervorrief. Der Arbeitskreis „Shalom" der Katholischen Universität Eichstätt verlieh dem mutigen Pfarrer 2001 den Shalompreis.

Gabriele Yonan – Sie gilt als eine der besten Kennerinnen der christlich-assyrischen Kultur und Geschichte. Bereits 1989 legte sie die Dokumentation „Ein vergessener Holocaust, die Vernichtung der christlichen Assyrer in der Türkei" vor. In ihrem akribisch verfassten Werk beschreibt Yonan die Vernichtung der christlichen Aramäer im Jahr 1915, im „Jahr des Schwertes". Die „jungtürkische" Regierung habe schon 1911 die Vernichtung aller christlichen Bevölkerungsgruppen (Armenier, Griechen, Aramäer) geplant.



Apostel Thomas – Der erst nach der Auferstehung zum Glauben gekommene Jünger Jesu nahm es mit dem Missionsbefehl ganz wörtlich. Er reiste tatsächlich nach Südindien, fast bis „an das Ende (der damals bekannten) Welt", und begründete dort die „syrisch-malabarische" Christenheit. Sie nennen sich daher bis heute „Thomas-Christen". Sie bewahrten das apostolische Erbe ebenso wie die aramäische Sprache unverändert bis in unsere Zeit.

Bleibende Spuren hinterlassen

Die christliche Religionsgemeinschaft der Aramäer wehrt sich gegen ihre Vernichtung

Vor allem in Nordamerika und Europa leben die aus ihrer Urheimat vertriebenen Aramäer. Ostern ist für sie alle ein Fest, an dem sie ihrer Wurzeln gedenken.

Anfang April empfing Papst Benedikt in Rom die Bischöfe der syrisch-malabarischen Kirche aus Indien, die rund 3,8 Millionen Gläubige im südlichen Bundesstaat Kerala zählt. Die indischen Bischöfe berichteten dem Kirchenoberhaupt bei ihrem turnusmäßigen „Ad-Limina-Besuch" (an den Gräbern der Apostel) über ihre blühenden Gemeinden. Doch auch die Probleme blieben nicht unerwähnt. Wie es später diplomatisch hieß, habe ihnen Benedikt das Verständnis der christlichen Ehe, die ständige Weiterbildung der Ordensleute in der christlichen Lehre und die Auswahl der Bischöfe besonders „ans Herz" gelegt.

Diese indische Teilkirche der römisch-katholischen Christenheit wächst heute stark und führt sich direkt auf die Gründung des „ungläubigen" Apostels Thomas zurück. „Syrisch" nennen sich diese Christen seit alters her, weil sie von der palästinisch-aramäischen Christenheit abstammen. Wie ihre Mitbrüder im ehemaligen (As)-Syrien und in Palästina haben die indischen Christen die alt-aramäische Sprache in ihrer Liturgie bis heute bewahrt.

Ganz im Gegensatz zum lahmenden Christentum in unseren Breiten können sich die Klöster und Orden in Indien über mangelnden Nachwuchs nicht beklagen. Die Priesterseminare sind trotz des Zölibats überfüllt. Daher konnten in den letzten vier Jahrzehnten über 500 indische Priester als Missionare und Pfarrer nach Europa, Australien und in die USA gesandt werden.

Wer sich heute auf die Suche nach weiteren „syrischen" Kirchen im Nahen und Mittleren Osten macht, stößt auf die orthodoxe Christenheit, die heute in Syrien, im Libanon, der Türkei sowie im Irak und Iran in kleinen Gemeinden und Kirchentümern lebt. In diesem Gebiet des alten Assyrien, das bereits von den ersten Aposteln Jesu missioniert wurde, sprechen die Menschen bis heute das Aramäische in östlichen und westlichen Dialekten.

> Liturgie der indischen Christen ist in Alt-Aramäisch

Im Raum des heutigen Syriens und dem Irak entstand in der zweiten Hälfte des ersten nachchristlichen Jahrtausends eine Hochkultur, die eine Synthese aus griechischen, islamischen und christlichen Strömungen bildete. Sie wirkte über Jahrhunderte zusammen und ließ wissenschaftliche und philosophische Werke hoher Güte entstehen. Archäologen fördern aus dieser Zeit ehemals prachtvolle Bauwerke zu Tage. In alten Kirchen oder Wohngebäuden in Palästina werden aramäische Inschriften oder kostbare Bodenmosaiken entdeckt. Vom Griechischen ins Aramäische übersetzte Bibeln und Predigten zeugen vom Leben dieser Epoche.

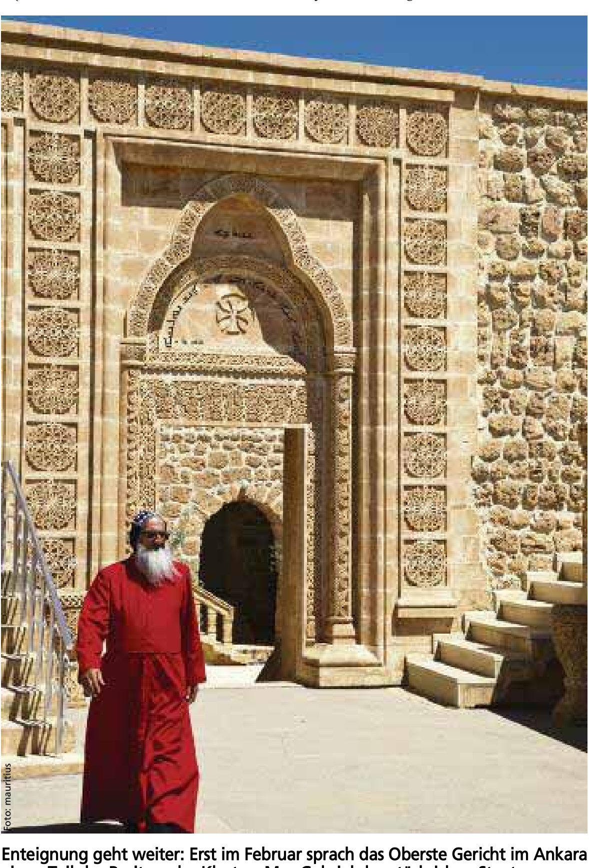


Foto: mauritius

Enteignung geht weiter: Erst im Februar sprach das Oberste Gericht im Ankara einen Teil des Besitzes des Klosters Mor Gabriel dem türksichen Staat zu.

Erst im zweiten Jahrtausend wandelte sich die Situation der Christen im Nahen Osten grundlegend. Dazu trugen die Kreuzzüge ebenso bei wie die Abschottung des Islam gegenüber einer christlich geprägten Kultur, Wissenschaft und Philosophie. Seit den turkmenischen und arabischen Eroberungszügen wurde die christliche Minderheit von der islamischen Mehrheitsbevölkerung immer stärker benachteiligt und unterdrückt.

Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts gerieten die Christen zusätzlich zwischen die Konfliktlinien im Nahen Osten. Zuerst im türkisch-kurdischen Grenzkrieg seit den 80er Jahren, dann seit 2002 in dem von den USA angeführten Irakkrieg. Von etwa einer Million orthodoxer Christen des Landes mussten etwa 600000 fliehen. So ergibt sich heute ein paradoxes Bild. Die große Mehrheit der palästinisch-aramäischen Christenheit lebt heute als Vertriebene in Europa oder Nordamerika. Wer etwa das Osterfest der „syrisch-orthodoxen" Christen mitfeiern will, braucht nur in das Telefonbuch irgendeiner europäischen Großstadt zu schauen, um die Gottesdienste in urchristlicher Liturgie einmal mitzuerleben.

Hinrich E. Bues

Die aramäische Sprache

Aramäisch gilt (nach Chinesisch und Griechisch) als älteste noch gesprochene Sprache der Welt. Sie gehört zur nordwestsemitischen Sprachfamilie, die eng mit dem Hebräischen verwandt ist. Schon im 2. Jahrtausend vor Christus sind aramäische Inschriften bekannt; im Alten Testament der Bibel sind Aramäer oder der „König von Aram" häufiger erwähnt. Das alte Kulturvolk der Aramäer hat sich vom nördlichen Mesopotamien aus im ganzen Nahen und Mittleren Osten ausgebreitet.

Im Laufe des 1. Jahrtausends v. Chr. entwickelte sich Aramäisch mehr und mehr zu einer Weltsprache, die auch in Ägypten und im Altpersischen Reich offizielle Staatssprache war. Das Aramäische überlebte den Fall von Ninive (612 v. Chr.), von Babylon (539 v. Chr.) und blieb die Amtssprache der Perserdynastie der Achämeniden (559–330 v. Chr.) Aramäische Inschriften wurden in einem großen Gebiet gefunden, das sich von Ägypten bis nach China erstreckt. Teile des Alten Testaments, die Bücher Daniel und Esra sowie ein großer Teil der rabbinischen Literatur (zum Beispiel Talmud) wurden ursprünglich in Aramäisch verfasst.

> Zur Zeit Jesu Handelssprache im Orient

Die Aramäische Sprache war zurzeit Jesu die Handelssprache im gesamten Orient. Jesus und seine Jünger sprachen Aramäisch. Mit der Christianisierung der aramäischen Gebiete unterschied man dann zwischen zum Christentum bekehrten Aramäer, die sich „Syrer" nannten, und den heidnisch gebliebenen „Aramäern". Daher nennen sich bis heute zahlreiche orthodoxe Kirchen „syrisch", wenn sie auf ihre christlich-aramäische Herkunft hinweisen wollen.

Hinrich E. Bues

Ermordet oder vertrieben

Nicht nur die Armenier, auch die Aramäer erlitten Genozid

Nur wenigen Westeuropäern ist bewusst, dass die heutige Türkei und auch Syrien ein christliches Stammland sind. Der Apostel Paulus und seine Schüler begannen vom südostanatolischen Antiochia aus mit der christlichen Mission. Ab dem 4. Jahrhundert führten die römischen Kaiser in diesen Ländern den christlichen Glauben als Staatsreligion ein. Auch nach den islamisch-arabischen Eroberungszügen seit dem 7. Jahrhundert überlebten die Christen in diesem Gebiet zumindest als geduldete Minderheit und Bürger zweiter Klasse.

Erst seit dem 20. Jahrhundert und dem Aufkommen der jungtürkischen Bewegung erlitten die armenischen und aramäischen Christen schlimmste Verfolgungen, Vertreibungen und Genozide. Während des Ersten Weltkrieges fielen nicht nur bis zu 1,5 Millionen Armenier der religiös-ethnischen Säuberung durch die Jungtürken zum Opfer, sondern auch bis zu 500000 Aramäer beziehungsweise „Assyrer". Im südostanatolischen Tur Abdin kamen etwa 90000 syrisch-orthodoxe Christen um. In einem der ältesten Klöster der Welt, dem seit 397 n. Chr. bewohnten Kloster Mor (St.) Gabriel, wurden 1915 alle Mönche ermordet. Wer diesen Genozid heute öffentlich in der Türkei erwähnt, kann mit hohen Haftstrafen rechnen.

Tur Abdin, auf Deutsch „Berg der Knechte Gottes", nennen die aramäisch-syrischen Christen den Landstrich am Oberlauf des Tigris,

> Unterricht in aramäischer Sprache wurde untersagt

der etwa die Größe des Saarlandes hat. Noch heute ist diese hügelige Landschaft mit hunderten von Klöstern und Kirchen überzogen. Viele der Gebäude stehen heute wegen der systematischen Vertreibung der Christen leer.

Noch 1927 bewohnten syrisch-orthodoxe Christen in dieser Gegend mehrere Städte und rund 300 Dörfer. Die Zahl der Christen ging bis Anfang der 1970er Jahre auf zirka 35000 zurück. Anhaltende Diskriminierungen und handfeste Verfolgungen haben die Zahl der syrisch-orthodoxen Christen seitdem weiter vermindert. Heute leben weniger als 3000 Menschen christlichen Glaubens im Tur Abdin. Sie können nur existieren, weil sie von ihren geflohenen Landsleuten in Europa und den USA unterstützt werden. 1980 schlossen die türkischen Behörden auch das Priesterseminar des Klosters und untersagten den Unterricht in der aramäischen Sprache.

Das Kloster Mor Gabriel fungiert dennoch bis heute als religiöses Zentrum des Tur Abdin mit dem Sitz eines syrisch-orthodoxen Erzbischofs. Jedes Jahr besuchen 150000 bis 200000 Touristen das berühmte Kloster. Im Frühjahr 2009 machte sich auch eine Delegation der Bundestagsfraktion von CDU/CSU auf den Weg, um sich vor Ort über den Überlebenskampf des Klosters zu informieren. Seit die türkischen Behörden in insgesamt vier Verfahren die Enteignung des Kloster-Grundbesitzes verfügten, ist die Lebensgrundlage der Mönche akut gefährdet. Im Februar dieses Jahres entschied das Oberste Gericht in Ankara im sogenannten „Waldverfahren", allen internationalen Protesten zum Trotz, dass weitere 27,6 Hektar dem staatlichen Forstamt zugesprochen werden.

HEB

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper. **Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Länder entmachten

Große Unzufriedenheit bei Bürgern über die Schulpolitik – Föderale Vielfalt wird als Chaos empfunden

Eine von TNS Infratest durchgeführte Umfrage belegt Unmut über Bildungsföderalismus. Mehrheit will zudem längeres gemeinsames Lernen bis einschließlich zur 6. Klasse.

Die Schulpolitik ist eines der letzten Refugien, in denen die deutschen Bundesländer noch schalten und walten können, wo ihre Befugnisse noch nicht von Bund, Kommunen und insbesondere der EU überlagert werden. Geht es nach einer jüngsten Umfrage, dann würde eine deutliche Mehrheit der Deutschen den 16 Ländern aber auch diese Kompetenz am liebsten wegnehmen.

480 000 Menschen hat das Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest nach ihren Meinungen zur Bildungs- und Schulpolitik befragt. 130 000 füllten den Fragebogen vollständig aus. Die Umfrage, das muss beachtet werden, ist nicht repräsentativ, das heißt: Es gab keine sonst übliche Auswahl der Befragten nach Einkommen, Bildungsgrad, sozialer Herkunft etc., sondern es nahm einfach teil, wer teilnehmen wollte. Dennoch verleiht allein die Masse der Teilnehmer der Befragung eine gewisse Aussagekraft.

Danach hat der „Bildungsföderalismus“ in den Augen der Deutschen ausgespielt. Nur acht Prozent fanden es gut, dass der Schulstoff in allen Bundesländern unterschiedlich ist, 92 Prozent lehnten die Unterschiedlichkeit der Schulstoffe „eher“ oder „voll und ganz“ ab. Im gleichen Verhältnis forderten die Befragten denn auch einheitliche Abschlussprüfungen in allen Bundesländern: 92 Prozent dafür, acht Prozent dagegen.

Sollten die Befragten für das ganze Volk sprechen, dann war das Hamburger Schulreferendum übrigens ein Ausreißer. Die Hanseaten hatten das Vorhaben aller Bürgerschaftsparteien von Linker bis CDU (die FDP war nicht vertreten), die Grundschulzeit bis zur 6. Klasse auszudehnen, mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Laut der Infratest-Befragung folgen bundesweit aber 32 Prozent der Hamburger Überzeugung. 45 von Hundert würden die Kinder lieber erst nach der 6. Klasse auf die verschiedenen Schulformen verteilen, 23 Prozent gar erst nach der 9. oder 10. Ausgedient hat nach Meinung der Befragten die reine Halbtagsschule, nur 19 Prozent unterstützen sie noch. 38 Prozent wollen sie durch ein „freiwilliges Nachmittagsprogramm“ zumindest ergänzen, 43 Prozent fordern eine verbindliche Ganztagsschule.

Auf die Frage, ab welchem Alter denn der Kindergartenbesuch „verbindlich“ sein sollte, antwortete eine relative Mehrheit von 41 Prozent mit „drei Jahre“. Nur 13 Prozent wollten gar nichts von einem verbindlichen Kindergartenbesuch wissen, die übrigen nannten andere Altersgrenzen von eins bis fünf.

In jedem Falle wünschte sich eine Mehrheit der Befragten tiefgreifende Veränderungen im deutschen Bildungswesen, vor allem bei Schulen und Kleinkindbetreuung. Bei der Frage, wer denn zu solchen Veränderungen am ehesten bereit sei, schneiden die Politiker miserabel ab. 80 Prozent halten die Bereitschaft der Politik zu Veränderungen für „gering“ oder „sehr gering“. Unternehmen schneiden schon besser ab, den Lehrern trauten die Teilnehmer immerhin 57 Prozent Veränderungsbereitschaft zu. Am zweithöchsten ist das Zutrauen in die Veränderungsbereitschaft bei Eltern (78 Prozent). Den höchsten Reformeifer attestierten die Befragten sich selbst: 94 Prozent hielten sich für veränderungswillig.

Dabei gab eine deutliche Mehrheit zu erkennen, für ein besseres Bildungswesen auch selbst Opfer bringen zu wollen. 73 Prozent gaben an, Steuererhöhungen für diese Zwecke akzeptieren zu wollen. Nur 55 Prozent wollten dies auch für ein besseres Gesundheitswesen auf sich nehmen und 36 Prozent für eine effektivere Verbrechensbekämpfung.

Mehr als die Hälfte der Teilnehmer ist darüber hinaus dafür, dass Schulen in sozialen Brennpunkten finanziell besser ausgestattet werden sollten als der Durchschnitt.

Allerdings sollte hier wie anderswo genau unterschieden werden zwischen dem, was man theoretisch befürwortet und dem, was man immer noch begrüßt, wenn es wirklich eintritt. Hier klafft bisweilen eine gewaltige Lücke.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) dürfte die negative Meinung über die Politik, die in der Befragung zum Ausdruck kam, in ihrer ersten Reaktion auf die Infratest-Untersuchung noch verstärkt haben. Schavan kündigte eine „Exzellenz-Initiative für Lehrerbildung“ an, weil die Qualität der Lehrkräfte entscheidend sei für den Erfolg aller Bildungsanstrengungen. Folgt man indes den Forderungen der Befragungsteilnehmer, dann sind es gerade die Lehrkräfte, welche ihre Arbeit noch recht gut machen und das unter schwierigen Bedingungen. Die Mehrheit der Befragten dürfte sich eher eine „Exzellenz-Initiative für Politiker“ wünschen, denen sie weit weniger Kompetenz zutraut.

So erscheint Schavans „Initiative“ im faden Licht hektischer „Symbolpolitik“, in welcher großspurige Parolen ausgegeben und „Zeichen gesetzt“ werden, statt die Probleme mühsam an der Wurzel anzugehen.

Auftraggeber der Studie waren die Unternehmensberatung Roland Berger, die Bertelsmann-Stiftung (Mehrheitseignerin des Bertelsmann-Medienkonzerns) sowie die „Bild“-Zeitung und die türkische Tageszeitung „Hürriyet“. Um auch Einwanderer zu erreichen, wurden Fragenbögen auf Deutsch, Türkisch und Russisch angeboten. *Hans Heckel*


Bild: M. Rietschel/dapd

Mit Leistung der Lehrer überwiegend zufrieden: Es ist eher die Politik, die das Vertrauen verloren hat.

MELDUNGEN

Neuer Ärger um Mosel-Brücke

Mainz – Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) und rheinland-pfälzische Kommunalpolitiker üben wegen der im Bau befindlichen Moselbrücke Druck auf die designierte rot-grüne Landesregierung aus. Da die Grünen gegen den Bau der 1,7 Kilometer langen Brücke sind, die ab 2016 das Autobahnkreuz Wittlich mit der Hunsrückhöhenstraße verbinden soll, wurde für die Zeit der Koalitionsverhandlungen ein faktischer Baustopp für das Projekt verhängt: Neue Aufträge werden vorerst nicht mehr vergeben und derzeit beteiligte Firmen wurden gebeten, langsamer zu arbeiten. Ramsauer verweist darauf, dass, sollte das vom Bund finanzierte 330 Millionen Euro teure Projekt gestoppt werden, Berlin Schadensersatz fordere. 70 Millionen Euro seien bereits verbaut, 180 Millionen Euro verplant. Kommunalpolitiker wiederum verweisen darauf, dass sich schon viele Gewerbebetriebe im Vertrauen auf das Projekt vor Ort angesiedelt hätten. *Bel*

Neuer Job für Stasi-Mitarbeiter

Berlin – Schon vor Antritt als neuer Chef der Behörde für Stasi-Unterlagen hatte Roland Jahn angemerkt, dass er es nicht optimal fände, dass 47 frühere, hauptamtliche Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) dort arbeiten. Viele Stasi-Opfer empfänden dies als unerträglich, so Jahn. Nun soll sich die Bundesregierung bereit erklärt haben, die betreffenden Mitarbeiter anderweitig zu beschäftigen. Die Arbeitsverträge seien nicht auf die Jahn-Behörde fixiert. Einige Mitarbeiter, speziell aus dem Bereich Gebäudesicherung, hätten schon von sich aus die Bereitschaft zum Wechsel bekundet. *Bel*

Wippe als Nationaldenkmal

Auf Berlins Schlossplatz entsteht das Nationale Freiheits- und Einheitsdenkmal. Nach langem Wettbewerb und rund 500 Entwürfen von der Banane bis zur aufgeschlitzten Kugel kürte die Politik den Sieger. Auf dem Sockel des wilhelminischen Nationaldenkmals vor dem wiederaufzubauenden Schloss wird nach einem Entwurf des Stuttgarter Designers Johannes Milla und der Choreografin Sasha Waltz ein gut 60 Meter ausladendes Objekt geschaffen. Die geplante Stahlschale soll sich wie eine Wippe neigen. Der Deutsche Bundestag hatte am 9. November 2007 den Bau eines Denkmals beschlossen und damit eine private Initiative aufgegriffen.

Zur andauernden Kritik an der Beliebigkeit der folgenden Wettbewerbsentwürfe melden Architekten gegenüber dem jetzt siegreichen Entwurf auch Zweifel an der Sicherheit an. Die Neigung der Wippe bestimmen nämlich die Besucher, die das Denkmal betreten. Waltz sagt dazu: „Wir können gemeinsam mit unseren Körpern die Erinnerung generieren.“ Laut Entwurf betreten so bis zu 1500 Menschen zugleich das Objekt. Der Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin (AIV) ist überzeugt, dass mit Zugangskontrollen nachgebessert werden muss. Auch müssten Fragen nach Aufsicht und Beschaffenheit des Untergrundes geprüft werden, sagt AIV-Vorstand Uwe Hameyer. *SV*

»Blutzeugen«

Erste Seligsprechung in Norddeutschland

Im Vorfeld des Deutschlandbesuchs von Papst Benedikt XVI. im September werden drei Lübecker Priester und Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten in die Gemeinschaft der Seligen aufgenommen. Die Kapläne Johannes Prassek, Eduard Müller und Hermann Lange wurden 1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und ein Jahr später hingerichtet, weil sie in Predigten und Flugblättern die Verbrechen der braunen Machthaber angeprangert hatten. Der Festakt am 25. Juni in Lübeck ist die erste Seligsprechung in Norddeutschland überhaupt. Bis zum Pontifikat Benedikts VXI. fanden die Feiern ausschließlich in Rom statt.

Seligsprechungen dauern oft Jahrzehnte, manchmal Jahrhunderte. Die Herz-Jesu-Gemeinde in Lübeck musste nur knapp 60 Jahre warten, bis ihr Wunsch nach dieser Ehrung für ihre drei Kapläne im Vatikan Gehör fand. Die Bittschrift um eine Seligsprechung ist ein kompliziertes Verfahren. Es muss bewiesen werden, dass die Vorgeschlagenen als „Blutzeugen für ihren Glauben“ gestorben sind. Im Fall der Lübecker Märtyrer umfasst die Dokumentation 2110 Seiten. Sie wurde 2004 der römischen Kommission für Selig- und Heiligsprechungen vorgelegt.

Auch ein Protestant wird gewürdigt

Außer Prozessakten und Aussagen von Zeitzeugen befinden sich darin auch Briefe, die die Kapläne aus dem Hamburger Gefängnis Holstenglacis an ihre Familie und Freunde geschrieben haben. Diese als verschollen geglaubten Briefe waren von der DDR unter Verschluss gehalten worden und erst kürzlich in einem Berliner Staatsarchiv aufgetaucht. In dem Abschiedsbrief, den Prassek am Tag seiner Hinrichtung schrieb, dankt er Gott für die schönen Jahre, die er als Priester arbeiten durfte und versichert, dass er mit Freude und Zuversicht in den Tod gehe.

Zur Seligsprechung am 25. Juni in Lübeck erwartet die Katholische Kirche etwa 8000 Gäste. Die Feier hat ökumenischen Charakter, denn gleichzeitig wird auf ausdrücklichen Wunsch des Papstes auch der evangelische Pastor Karl Friedrich Stellbrink gewürdigt, der gemeinsam mit den drei Kaplänen gegen die Nazis kämpfte und mit ihnen 1943 unter dem Fallbeil starb. Das von dem Vertreter Roms, Kardinal Angelo Amato, zelebrierte Pontifikalamt wird in den evangelischen Dom und auf die Freilichtbühne übertragen. Die kostenlosen Zugangstickets zu allen drei Orten sind im Büro der Herz-Jesu-Gemeinde zu erhalten (Telefon 0451/5960-92). *Gisela Groth*

MELDUNGEN

Österreich: Neuer Vizekanzler

Wien – Der bisherige Chef der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll, hat vorige Woche alle seine Ämter niedergelegt. Der 42-Jährige hatte im März einen Lungeninfarkt und Thrombosen erlitten. Das Bedauern klang sogar bei Bundeskanzler und SPÖ-Chef Werner Faymann echt, denn einen so harmoniefreudigen Regierungspartner wird er kaum je wieder bekommen. Nachfolger als ÖVP-Chef und Vizekanzler wurde auf den vom Parteivorstand einstimmig angenommenen Vorschlag Prölls der 52-jährige Außenminister Michael Spindelegger. Bei jüngsten Umfragen steht die ÖVP mit 21 Prozent nur mehr an dritter Stelle. Ein historischer Tiefststand, der auf die komplexe bündische und föderale Struktur der ÖVP, auf zunehmende Profillosigkeit und auf die undankbare Rolle als Junior-Partner der SPÖ zurückzuführen ist. *RGK*

Enteignung abgewehrt

Harare – Anfang April verstarb der Farmer Mike Campell, schwer gezeichnet von den Auseinandersetzungen mit dem Präsidenten von Simbabwe, Robert Mugabe. Mike Campell war einer jener 77 britisch-stämmigen Farmer, die 2001 durch das Regime enteignet und von ihrem Besitz vertrieben worden waren. Das Land ging entschädigungslos in den Besitz von Mugabe und dessen Sippe über, die örtlichen Gerichte stimmten dem zu. Campell bemühte sodann den Internationalen Gerichtshof der South African Development Community in Windhuk/Namibia. Die Richter entschieden 2008, dass die Enteigneten ihr Land behalten dürfen. Doch der Farmer, der aus Rache von Schergen der Einheitspartei Mugabes entführt und misshandelt worden war, hatte nicht mehr viel von seinem Sieg. *J. Feyerabend*

Ablenkung von der Krise

Weißrussland steht vor dem Staatsbankrott – Wem nützt der Terroranschlag von Minsk?

Seit Anfang dieses Jahres durchlebt Weißrussland die schlimmste Wirtschaftskrise seit den 1990er Jahren. Geldentwertung, Inflation, Panikkäufe im Land: Präsident Alexander Lukaschenko kämpft ums ökonomische Überleben. Der Anschlag von Minsk kommt ihm gelegen, um mit aller Härte gegen Widersacher vorzugehen.

Weißrussland, ein Paradies, ein sauberes und schönes Land, in dem die Menschen ein unbeschwertes, sonniges Leben führen. So mag Lukaschenko sein sozialistisches Land sehen, doch spätestens seit dem Anschlag auf die U-Bahnstation „Oktjabrskaja“ in der Nähe des Regierungssitzes ist klar, dass etwas nicht stimmt. Woher kam der völlig unerwartete Terrorakt in einem Land, das, anders als Russland, keine Krisengebiete, keinen Bürgerkrieg und keine radikalen Untergrundkräfte hat? Was steckt dahinter? Die Opposition im Land dürfte kaum Gelegenheit zum Anschlag gehabt haben, denn sie wird rundum von Sicherheitskräften überwacht, viele sind ins Ausland geflohen. Mit der Behauptung, der Terrorakt sei ein „Geschenk des Auslands“ hat Lukaschenko wahrscheinlich sie gemeint, sie seien daran interessiert, das Land zu destabilisieren. Die Oppositionskräfte im Land sind um politischen Dialog und Demokratie bemüht. Wem also nützt der Terroranschlag wirklich? „Der Anschlag nützt denen, die einen Ausnahmezustand im Land und ein Abrücken Weißrusslands vom Westen wollen und zudem die Opposition verleumden“, meint der ehemalige Präsidentschaftskandidat Alexander Milinkewitsch. Mit anderen Worten: Gab Lukaschenko den Anschlag selbst in Auftrag, um von innenpolitischen Problemen abzulenken?

Dass die gefassten und geständigen Täter, die auch einen sechs Jahre zurückliegenden Anschlag gestanden haben, nicht die wirklichen Täter sind, davon ist auszugehen. Viel zu schnell hat der KGB den Fall aufgeklärt. Lukaschenko hätte Gründe genug dafür, einen Terrorakt als Ablenkungsmanöver zu inszenieren, denn viele im Land sehen seinen Stern bereits sinken. Dank russischer Subventionen konnte der weißrussische Diktator sein staatlich finanziertes „Wirtschaftswunder“ jahrelang aufrecht erhalten. Das allerdings nur so lange, wie der „große Bruder“ aus Moskau das Spiel toleriert hat. Damit ist seit Mitte vergangenen Jahres Schluss. Der Kreml hat den 1995 mit Weißrussland geschlossenen Freundschaftsvertrag, bei dem die Erhebung von Zöllen für gegenseitige Verträge ausgeschlossen war, nicht mehr zu diesen Bedingungen erneuert. Vor allem für Öl und Gas muss Weißrussland seitdem deutlich höhere Preise zahlen. Der Weiterverkauf des billig eingekauften Rohstoffs in den Westen zu Marktpreisen ist unterbunden. Wegen des daraus resultierenden Haushaltsdefizits geriet Lukaschenko in Wut und beging folgenschwere politische Fehler. Statt sich mit Moskau zu einigen, ließ er sich auf einen Streit mit seinem wichtigsten Partner ein. Er paktierte mit politischen Gegnern Russlands und verhinderte die Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan. Er suchte neue Verbündete im Westen, verhandelte mit der EU und den USA über Kredite, schloss mit Venezuela einen Ölliefervertrag und stellte Georgien und China Gemeinschaftsprojekte in Aussicht. Alle Versuche, sich aus der Abhängigkeit von Russland zu befreien, schlugen wie ein Bumerang zurück. Statt Weißrussland Freiheit zu bringen, führte Lukaschenko es in die politische Isolation.

Hilfe vom »großen Bruder« Moskau: Fluch und Segen

Wahlfälschungen bei der Präsidentschaftswahl Ende 2010 und sein rigides Vorgehen gegen die politische Opposition veranlassten EU und USA dazu, ein deutliches Zeichen zu setzen, dass sie mit dem letzten Diktator Europas nichts zu tun haben wollten. Sie verhängten Einreiseverbote gegen ihn und 150 seiner engsten Mitarbeiter. Die Auslandskonten des Regimes wurden eingefroren.

Die Isolation zeigt Folgen: Mehr Import und weniger Export erhöhen das Zahlungsbilanzdefizit. Die Auslandsverschuldung steigt. Zwar wird in diesem Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von sieben Prozent prognostiziert, aber das BIP pro Kopf liegt seit Jahren bei niedrigen 3348 Euro pro Jahr. Das Vertrauen der Bürger in die eigene Währung schwindet. Aus Panik vor einer Geldentwertung kauft die Bevölkerung seit Jahresbeginn Dollar und Euro. Obwohl der Staat den Rubel-Kurs künstlich hochzuhalten versucht, den Devisenverkauf beschränkt, musste er doch eine erste Abwertung seiner Währung durchführen. Hamsterkäufe waren die Folge. Einige Importfirmen können kaum noch zahlen, manche Produkte sind bereits aus den Regalen der Supermärkte verschwunden. Der Schwarzhandel treibt Blüten.

Nachdem der Internationale Währungsfonds (IWF), der Weißrussland während der Weltfinanzkrise 2009 mit einem Kredit von 2,46 Milliarden US-Dollar half, neue Kredite von einer weiteren Rubelabwertung und Beamtenlohnkürzungen abhängig macht, kann Hilfe für die marode Wirtschaft nur noch von Russland kommen.

Moskau zögert noch und drängt auf Privatisierung. Russische Firmen profitieren von der weißrussischen Krise. Privatisierung bedeutet, dass russische Investoren weißrussische Staatsbetriebe aufkaufen. Dies konnte Lukaschenko bislang erfolgreich verhindern. Vorerst signalisierte er, dass er sich der Zollunion nicht länger verweigern wird. Um seinen Machterhalt zu sichern, kündigte er „Säuberungen“ nach stalinistischer Manier an, *Manuela Rosenthal-Kappi*



Krisensitzung mit KGB-Leuten: Mit stalinistischen Parolen will Lukaschenko seine Gegner besiegen. Bild: pa

Islam greift nach Südamerika

Waffenlieferungen und Terroristennachschub nehmen zu

Bislang herrschte die Meinung vor, Lateinamerika sei eine Weltregion ohne muslimische Probleme. Das erweist sich indes als Irrtum. Denn die Geheimdienste verschiedener Länder Südamerikas melden wachsende Aktivitäten islamistischer Terrororganisationen und registrieren vor allem in Brasilien eine Zunahme von Konvertiten zum Islam.

Die US-Botschaft in Brasilien schlug Alarm und meldete nach Washington, dass immer mehr Bürger des südamerikanischen Schwellenlandes zum Islam übertreten. Und selbst das renommierte Magazin „Veja“ berichtete von der Sorge der nationalen Sicherheitskräfte über zunehmende Aktivitäten der Terrororganisation Al Kaida, kombiniert mit Hisbollah und Hamas. Besonders in der Industrieregion Sao Paulo und der sogenannten „Triple Grenze“ zwischen Brasilien, Argentinien und Paraguay sei eine Bewaffnung und das Training lateinamerikanischer Jugendlicher festzustellen. Diese Grenzregion gilt ohnehin als Zentrum des Waffenhandels und illegaler Geschäfte mit Drogen, Alkohol und Piratensoftware.

Zudem – so die Erkenntnisse der Geheimdienste – scheinen grenzüberschreitende Attacken geplant. Etwa 20 hochrangige Geheimagenten militanter islamistischer Organisationen seien dabei eingesetzt. Lokale, arabischstämmige Kommunen, meist von Christen dominiert, sind bereits beunruhigt und warnen, dass für die bisherige friedliche Rassen- und Religionsvielfalt des Landes Gefahr bestehe.

Es sind zudem, so die Geheimdienste, vermehrt Waffenlieferungen in den Nahen Osten und vor allem nach Palästina zu verzeichnen. Ins Blickfeld der Behörden geriet dabei ein Mann namens Mohsen Rabbani, früherer iranischer Kulturattaché in Buenos Aires. Er soll auch für einige Zwischenfälle in den 1990er Jahren in jüdischen Kommunen Argentiniens verantwortlich sein und vor kurzem eine Reise von 20 jungen Konvertiten aus der Region Sao Paulo in den Iran organisiert haben.

Erste Muslime kamen aus Andalusien

Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass es in Brasilien eine halbe Million Muslime gibt, während die islamischen Autoritäten des Tropenlandes von drei Millionen sprechen, von denen 700 000 ihren Glauben in etwa 52 Moscheen und islamischen Zentren aktiv leben. In Argentinien werden rund 600 000 Muslime gezählt. Die Moschee König Fahd in Buenos Aires ist das größte islamische Kulturzentrum Südamerikas, an zweiter Stelle rangiert die Moschee Ibraham Ibn Abdul Aziz Al-Ibrahim im venezolanischen Caracas. In der Hauptstadt leben etwa 50 000 Moslems.

Für Honduras werden zwar offiziell nur 11 000 Gläubige gezählt, doch beträgt die Zahl aus Arabien stammender Bürger zwischen 100 000 und 200 000. Und genau diese sind, wie überall in Lateinamerika, das Ziel für „Missionare“.

Interessant ist auch, dass der 23-jährige Brasilianer Wellington Oliveira, der vor kurzem bei einem Schulmassaker in Rio de Janeiro 13 Kinder umbrachte, vor zwei Jahren zum Islam übergetreten und nach den Worten seiner Halbschwester Rosaline ein Bewunderer arabischer Terroristen war. Nachdem er sich selbst erschoss, wurde ein weißes Leintuch für sein späteres Begräbnis in seiner Tasche gefunden – ein Zeichen, dass er sich als Kämpfer Allahs verstand.

Bereits zur Zeit der südamerikanischen Besiedlung durch Europäer kamen Muslime aus Andalusien ins Land, dann schwarze Sklaven und später Zuwanderer aus dem Nahen Osten. Sie bilden den Kern der muslimischen Gemeinden von heute. *J. Feyerabend*

Das Volk wird ungeduldig

Ägypten: Doch wieder Militär-Diktatur? – Viele Fragen ungelöst

Wie meist nach dem Sturz eines autoritären Systems mit extremem Personenkult richtete sich auch in Ägypten die Wut des Volkes zunächst ganz gegen eine Person und deren sichtbare Symbole. Was den neuen Machthabern eine Atempause gab – doch bloß eine kurze, die sich nur mühsam verlängern lässt. Etwa durch die Inhaftierung einiger weniger Träger des alten Regimes. Oder durch das Referendum über eine Verfassungsänderung, an dem die Mehrzahl der Berechtigten gar nicht teilnahm und das einen Schönheitsfehler hat: Die Änderung kann eigentlich gar nicht verfassungsgemäß ratifiziert werden, denn es gibt keinen Präsidenten, keinen Vizepräsidenten – der noch von Ex-Präsident Hosni Mubarak ernannte Omar Suleiman mit engen CIA-Kontakten ist völlig von der Bildfläche verschwunden – und auch keinen Parlamentspräsidenten.

Dass Mubarak, der bisher unter Hausarrest in seiner Villa in Scharm el-Scheich stand, und seine beiden Söhne vor gut zwei Wochen in Untersuchungshaft kamen, wurde zwar mit Jubel aufgenommen. Doch wie irrational auch diese Freude ist, sieht man daran, dass die Meldung auch ein sachlich völlig unbegründetes Steigen der Börsenkurse auslöste.

Der Kurs der Militär-Junta und der eingesetzten Übergangsregierung ist in vieler Hinsicht unklar. So ließ man zum Ärger Israels und der USA zwei iranische Kriegsschiffe für einen Ausflug ins Mittelmeer den Suez-Kanal passieren und will die diplomatischen Beziehungen mit dem Iran wieder aufnehmen, die nach Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages vor 30 Jahren abgebrochen worden waren. Doch zugleich unterstützt man – wie die Westmächte – die Rebellen in Libyen. Propagandistisch tut dies übrigens auch der Iran. Die Blockade des Gaza-Streifens wurde zwar gelockert, aber nicht aufgehoben. Und die „staatstragende“ Partei Mubaraks wurde endlich aufgelöst, doch gilt es als sicher, dass die alten Seilschaften in neuem Gewand weitermachen werden.

Medien sind in Berichterstattung liberaler geworden

In den Medien einschließlich der diversen staatlichen und privaten Fernsehkanäle ist hingegen eine Liberalisierung unverkennbar. Das nutzen auch die drei einflussreichsten zivilen Politiker: Der Nobelpreisträger Mohammed ElBaradei, der scheidende Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Moussa – beide international bekannt und Präsidentschaftsbewerber – und Naguib Sawiris, Chef und Mehrheitsaktionär des Telekommunikationskonzerns Orascom. Sawiris, der in der Forbes-Liste der Superreichen auf Platz 60 steht, kommt als Christ für die Präsidentschaft nicht in Frage.

Doch Demonstrationen bleiben verboten – auf dem zentralen Kairoer Tahrir-Platz gab es erst kürzlich wieder zwei Tote – und ein Blogger wurde, ganz im Geist des alten Regimes, wegen „Beleidigung des Militärs“ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Muslimbruderschaft wiederum ist zwar überall präsent, drängt aber nicht in den Vordergrund. Gegen den neu eingesetzten Gouverneur der oberägyptischen Provinz Qena gibt es aber Demonstrationen radikaler Muslime – weil er schon dem alten Regime diente oder weil er Christ ist? Von dem nun neu eingeführten Wahlrecht für im Ausland lebende Ägypter dürften jedenfalls eher Christen und moderate Muslime profitieren. *R. G. Kerschhofer*

Ein Gesetz, das sich selber verhindert

Wie die Bundesregierung das Klima vor Kohlendioxid schützen will (oder auch nicht?)

Per Gesetz will die Bundesregierung erproben lassen, ob es sinnvoll ist, den angeblichen Klimakiller Kohlendioxid (CO_2) unterirdisch verschwinden zu lassen. Zunächst aber wird darüber gestritten, wie sinnvoll der Gesetzentwurf selber ist.

Deutschlands selbsternannte Klimaschützer feiern sich selbst: Es sei „erfreulich, dass es jetzt zu einer Lösung gekommen ist, die die unterschiedlichen Länderinteressen berücksichtigt", jubelt Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) und schwärmt von „höchsten Umweltstandards", einer „international beachteten Klimaschutzoption" sowie einem Exportprodukt von großer ökonomischer Bedeutung.

Der Bundesminister, zugleich Anführer der derzeit oppositionellen nordrhein-westfälischen CDU, meint mit seinen Lobeshymnen das sogenannte CCS-Gesetz, dessen Entwurf er sich vor wenigen Tagen vom Kabinett hat absegnen lassen. Außerhalb der schwarz-gelben Berliner Regierungskoalition freilich steht er mit seiner positiven Sichtweise ziemlich allein da – es hagelt Kritik von allen Seiten.

So bemängelt das „Informationszentrum für CO_2-Technologien", das zu den ganz Großen im Klimaschutzgeschäft zählt und daher an einer schnellen Umsetzung der CCS-Technik höchst interessiert ist, Röttgens Gesetzentwurf sei in Wahrheit ein „Hemmschuh", der eine großindustrielle Anwendung eher verhindere denn fördere.

Auch Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) kündigt Widerstand im Bundesrat an, nennt die Vorlage der Bundesregierung „politisch inakzeptabel und energiepolitisch kurzsichtig". Die „Märkische Oderzeitung" setzt noch eins drauf: Dieser Gesetzentwurf sei der „vorzeitige Todesstoß der noch unerprobten Technologie".

CCS steht für „Carbon Dioxide Capture and Storage", also das Auffangen und Speichern von CO_2. Speziell geht es darum, den Druck grüner Wahlerfolge auch die meisten Unionspolitiker unterworfen haben, bedeuten in der Praxis, dass bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts die Kohlendioxid-Emissionen um mindestens 80, eher sogar um bis zu 95 Prozent reduziert werden müssten. Allein die Emissionen aus großindustriellen Prozessen wie der Produktion von Stahl, Aluminium oder Zement machen aber bereits über 15 Prozent der Gesamtmenge aus; fossile Kraftwerke sind dabei noch nicht mitgerechnet. Ein übereilter Ausstieg aus der Kernenergienutzung würde diese Problematik noch weiter verschärfen.



Bild: M. Gottschalk/dapd

Greenpeace-Protest: Zwar soll kein CO_2 in die Luft gelangen, unterirdisch soll es aber auch nicht lagern.

Diese CO_2-Massen sollen nun aus der Abluft von Kraftwerken und Industrieanlagen abgeschieden und in riesigen unterirdischen Kavernen dauerhaft gespeichert werden. Geeignete geologische Schichtungen finden sich vor allem im norddeutschen Raum.

vermeintlichen „Klimakiller" der Umwelt da zu entziehen, wo er bei großindustriellen Prozessen oder der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen – Kohle, Gas, Öl – in großen Mengen anfällt.

Ob vom Menschen erzeugtes CO_2 tatsächlich die behaupteten schädlichen Langzeitwirkungen hat, spielt in der aktuellen politischen Diskussion schon gar keine Rolle mehr. Klimaforscher und alle, die sich als solche ausgeben und finanzieren lassen, haben sich längst darauf verständigt, Zweifler und Kritiker zu Außenseitern abzustempeln, die in der veröffentlichten Meinung entweder milde belächelt oder gleich totgeschwiegen werden.

Die ehrgeizigen Klimaziele, denen sich inzwischen unter dem

Drei Bundesländer kündigen Widerstand an

Damit kommt gleich das nächste Problem: Der angebliche Klimakiller Kohlendioxid muss zum Teil über viele hundert Kilometer sicher transportiert werden, bevor man ihn in die Tiefe abpumpen kann. Dort muss er dauerhaft sicher verschlossen werden; zudem dürfen die Lagerstätten nicht mit anderen zukunftsträchtigen Optionen wie der Gewinnung von Erdwärme (Geothermie) kollidieren. Dies alles setzt umfangreiche rechtsstaatliche, somit nach aller Erfahrung langwierige und teure Genehmigungsverfahren voraus. Daran denkt erklärtermaßen auch der Gesetzgeber. Röttgen verweist ausdrücklich auf die vorgesehene „umfassende Bürgerbeteiligung", die sowohl für die Erprobung unterirdischer Speicher als auch für die Zuleitungen, den Transport und die zusätzlichen Abscheidungseinrichtungen zur Anwendung kommen soll.

Angesichts des heute in Deutschland verfügbaren Protest- und Wutpotentials dürfte dies allein Demonstrationsanlagen für die neuartige Technologie bereits weitgehend verhindern. Den Rest schafft die im Gesetzentwurf vorgesehene Regelung, die den Bundesländern weitestgehende Einflussmöglichkeiten einräumt. Sie können „sowohl Gebiete ausweisen, in denen CO_2-Speicherung zulässig ist, als auch solche, in denen sie nicht zulässig ist". Mit dieser rhetorischen Meisterleistung will Röttgen „die Akzeptanz für CCS erhöhen".

Die ersten Reaktionen auf den Gesetzentwurf deuten jedoch darauf hin, dass die Akzeptanz dadurch wohl eher verhindert wird. Von den als Endlager-Standort in Frage kommenden Bundesländern haben Niedersachsen und Schleswig-Holstein bereits signalisiert, dass sie nicht mitmachen werden.

Daher befürchtet Brandenburgs Regierungschef nicht ohne Grund, dass am Ende sein Bundesland als alleiniges Versuchsfeld übrigbleibt. Wie Potsdam sich in diesem Falle im Bundesrat verhalten wird, hat Platzeck schon im Vorfeld klargestellt: „Wir haben immer gesagt, dass wir keinem Gesetz zustimmen, das auf eine Erprobung nur in Brandenburg hinausläuft, während sich andere Bundesländer aus der Verantwortung stehlen."

So hebt das CCS-Gesetz in der Praxis sich selber auf. Und die üblichen Profiteure der Klimadiskussion können in diesem Falle die Hoffnung auf satte Subventionen aufgeben.

Hans-Jürgen Mahlitz

KURZ NOTIERT

US-Bürger entdecken durch Wirtschaftskrise Aldi: Noch vor dem Marktführer WalMart ist der US-Ableger von Aldi Süd mit einer ersten Filiale im New Yorker Stadtgebiet vertreten. Dem neu eröffneten Geschäft in Queens sollen weitere auf Long Island und in der Bronx folgen. Obwohl Aldi bereits im Jahr 1976 auf dem US-Markt gestartet ist, gewinnt die Expansion erst seit dem Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 an Dynamik. Bisher ist Aldi in 31 Bundesstaaten mit etwa 1100 Filialen vertreten – jährlich sollen zwischen 50 und 80 neue Märkte dazu kommen. Aldi Nord ist ebenfalls mit der Marke „Trader Joe's" in einem höherpreisigen Segment auf dem US-Markt vertreten. *N.H.*

Schweizer kaufen sächsischen Anlagenbauer: Das Schweizer Unternehmen Meyer Burger übernimmt für 356 Millionen Euro den Solar-Maschinenbauer Roth & Rau im sächsischen Hohenstein-Ernstthal. Durch die vollständige Übernahme des Konkurrenten entwickelt sich Meyer Burger zu einem umfassenden Systemanbieter von Produktionsanlagen für Solarzellen. Erhalten bleiben soll sowohl der Markenname Roth & Rau als auch der Hauptstandort, der Kern eines neuen Technologie- und Kompetenzbereichs werden soll. Erst vor 20 Jahren als Familienunternehmen gegründet, zählt Roth & Rau mit 1200 Angestellten und einem Jahresumsatz von 285 Millionen Euro inzwischen zu den weltweit führenden Anlagenbauern in der Solarbranche. *N.H.*

Polen wichtiger Handelspartner: Brandenburg ist unter den neuen Ländern zum wichtigsten Exporteur Richtung Polen vorgerückt. Die Mark führt so Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 1,4 Milliarden Euro aus (vor der Krise 2008 allerdings rund zwei Milliarden Euro). „Polen ist für uns einer der wichtigsten Handelspartner und wir profitieren in vielfältiger Hinsicht voneinander", sagt der Sprecher der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB), Alexander Gallrein. Die landeseigene ZAB ist Anlaufstelle für Firmen, die sich im Land niederlassen wollen. *SV*

500 Millionen Schulden

Athen – Die griechische Regierung schuldet deutschen Firmen eine Gesamtsumme von geschätzten 500 Milliarden Euro. Unter den Gläubiger-Firmen ist unter anderem Siemens. Der Konzern hat laut „Handelsblatt" offene Forderungen in zweistelliger Millionenhöhe, die teilweise aus der Zeit vor den Olympischen Spielen 2004 stammen sollen. Hochtief wartet auf die Begleichung von Rechnungen für zwei Mautstraßenprojekte. Auch Pharmakonzerne wie Bayer, Fresenius und Merck sind seit Jahren auf unbezahlten Rechnungen sitzen geblieben. Die schlechte Zahlungsmoral wird zunehmend zu einem Problem für die griechische Wirtschaft, die ohnehin mit Liquiditätsproblemen kämpft. Vor allem sei die Baubranche betroffen. Hier betrage die Summe der offenen Rechnungen 2,5 Milliarden Euro. Finanzminister Giorgos Papakonstantinou räumte die Zahlungsschwierigkeiten zwar ein, wies aber auf die schwierige Haushaltslage hin und versicherte, dass die Regierung dabei sei, die ausstehenden Zahlungen zu leisten. Eine in letzter Zeit immer öfter diskutierte Umschuldung lehnt der Finanzminister ab, würde sie doch das Vertrauen der Investoren zunichte machen und Griechenland aus Jahre von den Finanzmärkten ausschließen. *MRK*

Kampf den CO_2-Emissionen

Verschuldung der Staaten müsste zweifelhaften Klimaschutz beenden

Seit Jahrzehnten werden Jahr für Jahr weltweit etliche Milliarden US-Dollar an Steuergeldern in die Klimaforschung gesteckt, ohne dass auch nur der geringste Erkenntnisfortschritt zu erkennen wäre. Die Klimaexperten haben bis jetzt nicht den physikalischen Beweis erbringen können, dass es den „Treibhauseffekt" überhaupt gibt.

Meteorologische Tatsache ist, dass an keinem Punkt der Erde und zu keiner Jahreszeit der tägliche wie der jährliche Gang der Lufttemperatur und des Kohlendioxid-Gehaltes in einem Kausalzusammenhang zueinander stehen. Eine tatsächliche Korrelation gibt es nicht! Auch die Schaffung eines Kohlendioxid-freien Europa würde an dem Verlauf der Jahreszeiten wie des Wetters absolut nichts ändern. Dies gilt gleichermaßen für alle Regionen der Erde, für die Tropen ebenso wie für die Polarregionen und die Westwindzonen. Auch die biologische wie die wetterbedingte klimatische Vielfalt der Erde lassen sich nicht zugunsten eines fiktiven einheitlichen „Globalklimas" aufheben.

Nachdem die EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard bei Vorstellung des Brüsseler „Energie-Klima-Pakets" erklärt hat, dass allein die Europäische Union in den nächsten 40 Jahren jährlich 270 Milliarden Euro ausgeben muss, um die Kohlendioxid-Emissionen um 80 Prozent zu senken, ist es allerhöchste Zeit, dass dem physikalisch unsinnigen Vorhaben „Kampf gegen die Erderwärmung" endlich Einhalt geboten wird. Kein unter der Schuldenlast stöhnender Staat kann es moralisch verantworten, dass Milliarden für das Vorhaben „Schutz des Globalklimas" verbrannt werden, ohne je nachweisbare Wirkungen zu hinterlassen.

EU rechnet mit 270 Milliarden Euro Kosten bis 2050

Zwischen der Lufttemperatur und dem Kohlendioxid-Gehalt existiert nicht der geringste Ursache-Wirkungs-Zusammenhang. Die Korrelation zwischen dem Kohlendioxid-Wert von Hawaii und der jährlich errechneten „Globaltemperatur" ist eine Korrelation, die eine Kausalbeziehung nur vortäuscht, aber in Wirklichkeit eine Scheinbeziehung ist.

Der Klimawandel als permanenter Wandel des Neigungswinkels der Sonnenstrahlen in Bezug auf die Erdoberfläche ist so alt wie die Welt. Er ist paläoklimatisch für die letzten Millionen Jahre gut dokumentiert und hat nichts mit der vor 150 Jahren begonnenen Industrialisierung zu tun. Die seit 1860 errechnete Erhöhung der „Globaltemperatur" um 0,7 Grad Celsius ist ein normaler erdgeschichtlicher Vorgang, den es nachweislich zu Beginn des Imperium Romanum wie des Hochmittelalters mit der Entdeckung von Island (um 860 n. Chr.) und Grönland (um 980 n. Chr.) gegeben hat.

Die gigantische Verschuldung vieler Staaten verbietet es, der illusionären Utopie „Schutz des Globalklimas" zwecks Erreichung „globaler Klimagerechtigkeit" weiter anzuhängen und Milliarden dem Sozialstaat zu entziehen. Alle Klimaschutzmaßnahmen scheitern ohnehin am Wetter, denn dieses ist nicht disziplinierbar und allein das Wetter bestimmt, welches Klima ein Ort oder ein Staat hat. Der Menschheit wäre praktisch geholfen, wenn 20 Prozent der Klimaforschungsmittel in die Verbesserung der Wettervorhersagen und 80 Prozent in die Verminderung von Hunger und Not investiert würden. *Wolfgang Thüne*

Überall Wachstum

Daimler: Exzellente Zahlen im Jubiläumsjahr

Vor 125 Jahren, 1886, konstruierte Carl Benz das erste Automobil. Das war der Anfang des Aufstieges des späteren Weltkonzerns Daimler-Benz, heute nur noch Daimler AG. Vorstandsvorsitzender Dieter Zetsche konnte bei der Hauptversammlung der Daimler AG am 13. April in Berlin über ein erfolgreiches Jahr 2010 berichten: Für das Geschäftsjahr zahlt der Konzern seinen Aktionären eine hohe Dividende von 1,85 Euro pro Aktie. Stark erhöhte Absatzzahlen im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr machten diesen Erfolg möglich: bei den Pkws ein Plus von 17 Prozent, Nutzfahrzeuge 37 Prozent, Busse 20 Prozent. Für 2011 stellte der Daimlerchef eine Dividendenerhöhung in Aussicht, da die Absatzzahlen über den Verkaufszahlen des Jahres 2010 lägen. „Die Marschrichtung heißt profitables Wachstum", so Zetsche.

Doch für den positiven Jahresabschluss 2010 und die optimistische Prognose bekam der Vorstandschef kaum Lob. Die Aktionäre kritisierten vielmehr eine fehlende Zukunftsstrategie des Konzerns und eine maue Entwicklung des Kurses der Daimleraktie. Die Aktienkurse der Mitbewerber BMW und VW seien 2010 um 70 Prozent beziehungsweise um 60 Prozent gestiegen, die Daimleraktie dagegen nur um 30 Prozent.

Der Vorstandschef berichtete über ein Kooperationsprojekt mit der Bosch AG zur weiteren Entwicklung des Elektromotors. Hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung der Daimler AG verkündete er eine verstärkte Produktion im Kompaktwagensegment. Diese Schwerpunktfestlegung richte sich gegen die Mitbewerber Audi und BMW. Ein erheblicher Teil des heutigen Konzernwachstums werde auf dem chinesischen Markt erzielt: Im Vergleich zum Jahr 2009 konnte Daimler seinen Absatz in China um 109 Prozent steigern. Man arbeite – so Zetsche – ständig an der Weiterentwicklung sparsamer Motoren. Es sei dem Konzern gelungen, innerhalb der letzten anderthalb Jahrzehnte den Spritverbrauch der Autos zu halbieren. Das Ziel sei ein Durchschnittsverbrauch von unter fünf Litern für alle Daimler-Pkw im Jahr 2015 zu erreichen. *W. v. G.*

Gastkommentar:

Frieden schaffen

Von Max Klaar

Die immer noch aufrechterhaltene Feindstaatenklausel der UN gegen das Deutsche Reich ist abzulösen. Die ehemaligen Kriegsgegner sollen zum Wohle ihrer Völker auf der Grundlage eines Friedensvertrages als souveräne, gleichberechtigte Partner den Weg der Sicherheit und Zusammenarbeit durch friedlichen Interessenausgleich beschreiten.

Dazu schlägt der Verband deutscher Soldaten e.V. vor: 1. Gegenseitiges auf ewig gültiges Verzeihen aller aneinander begangener Völkerrechtsverbrechen im Zuge der Kriegshandlungen. 2. Gegenseitiger und endgültiger Verzicht darauf, sich diese Verbrechen wechselseitig vorzuwerfen und Ansprüche daraus geltend zu machen. Die unselige und rückwärtsgewandte Kriegsschulddebatte ist nach den beiden Weltkriegen zu beenden. Dazu halten wir für erforderlich:

Friedenskonferenz in Münster

3. Öffnung aller Archive der ehemaligen Kriegsgegner zur Erforschung der wahren Gegebenheiten in den Abläufen 1910 bis 1950 und Rückgabe der beschlagnahmten, unverfälschten Archivstücke auf Gegenseitigkeit. 4. Berufung einer Wahrheitsfindungs-Kommission von unabhängigen Historikern zur Auswertung der bisher geheimgehaltenen Dokumente aus verschlossenen Archiven und Übernahme ihrer Ergebnisse in die Bildungsarbeit.

Der Frieden soll zwischen den Vertragspartnern unumkehrbar gemacht werden. Das ist zu erreichen durch: 5. Beendigung aller Besatzungen und Auflösung militärischer Fremdstationierungsstützpunkte im Vertragsgebiet. 6. Unverletzlichkeit aller Staatsgrenzen der Vertragspartner. 7. Rückgabe beschlagnahmten Eigentums; wo das nicht möglich ist, wird über eine Regelung Einigkeit hergestellt. 8. Verpflichtung zur Öffentlichkeit der Diplomatie. 9. Umwandlung der Nato zur Neso (Northern Earth Security Organisation). Diese soll als politische Organisation und zugleich reine Verteidigungsgemeinschaft gewährleisten, dass kein Mitglied im Bunde mit anderen Mitgliedern dieser Organisation gegen einen dritten Staat der Gemeinschaft aus Eurasien und Nordamerika koalieren kann. 10. Die Neso soll den freien Welthandel sichern. Sie erklärt dazu die Offenheit der Handelswege zu Land, Luft und See. 11. Piraterie wird geächtet. Alle Nationen haben zur Abwehr der Piraterie das Notwehrrecht. 12. Die Neso-Staaten erklären den Verzicht auf Gewalt als Mittel ihrer Politik. Sie werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker respektieren und nie wieder als erste Waffen einsetzen. Nur die UN haben das Gewaltmonopol, gegen Staaten vorzugehen, die Völkerrechtsverbrechen wie Völkermord und/oder Vertreibung begehen. 13. Die Neso-Staaten werden keinen anderen Staat unterstützen, der sich künftig des Völkerrechtsverbrechens der Vertreibung und/oder des Völkermordes schuldig macht. 14. Die Neso-Staaten garantieren religiöse Toleranz und werden keine religiösen Dominanzbestrebungen zulassen.

Auf der Grundlage dieser Punkte sind die Regierungen aller betroffenen Staaten zu einer Friedenskonferenz nach Münster und Osnabrück einzuladen, um den Zweiten Weltkrieg abzuschließen und dadurch künftigen Generationen die Perspektive einer friedlichen Zukunftsordnung in gegenseitiger Achtung und Verantwortung zu ermöglichen.

Nachdruck aus „Soldat im Volk". Max Klaar ist Oberstleutnant a. D. und Bundesvorsitzender des Verbandes deutscher Soldaten e.V.

Wie ein Krebsgeschwür

Von Wilhelm v. Gottberg

In Europa ist im letzten Jahr über die völlig überschuldeten Staaten Griechenland, Irland und Portugal viel gesprochen und geschrieben worden. Die Zahlungsfähigkeit dieser Staaten konnte nur mit millionenschweren Zuwendungen aus dem europäischen Rettungsfonds gewährleistet werden. Niemand weiß genau, ob nicht in naher Zukunft weitere hochverschuldete Euro-Staaten diese Hilfe benötigen. Die Wahrscheinlichkeit ist groß. Ob der nun eingerichtete Stabilitätsmechanismus (ESM) die Dauerexistenz des Euro garantieren kann, ist keinesfalls ausgemacht. Griechenland und Portugal können nen aus eigener Kraft die erhaltenen Kredite nicht zurückzahlen. Wie lange wird die europäische Solidarität mit den Kostgängern währen?

Die Bemühungen um den Erhalt und die Stabilität des Euro haben in Europa den Blick auf ein sehr viel größeres Konfliktpotenzial für die Weltwirtschaft und das Weltfinanzsystem verstellt: Es ist die furchterregende Überschuldung der USA, die per 31. März 2011 14,2 Billionen Dollar betrug. Bis zur – vom Kongress genehmigten – Schuldenobergrenze sind es nur noch 76 Milliarden Dollar. Eine lächerlich geringe Summe, die nach Auskunft des US-Finanzministers am 16. Mai aufgezehrt sein wird. Die Zahlungsunfähigkeit der USA war nur noch eine Frage von wenigen Wochen.

USA: Weltmeister im Schulden machen

Vor 14 Tagen haben sich Republikaner und Demokraten gemeinsam geeinigt, im laufenden Haushaltsjahr 39 Milliarden Dollar einzusparen. Diese Einsparung wird nicht reichen, um die steigenden Zinsen für die aufgenommenen Kredite zu kompensieren. Haushaltsgründe zwangen die USA, ihre Beteiligung am Libyen-Konflikt zurückzufahren.

Obamas Finanzberater, der zugleich Mitvorsitzender der „Nationalen Kommission für fiskalische Verantwortung" ist, führte kürzlich vor dem Finanzausschuss des Senats aus: „Diese Verschuldung und diese Defizite, die wir uns laufend einhandeln, sind wie ein Krebsgeschwür und werden dieses Land von innen zerstören; außer wir zeigen gesunden Menschenverstand und machen etwas dagegen … Das Problem ist real, die Lösung ist schmerzhaft und wir müssen handeln. Die Märkte werden uns völlig vernichten, wenn wir nicht handeln."

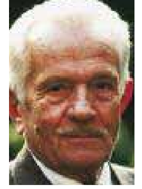
Präsident Obama hat nun als Ziel vorgegeben, in den nächsten zwölf Jahren vier Billionen Dollar einzusparen. Das ist unrealistisch, weil bisher in den letzten Jahren die jährliche Neuverschuldung eine Billion Dollar oder mehr betrug. Obamas Glaubwürdigkeit zum Sparen ist gering, da er bisher mit „Maß halten" nicht aufgefallen ist. Bei Beginn seiner Amtszeit lag die Gesamtverschuldung der USA bei 10,7 Billionen Dollar. Erst, als die Republikaner mit deutlich schärferen Sparvorschlägen die Verschuldung thematisierten und damit politisch punkten konnten, wurde von der Regierung hastig ein eigenes Schuldensenkungsprogramm konzipiert. Der Streit über Einsparungen im US-Haushalt wird das beherrschende Wahlkampfthema bei der Präsidentenwahl 2012 sein. Obama und seine Demokraten wünschen Steuererhöhungen für Reiche und Gutverdienende. Die Republikaner lehnen Steuererhöhungen generell ab. Ein besonderes Problem der amerikanischen Verschuldung sind die drei Billionen US-Dollar Devisenreserven Chinas. Der größte Teil der chinesischen Fremdwährungsbestände lautet auf Dollar. China ist Amerikas größter Gläubiger. Was das bedeutet, wenn aus den Reibereien bei den Handelsbeziehungen der beiden Staaten ein ernsthafter Konflikt wird, kann man sich schwer vorstellen. Man erinnere sich deshalb an den 29. Oktober 1929.



Angespannte Haushaltslage: Von seinem Vorgänger George W. Bush erbte US-Präsident Barack Obama Banken- und Wirtschaftskrise sowie gleich mehrere ferne Kriege. Gleichzeitig will er aber auch selbst politisch gestalten und die USA sozialer machen. Doch hierfür ist erst recht kein Geld mehr da.

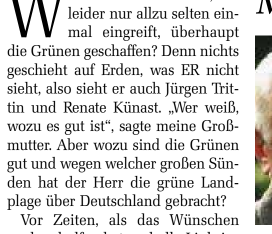
Bild: action press

Moment mal!



Von der K-Gruppe zur K-Frage

Von Klaus Rainer Röhl



Wozu hat der liebe Gott, der leider nur allzu selten einmal eingreift, überhaupt die Grünen geschaffen? Denn nichts geschieht auf Erden, was ER nicht sieht, also sieht er auch Jürgen Trittin und Renate Künast. „Wer weiß, wozu es gut ist", sagte meine Großmutter. Aber wozu sind die Grünen gut und wegen welcher großen Sünden hat der Herr die grüne Landplage über Deutschland gebracht?

Vor Zeiten, als das Wünschen noch geholfen hat und alle Linksintellektuellen sich nur noch den Kommunismus wünschten, natürlich mit „menschlichem Antlitz", da entstanden die Grünen. Weil es einen Kommunismus mit menschlichem Antlitz aus der Natur der Menschen heraus nicht geben konnte, sollte eine „vierte Partei" links von der SPD gegründet werden. Ich war 1976 dabei, als wir zusammen mit Rudi Dutschke und dem SPD-Politiker Jochen Steffen, dem roten Jochen, diese Partei gründen wollten. Aber es gab noch andere, ganz andere Ansätze. Sie kamen gewissermaßen aus der Tiefe des Raumes, wenn man so will, nämlich direkt aus der Zeit des Nationalsozialismus. Die Nationalsozialisten hatten auch einen heute wenig beachteten Müsli-Flügel, der Nichtrauchen als Krebsvorbeugung, vegetarisches Essen und eine natürliche Lebensweise verkündete. Wanderprediger, die an unseren Oberschulen Vorträge hielten, behaupteten, dass ein gekochtes Ei „der Tod im Topf" sei. Man warb für fleischlose Ernährung, („Der Führer ist Vegetarier!") und alle sollten topfit sein und viel singen. Das alles stammte aus der Jugendbewegung, die hatte es schon lange vor der NS-Zeit gegeben, und dazu gehörten auch Sorgen um die Folgen der Industrialisierung und Luftverschmutzung, also eine irrationale Industriefeindlichkeit. Deshalb wollte man heraus „aus grauer Städte Mauern" und an die frische Landluft und die Morgenfrühe. In der Tradition solcher industriekritischer, naturfrommer Denkweisen bildeten sich um 1970 zwei Gruppen: Ein Diskussionskreis in Wenningstedt auf Sylt, der das Wattenmeer und die Dünen der Insel schützen wollte, und eine Bewegung von Weinbauern in Whyl, die sich gegen den Bau eines französischen Kernkraftwerks auf der anderen Seite des Rheins richtete.

Die Angst vor zweitem Tschernobyl war stets die Energiequelle der Grünen

Diese Gruppen wurden den Keimzellen einer Partei, die anders sein wollte als die anderen, auch anders als die wilden und undisziplinierten 68er. Als die neue Bewegung sich als „grüne" und „bunte Liste" am 4. Juni 1978 in Hamburg und Niedersachsen erstmals zur Wahl stellte, strömten die Mitglieder der kommunistischen Splitterparteien, die sich nach 1969 etabliert hatten, die sogenannten K-Gruppen, gezielt in die neue Partei und eroberten nach kurzer Zeit alle Spitzenpositionen. Aus den K-Gruppen wie RK (= Revolutionärer Kampf) kamen unter anderen Joseph (Joschka) Fischer und Antje Vollmer, die meisten wie Trittin vom KB (= Kommunistischer Bund). Nach 1978 waren die Grünen etabliert.

Zu allem Überfluss kam wenige Jahre nach der Gründung der Grünen Tschernobyl. Der GAU. Das war zwar keineswegs der „größte anzunehmende Unfall", aber er war schlimm genug. Zahlreiche Todesopfer. Erst nach Jahren auftretende tödliche Erkrankungen bei den Bewohnern in der unmittelbaren Umgebung und Tausende von Toten unter den ohne ausreichende Schutzkleidung zur Zubetonierung des strahlenden Reaktors abkommandierten „Helden von Tschernobyl".

Aber nicht einmal in der Ukraine und den schwer von den Folgen des Reaktor-Unglücks betroffenen Nachbarländern gab es eine solche Panik wie ausgerechnet in Deutschland, das kein einziges Opfer der Katastrophe zu beklagen hatte.

Jedenfalls gab die Angst vor einem neuen Tschernobyl den Grünen einen mächtigen Auftrieb, der ausreichte, sie 1998 zusammen mit der SPD an die Macht zu bringen. Bei der rot-grünen Regierungsbildung konnten Joschka Fischer und Trittin die vorzeitige Abschaltung sämtlicher Kernkraftwerke bei ihrem Koalitionspartner durchsetzen. Angela Merkel übernahm diese, gezwungenermaßen, in den schwarz-roten Koalitionsvertrag. Einmalig in der Welt. Wie unsere ewig ratternden Windmühlen und unser in der Welt einmalig dastehendes Flaschenpfand auf Mineralwasser. Am deutschen Wesen soll die Welt genesen. Die „nachhaltigste" Bremse jeder wirtschaftlichen Entwicklung, die einmalige, nur in Deutschland mögliche freiwillige Zerstörung der modernen, in der ganzen Welt geschätzten – und verkauften – deutschen Kerntechnologie wird uns verfolgen, bis es keine Grünen mehr geben wird. Woher dieser deutsche Sonderweg, diese „German Angst"?

Nachkriegsgenerationen scheinen vor allem von Angst geleitet

Wir Kriegskinder lebten nicht mit der Angst, obwohl wir allen Anlass dazu gehabt hätten. Aber die Generation, die heute Fernseh-Magazine moderiert und Zeitungen vollschreibt, die von 68er Lehrern und Hochschulprofessoren gewaltfrei, angstfrei, repressionsfrei, oft auch lernstofffrei erzogenen wurde, scheint voller Angst. Alles wird teurer. Inflation, kein Benzin mehr im Tank, kein Gemüse mehr bezahlbar. Und Überbevölkerung. Alle haben Angst. Überall, hämmern uns die Genossen Journalisten ein, lauert der Tod. Atomtod, Kältetod, Hitzetod, Seuchentod, Nahrungsmitteltod, Energietod, Klimatod: alle tot. Siehe Tschernobyl. Die ganze Welt verstrahlt für rund 2000 Jahre. Ungefähr. Ohne Gewähr. So kann man Wahlen gewinnen. Nicht in der Ukraine, nicht in den USA, nicht mal in Japan. Aber im Ländle, in Baden-Württemberg, in Deutschland.

Und die ehemaligen Mitglieder der K-Gruppen haben jetzt wieder ein K-Problem: Wer wird Kanzler? Trotz Alice Schwarzers 40 Jahre lang andauernde, wundertätigen Wirken wird es wohl doch auf einen Mann hinauslaufen. Trittin oder sogar Joschka Fischer. Obwohl Renate Künast in ihrer modischen Halbstarken-Sprache schon verkündete „Ich kann Kanzlerin!" Das vertraute sie einer Reporterin der Berliner Boulevardzeitung „BZ" an. Verständlich, was sie dachte, die jeden Tag im Bundestag Angela Merkel herumeiern sieht: „Was die kann, kann ich auch. Warum die und nicht ich?" Joschka oder Künast. Gott schütze unser Land.

Wenn der liebe Gott angesichts des Größenwahnsinns der Grünen doch wieder einmal zornig wird über seine Geschöpfe, wie in Genesis 6,12 (Sintflut), ist der nächste Super-Tsunami fällig. Er kann auch anders.

Der Leiter des Meinungsforschungsinstituts Forsa sieht das gelassener: Wenn die größte Angstwelle nach Fukushima abgeflaut ist, werden sich die Werte der Grünen wieder auf ein normales Maß einspielen.

Ein Wegbereiter der Moderne

Drei Ausstellungen widmen sich Max Liebermann, aber auch seinen Gegnern

Das Jahr 2011 steht erneut ganz im Zeichen von Max Liebermann: Die Bundeskunsthalle in Bonn und die Hamburger Kunsthalle zeigen eine große Ausstellung zum Thema „Liebermann und die Moderne", während die Liebermann-Villa am Wannsee nach der Winterausstellung „Ein öffentlicher Kopf" nun „Max Liebermann am Meer" zeigt. Liebermanns Gegner hingegen stehen im Mittelpunkt einer Schau im Max-Liebermann-Haus am Brandenburger Tor.

Eine kleine Sensation ist der naturgetreue Nachbau einiger Teile von Liebermanns berühmtem Garten am Wannsee. In über 200 Werken hat der Künstler die Gartenanlage aus immer neuen Blickwinkeln festgehalten. Auf dem Dach

Wannseegarten auf dem Dach der Bonner Kunsthalle

der Bundeskunsthalle wurden die Hauptelemente des Wannseegartens – Heckengärten, Birkenallee und Blumengarten – nun nachgebaut. So wird ein direkter Vergleich mit Liebermanns Werken möglich sein. Wie kaum ein anderes dokumentiert das Werk dieses Künstlers die Veränderungen innerhalb der Kunst und der Gesellschaft im Deutschland des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Die Retrospektive zeigt neben rund 100 Gemälden und Papierarbeiten Liebermanns auch Arbeiten jener Künstler, die seinen Kunstbegriff geprägt haben oder deren Werke in seiner eigenen Kunstsammlung vertreten waren, wie etwa Frans Hals, Rembrandt und Adolph Menzel, van Gogh oder Manet.

Mitten hinein in den Sommer führt die Ausstellung in der Liebermann-Villa am Wannsee. Dort sind fast 50 Gemälde, Pastelle und Grafiken zu sehen, die der Künstler unter dem Eindruck seiner Begegnung mit dem Meer schuf.

1872 war Liebermann erstmals nach Holland gereist, um dort zu arbeiten. Scheveningen, Noordwijk, Katwijk und Zandvoort hat er oft besucht. Zunächst schuf er Bilder vom einfachen Leben. Berühmt sind seine „Netzflickerinnen" oder der „Bauer in den Dünen". „Erst unter dem Eindruck des französischen Impressionismus veränderte sich seine Malerei und mit ihr das Verhältnis zur holländischen Landschaft", erläutert Martin Fass, Museumsleiter der Liebermann-Villa. „Aus der Marsch- und Dünenlandschaft, die Liebermann beschäftigt hatte, trat er nun heraus ans Meer und ließ den Blick über den Strand und die weite Wasserfläche schweifen."

Von 1896 an fuhr er immer wieder zu längeren Sommeraufenthalten an die holländische Nordseeküste, um sich von den Motiven der See inspirieren zu lassen. Er malte badende Kinder, Damen unter Sonnenschirmen, Reiter am Strand. Seine Farben wurden lichter und Zeitgenossen waren begeistert: „Man riecht förmlich die Seeluft", schwärmten sie. In Noordwijk, wo Liebermann in Strandnähe wohnte, sah man ihn mit Staffelei und Farbkasten losziehen, oft aber skizzierte er das Gesehene auch nur, um es dann in seinem Berliner Atelier auszuführen. Kritiker bescheinigen ihm durch den räumlichen und zeitlichen Abstand eine Intensivierung der Darstellung. „Was man nicht aus dem Kopf malen kann, kann man überhaupt nicht malen", schrieb Liebermann in einem Aufsatz 1904. „Wir malen nicht die Natur, wie sie ist, sondern wie sie uns erscheint, das heißt wir malen sie aus dem Gedächtnis."

In Berlin lebte Max Liebermann im Haus am Pariser Platz, direkt neben dem Brandenburger Tor. Dort ist nun die Ausstellung über seine Gegner zu sehen. Ausgewählte Gemälde, Skulpturen und Arbeiten auf Papier, die einst in den historischen Ausstellungen der Neuen Secession zu sehen waren, machen die unterschiedlichen Kunstauffassungen deutlich. Die Neue Secession war 1910 aus Protest gegen die Berliner Secession und ihren Ersten Vorsitzenden, Max Liebermann, gegründet worden. Anlass war die ungewöhnlich hohe Zahl von Zurückweisungen durch die Jury der jährlichen Ausstellung der Berliner Secession. In den zehn Jahren ihres Bestehens war die selbst aus Opposition zur konservativen Akademiekunst gegründete Secession konservativ geworden, so dass Künstler wie Georg Tappert oder Max Pechstein keine Chance hatten. Die Künstlergruppe, der neben Tappert Mitglieder der „Brücke" und des „Blauen Reiters" angehörten, bestand von 1910 bis 1914 und war wesentlich an der Etablierung des Expressionismus in Berlin und in Deutschland beteiligt. *Silke Osman*

Die Ausstellung sowie der Garten auf dem Dach der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Friedrich-Ebert-Allee 4, Bonn, ist dienstags und mittwochs von 10 bis 21 Uhr, donnerstags bis sonntags von 10 bis 19 Uhr geöffnet.
Die Ausstellung in der Liebermann-Villa am Wannsee, Colomierstraße 3, Berlin, ist bis zum 11. September täglich außer dienstags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr geöffnet.
Die Ausstellung im Max-Liebermann-Haus – Stiftung Brandenburger Tor, Pariser Platz 7, Berlin, ist bis zum 3. Juli täglich außer dienstags von 10 bis 18 Uhr, am Wochenende von 11 bis 18 Uhr geöffnet.



Max Liebermann: Strand bei Noordwijk (Öl, 1908) Bild: Körber-Stiftung, Hamburg

IN KÜRZE

Gesangbücher aus 500 Jahren

Die Gesangbuchsammlung der Landeskirchlichen Bibliothek in Karlsruhe zählt mit ihren mehr als 4000 Exemplaren zu den bedeutendsten in Deutschland. Die schönsten und interessantesten Stücke sind jetzt in einer Ausstellung im Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe zu sehen. Rund 120 Gesangbücher aus fünf Jahrhunderten, von unterschiedlichen Konfessionen und Herkunftsländern können dort bestaunt werden, darunter Kuriositäten wie ein FDJ-Gesangbuch oder eine Liedsammlung aus dem Jahr 1570, das älteste gezeigte Exemplar. Vom aufwendig gestalteten Prachtband bis hin zum winzigen Reisebüchlein wird die gesamte Vielfalt der Gesangbuch-Welt gezeigt. *PAZ*

Die Ausstellung kann bis 25. Juli werktags von 7.30 Uhr bis 16 Uhr (freitags bis 13 Uhr) im Bibliotheks-Foyer und im Johann-Peter-Hebel-Saal im Evangelischen Oberkirchenrat, Blumenstraße 1–7, Karlsruhe besichtigt werden.

Bücher der ersten Christen?

Jordanische und britische Experten sind überzeugt, dass eine Büchersammlung der ersten Christen in Jordanien entdeckt worden ist. Es handelt sich um rund 70 ringgebundene Bücher aus Blei oder Kupfer, die womöglich von Jüngern Jesu in den ersten Jahrzehnten nach seiner Kreuzigung angefertigt worden seien. Zur Vorsicht rät hingegen der deutsche Theologieprofessor Rainer Riesner. Weder sei ihre Echtheit erwiesen noch wisse man, was in den Büchern stehe. *PAZ*

Einzigartig in Europa

Die Krämerbrücke in Erfurt lädt zum Bummeln ein

Das gesamte Bauwerk misst 125 Meter in der Länge, 19 Meter in der Breite. Die Höhe mitsamt der Fundamente beträgt sieben Meter, mit Gebäuden bis zu 22 Metern. Die Brückenbögen überspannen sechs bis acht Meter. Das sind die nüchternen technischen Maße der Krämerbrücke in Erfurt. Sie gehört zusammen mit dem Dom zu den Wahrzeichen der thüringischen Hauptstadt, in der sich am 28. und 29. Mai die Ostpreußen zu ihrem Deutschlandtreffen versammeln werden.

Neben dem Programm in der Erfurter Messe wird mancher noch Zeit und Muße haben, durch die beschauliche Altstadt Erfurts zu bummeln und dabei auf das älteste profane Bauwerk der Stadt stoßen – meist ohne es zu merken. Der Bummel ähnelt eher einem Spaziergang auf einer ansteigenden und dann wieder abfallenden Gasse. Die Gera selbst sieht man von der Brücke aus nicht. Das besondere an dem Bauwerk sind vor allem die Häuser, die auf ihr stehen und die keine Hausnummern tragen, sondern eigenwillige Namen wie „Haus zum bunten Löwen", „Haus zum weißen Rad und güldenen Einhorn", „Engelsröschen" oder „Güldener Schaar und Schweinskopf". Die kleinen Geschäfte und Galerien laden zum Verweilen ein und lassen vergessen, dass unter einem die Gera munter plätschert.



Erfurt: Die bebaute Krämerbücke über die Gera Bild: Tourismus Erfurt / B. Neumann

Schon früh haben sich hier Goldschmiede, Apotheker, Tuchmacher und Seidenhändler niedergelassen. Ursprünglich waren es über 60 Häuser, die mit der Zeit zu 32 Gebäuden zusammengefasst wurden. Einen hölzernen Vorgängerbau mit Budenbebauung hat es an dieser Stelle, einer der ältesten Furten über den Fluss, wohl schon im 8. Jahrhundert gegeben. Im Mittelalter hatte die Brücke als Teil der Via Regia, der großen Handelsstraße quer durch Europa, eine außerordentliche Bedeutung. Der Via Regia ist unter dem Titel „800 Jahre Bewegung und Begegnung" auch die 3. Sächsische Landesausstellung gewidmet, die vom 21. Mai bis 31. Oktober in Görlitz gezeigt wird.

Der Handel mit Kleinwaren, mit „Kram", gab der 1325 errichteten steinernen Brücke schließlich den Namen. „Es darf wohl für die Erfurter Krämerbrücke wegen des Alters, der originalen Baugestalt, der Bedeutung als Handelsvermittler zwischen Ost und West sowie als städtebaulicher Faktor der Rang der Einzigartigkeit in Deutschland in Anspruch genommen werden", urteilte der frühere thüringische Landeskonservator Rudolf Zießler. Wer nachlesen will, was es mit der längsten bebauten Brücke Europas auf sich hat, der findet ein besonderes Kapitel in einem kurzweiligen Reiseführer von Richard Kerler. Der Autor führt zur längsten Burganlage, zum kältesten Ort oder zur ältesten Hafenkneipe. Und eben auch zur Krämerbrücke nach Erfurt. *man*

***Richard Kerler: „Deutschland mal anders – Die interessantesten, witzigsten und kuriosesten Orte und Events, die man einmal im Leben gesehen oder erlebt haben sollte"**, Ellert und Richter Verlag, Hamburg 2011, 208 Seiten mit 163 Abbildungen, gebunden, 12,95 Euro*

Wissenschaft gefördert

Zur Verleihung des Gierschke-Dornburg-Preises in Erfurt

Früh, wenn Tal, Gebirg und Garten Nebelschleiern sich enthüllen, und dem sehnlichsten Erwarten Blumenkelche bunt sich füllen, wenn der Äther, Wolken tragend, mit dem klaren Tage streitet, und ein Ostwind, sie verjagend, blaue Sonnenbahn bereitet, dankst du dann, am Blick dich weidend, reiner Brust der Großen, Holden, wird die Sonne, rötlich scheidend, rings den Horizont vergolden." Kein Geringerer als Johann Wolfgang von Goethe fand 1828 diese stimmungsvollen Verse über einen seiner Aufenthalte in Dornburg an der Saale. Auf einem Muschelkalkfelsen über der Saale befindet sich die mittelalterliche Kleinstadt Dornburg mit ihren drei Schlössern, dem Alten Schloss, dem Rokokoschloss und dem Renaissanceschloss. Der Dichter nutzte seine Besuche zur Erholung und zur Arbeit. Er gilt auch als Wiederentdecker Dornburgs und seiner Schlösser. Von Jena aus war er am 3. März 1779 nach Dornburg gereist und hatte die Gebäude in einem schlechten Zustand vorgefunden. Seine darüber am Weimarer Hof vorgetragene Verärgerung soll dann auch bewirkt haben, dass die Gebäude wieder hergerichtet wurden.

Der Name Dornburg taucht nun auch in dem Namen eines Preises auf, der auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai in Erfurt überreicht werden wird. Der Gierschke-Dornburg-Preis wird von der Dr.-Herbert-und-Marga-Gierschke-Stiftung mit Sitz in Erfurt für wissenschaftliche Arbeiten vergeben, die sich mit der „deutschen Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte in Europa ostwärts der allgemeinen Linie Kiel – Elbe – Saale – Böhmerwald – Triest in der Zeitspanne vom deutschen König Heinrich I. (919–936) bis zu den Verträgen von Versailles und St. Germain im Jahre 1919 und deren nationale und gesamteuropäische Bedeutung" beschäftigen.

Der Stifter Herbert Gierschke hat den Namen des Ortes mit in den des Stiftungspreises genommen, da er familiäre Bindungen dorthin hat. Marga und Herbert Gierschke haben entbehrungsreiche Jahre in der Nachkriegszeit erlebt, sich dennoch nicht unterkriegen lassen und immer getreu des Ausspruchs von Gottfried Keller gehandelt: „Achte jedes Mannes Vaterland, aber das deine liebe."



Stolze Vergangenheit: Die drei Schlösser der Stadt Dornburg an der Saale Bild: Archiv

In diesem Jahr wird die japanische Wissenschaftlerin Dr. Rikako Shindo für ihre Dissertation zum Thema „Ostpreußen, Litauen und die Sowjetunion in der Zeit der Weimarer Republik. Wirtschaft und Politik im deutschen Osten" ausgezeichnet. Shindo hat bereits an der Universität Kyoto 1997 ihr wirtschaftswissenschaftliches Studium mit einer Magisterarbeit über die Lage der ostpreußischen Hauptstadt Königsberg vor und nach dem Ersten Weltkrieg abgeschlossen. *os*

Recht versus Macht

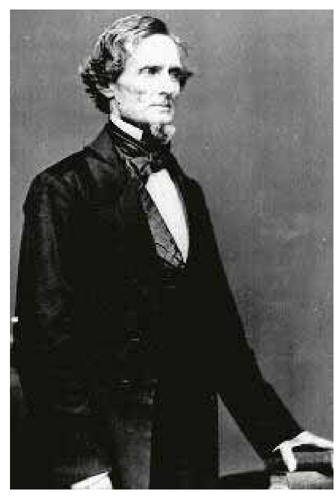
Vor 150 Jahren reklamierten die US-amerikanischen Südstaaten ihre Souveränitätsrechte – Die Strafe folgte auf dem Fuße

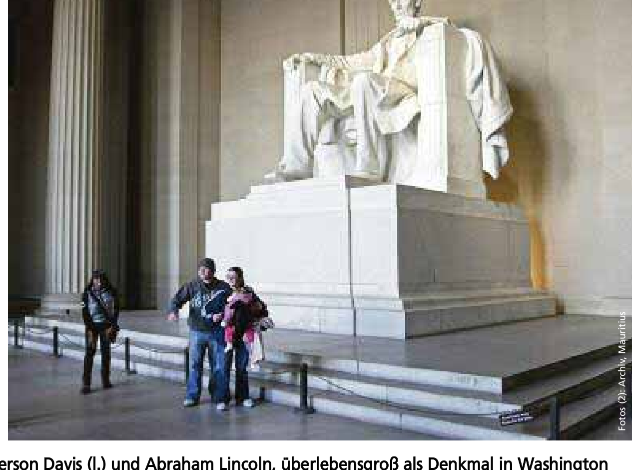
Befürworter einer Weiterentwicklung der Europäischen Union zu den Vereinigten Staaten von Europa verweisen gern auf das „Erfolgsmodell“ USA. Dabei wird übersehen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika nicht als ein homogenes Staatengebilde, sondern als eine Union souveräner Einzelstaaten gegründet wurden. Als die Südstaaten vor 150 Jahren auf ihre verfassungsmäßigen Souveränitätsrechte pochten, kam es zum blutigen Sezessionskrieg.

Ursache für die Sezessionsbestrebungen des Südens war eine tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und politische Spaltung, die ab etwa 1830 offen zu Tage trat. Der industriell geprägte Norden war dem Süden, in dem die mit Sklavenarbeit betriebene Plantagenwirtschaft der wichtigste Wirtschaftsfaktor war, an Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft weit überlegen. Während die Industriearbeiter im Norden zu Konsum und Wachstum beitrugen und Schutzzölle den Absatz der im Norden produzierten Industriegüter förderten, konnte die Wirtschaft des Südens angesichts der zunehmenden Technisierung in der weiterverarbeitenden Industrie nur durch die Beschäftigung von billigen Sklaven konkurrenzfähig bleiben. So hatten sich im Laufe der Jahre zwei unterschiedliche Gesellschaften in den USA herausgebildet und die Interessen der beiden völlig gegensätzlichen Wirtschaftssysteme ließen sich kaum noch in Einklang bringen.

Immer häufiger kam es zu Konflikten, die die Nation auch politisch in Nord und Süd polarisierten. Vor allem in der Sklavenfrage gab es regelmäßig Auseinandersetzungen. Dort, wo sie bereits existierte, war die Sklaverei durch die Verfassung geschützt. Gleichwohl mehrten sich die von den Abolitionisten im Norden forcierten Angriffe auf die Sklavenhaltung. Diese Kritik wurde von den Südstaaten als Bedrohung der eigenen Kultur, Wirtschaft und Lebensart und als Eingriff in das Eigentumsrecht ihrer Bürger empfunden.

Anlass, wenn auch nicht Ursache für den Bruch war die Wahl Abraham Lincolns zum ersten republikanischen Präsidenten der USA im November 1860. Obwohl Lincoln





Vergessen der eine, verehrt der andere: Jefferson Davis (l.) und Abraham Lincoln, überlebensgroß als Denkmal in Washington

Fotos (2): Archiv, Mauritius

nicht ausdrücklich für die Abschaffung, sondern lediglich für die Beschränkung der Sklaverei eintrat, spitzte sich der Konflikt im Laufe der folgenden Monate zu. Aus Sicht der Südstaaten ging es nun nicht mehr allein um die Sklavenfrage, sondern vor allem um die Durchsetzung der Rechte der Einzelstaaten, die ihre Souveränität mit dem Beitritt zur Union nicht aufgegeben hätten. Auch dürfe, so die Überzeugung der Konföderierten, die Union keinem Staat ein bestimmtes Gesellschaftssystem aufzwingen. Jeder Bundesstaat habe das Recht, die Union zu verlassen, wenn deren Gesetzgebung und Handlungen gegen seine Interessen verstießen.

Am 20. Dezember 1860 erklärte South Carolina als erster Staat seinen Austritt aus der Union, dem innerhalb weniger Wochen sechs weitere folgten. Der provisorische Kongress eines nunmehr von den USA unabhängigen Staatenbundes wählte den früheren Kriegsminister Jefferson Davis am 9. Februar 1861 in Montgomery, Alabama zum Präsidenten der Konföderierten Staaten von Amerika (CSA).

Obwohl sich Lincoln bei seiner Amtseinführung am 4. März dem Süden gegenüber versöhnlich gab, entsandte er Truppen zur Verstärkung der Besatzung des Forts Sumter in Charleston, South Carolina. Damit waren die Würfel zum Krieg gefallen, denn diese Provokation wollten die Konföderierten nicht hinnehmen. Am 12. April griffen sie das Fort an und nahmen die Besatzung ohne Verluste gefangen. Während dieser militärische Erfolg drei weitere Staaten des Südens zum Abfall von der Union bewog, herrschte im Norden Kriegsstimmung. Die Öffentlichkeit forderte ein hartes Vorgehen gegen die „Rebellen“, da Washington keine Verfassung eines Einzelstaates verletzt habe und es somit keinen Sezessionsgrund gäbe. Nun sah sich Davis gezwungen, vor der Welt die Auslösung des „Bruderkrieges“ zu rechtfertigen. Der Konföderierten-Präsident galt weniger als dogmatischer Verfechter der Sezession, sondern eher als gemäßigter Südstaaten-Nationalist, dem es einzig auf eine Stärkung der Rechte der Einzelstaaten ankam. Als der Bruch mit der Union allerdings vollzogen war, trat er unbeirrbar für den einmal eingeschlagenen Weg ein. In seiner berühmten „War Message“ erläuterte er am 29. April 1861 vor dem CSA-Kongress die Gründe für die Sezession und die Notwendigkeit, diese auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Dabei berief er sich immer wieder auf die US-amerikanische Verfassung von 1787. Sie garantiere den Einzelstaaten ihre Freiheit und Unabhängigkeit und eine eigene Rechtsordnung und Regierungsgewalt, sofern diese nicht ausdrücklich an den US-Kongress abgetreten worden seien. Im Norden habe sich aber die Überzeugung verfestigt, die Regierung vertrete keinen Pakt zwischen den Bundesstaaten, sondern sie stehe über diesen. So sei die Union von einem Bündnis zur gemeinsamen Bewahrung von Freiheit und Unabhängigkeit zu einem Apparat zur Kontrolle der inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten pervertiert. Regierung und Kongress hätten die Rechte, die ihnen die Bundesstaaten übertragen hätten, seit einem halben Jahrhundert zum Nachteil des Südens missbraucht. Bei der Sezession gehe es also nicht um die Sklavenfrage und die Besitzstandswahrung des Südens, sondern um dessen Souveränität und Freiheit. Nun sei es an der Zeit, die Verbindung mit den anderen Staaten der Union zu lösen.

In Washington stieß Davis mit seiner Rechtfertigungsrede und der Berufung auf die verfassungsmäßigen Rechte der Südstaaten auf taube Ohren. Sein Widersacher Lincoln war entschlossen, die Union mit allen Mitteln zu erhalten. Es begann ein blutiger Bürgerkrieg, der vier Jahre währen sollte. Obwohl der bevölkerungsreiche und wirtschaftsstarke Norden dem Süden von Anfang an überlegen war, kämpfte die Konföderation mit dem Mut der Verzweiflung für ihre Sache. Selbst als diese schon verloren war, rief Davis seine Landsleute zu noch mehr Anstrengungen und Opfern auf, denn Frieden mit den brutalen Eindringlingen aus dem Norden könne es nicht geben. Doch am Ende siegte der Stärkere. Mit über 600000 Toten bleibt der amerikanische Bürgerkrieg der blutigste Konflikt in der Geschichte der USA.

In der US-amerikanischen Rezeption gilt er als die eigentliche Geburtsstunde der Nation, deren Einheit und Stärke mit dem Blut ihrer Bürger geschmiedet wurde. Nach 1865 setzte die bis 1877 andauernde Wiedereingliederung der Südstaaten in die Union ein. Sie umfasste nicht nur die Wiederherstellung des Status quo ante, sondern auch die gesellschaftliche und strafrechtliche Behandlung der Protagonisten der Sezession. Und schließlich führte sie zur Aufhebung der Sklaverei und zu einem Schutz aller Bürger unabhängig von der Rasse.

Abraham Lincoln genießt bis heute als Bewahrer der Union höchstes Ansehen. Jefferson Davis hingegen ist weitgehend vergessen. Wegen Verrats angeklagt, wurde er 1867 gegen Kaution entlassen und verbrachte viele Jahre in Europa. Die US-Staatsbürgerschaft wurde ihm erst 1978 posthum wieder zuerkannt. *Jan Heitmann*

Der Sprung nach Europa

Vor 1300 Jahren begann von Afrika aus die islamische Invasion auf der iberischen Halbinsel

Mit der Landung in Gibraltar vor 1300 Jahren fasste der Islam erstmals in Europa Fuß. Auch heute noch beherrschen Fragen der afrikanischen Migration die gesellschaftliche Diskussion in Spanien.

Am 28. April 711 landet der Gouverneur von Tanger, der islamisierte Berber Tariq ibn Ziyad, mit seiner ebenfalls aus Berbern bestehenden Truppe von 7000 Mann an dem Flachstrand, der den Felsen namens Calpe mit dem spanischen Festland verband – genau nördlich von Ceuta an der afrikanischen Gegenküste, das von den Moslems zwei Jahre vorher besetzt worden war. Er errichtete vorsichtshalber erst ein an den Berg angelehntes Befestigungswerk. Das nannte er „Dschebel al Tariq“, „Berg des Tariq“, woraus die Spanier später „Gibraltar“ machten. Die Kähne, auf denen er übergesetzt hatte, ließ er verbrennen, denn : „Wir sind nicht hierher gekommen, um wieder zurückzukehren. Entweder werden wir uns hier erobernd festsetzen oder wir werden umkommen.“

Seine Gegner waren die christlichen Westgoten, die seit dem späten 5. Jahrhundert den größeren Teil der iberischen Halbinsel zu ihrem Königreich gemacht hatten. Ihr König hieß seit einem Jahr Roderich (Rodrigo), er musste nun von einem Feldzug gegen die stets aufmüpfigen Basken weg nach Süden hasten. Dort verlor er gegen Tariq im Juli 711 Schlacht und Leben, wahrscheinlich am Rio Guadalete, in der Nähe des heutigen Arcos de la Frontera. Seine Mitstreiter bargen den Leichnam und bestatteten ihn in Viseu, das im heutigen Portugal liegt, das damals noch nicht existierte.

Tariq stieß nun verblüffend schnell mit verschiedenen Kolonnen auf Malaga, Cordoba und sogar auf die westgotische Hauptstadt Toledo vor. Ihm war einer der folgenreichsten Siege der Geschichte gelungen, man kann nur die näheren Umstände nicht zuverlässig rekonstruieren. Die Verwandtschaft von Roderichs Vorgänger Witika, die bei der Thronfolge übergangen worden war, soll die Moslems verräterischerweise zu Hilfe gerufen haben – aber die historische Kritik hat diese Version nicht bestätigt. Es gibt auch die Geschichte, der westgotische Graf von Ceuta habe die Moslems auf den König gehetzt, um Rache für die Entehrung seiner Tochter zu nehmen. Die Entscheidungsschlacht soll acht Tage gedauert haben, islamische Historiker beziffern das westgotische Heer auf 1000000 Mann, die Moslems auf 12000; Tariq hatte vor der Schlacht Verstärkung bekommen.



Kampf gegen die Invasoren: Der westgotische König Roderich im Reitergefecht

Bild: OKAPIA

Für seine militärischen Erfolge erntete Tariq jedoch nicht etwa Dank und Anerkennung. Vielmehr war er für seinen Auftraggeber Musa ibn Nusair, den Statthalter von „Ifriqiya“ („Afrika“, Maghreb-Region), zu erfolgreich geworden, denn Musa ibn Nusair hatte nur einen Streifzug ohne Schlacht gewollt. Musa rückte im Jahre 712 mit 18000 Mann, unter denen die Araber dominierten, auf die Halbinsel nach. Er tadelte Tariq offiziell, aber setzte mit ihm, da die Aussicht auf Beute prächtig war, den Feldzug bis an die Pyrenäen fort. Da fiel ihnen der Kalif von Damaskus in den Arm, weil diesem so viel Erfolg seiner Untergebenen unheimlich wurde. Musa und Tariq wurden in die Zentrale zurückbeordert und mit ihrer Karriere war es aus.

Später gründeten die Moslems in Spanien ein eigenes Kalifat, das von Cordoba, in Konkurrenz zu dem mittlerweile von Damaskus nach Bagdad umgezogenen. Dieses Kalifat von Cordoba hat eine geradezu multikulturelle Blüte aus islamischen, christlichen und jüdischen Elementen hervorgebracht, in Wissenschaft, Literatur, Musik und Architektur, mit einer Nachblüte im Emirat Granada (14./15. Jahrhundert). Besonders islamische Autoren weisen heute wieder, in einer Zeit erstarkenden muslimischen Selbstbewusstseins, auf die Strahlkraft des Kalifats von Cordoba in „Al Andalus“ hin. Einer von ihnen, Jamal Ahmad, zitiert in seinem Werk „100 große Moslems“, zu denen er auch Tariq ibn Ziyad zählt, einen – nicht näher bezeichneten – „gut bekannten christlichen Schriftsteller“: „Die Mauren (Moslems) organisierten dieses wundervolle Königreich von Cordoba, das das Wunder des Mittelalters war und das, als ganz Europa in barbarische Ignoranz und Zwietracht versunken war, als einziges die Fackel der Wissenschaft und der Zivilisation hell und strahlend der westlichen Welt vor das Antlitz hielt.“

Jedenfalls haben die spanische „reconquista“ (Wiedereroberung) und die mit ihr verbundenen, rigiden Disziplinierungsmaßnahmen der spanischen Könige wie Zwangstaufen, Kontrolle durch die Inquisition und Vertreibungen die Halbinsel fraglos zu einem Bestandteil der christlich-abendländischen Welt gemacht. Deshalb gibt es auch im heutigen Spanien Unbehagen über die Migration von Moslems aus Afrika. Migrationsfragen sind auch in spanischen Wahlkämpfen zu Top-Themen avanciert.

Ab 2008 wurde Spanien von einer Wirtschaftskrise erfasst, die die Migranten als billige und daher bis dahin geduldete, wenn auch nicht integrierte Arbeitskräfte besonders traf. Das Schlagwort von der „Festung Europa“ bekam einen neuen Kurswert, ganz zu schweigen von der unterschwelligen Assoziation der am Rande der Gesellschaft lebenden Migranten mit dem internationalen Terrorismus. Setzt Tariq erneut nach Gibraltar über? *Bernd Rill*

Wie »Plisch und Plum« den Staat sanierten

Zum 100. Geburstag des sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretikers und -praktikers Karl Schiller

Vor hundert Jahren, am 24. April 1911, wurde Karl Schiller in Breslau geboren. Er gilt bis heute als der führende Wirtschaftstheoretiker der deutschen Sozialdemokratie. Als Senator in Hamburg und Berlin sowie als Bundesminister hat der Professor seine Lehren auch in der Praxis erfolgreich umsetzen können.

„Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto: Nach uns die Sintflut.“ Mit diesen klaren Worten beendete Karl Schiller nicht nur seine eigene politische Karriere, sondern auch die Ära seriöser Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

Das war vor nahezu 39 Jahren. Karl Schiller war, was der Volksmund neudeutsch „Superminister“ nannte: in Personalunion Bundesminister für Wirtschaft und für Finanzen. Vehement – und zunehmend verzweifelt – versuchte der renommierte Ökonomieprofessor, die Staatsfinanzen in Ordnung und die Wirtschaft in Schwung zu halten, wie er das gelernt und viele Jahre lang als Senator und Minister erfolgreich praktiziert hatte.

Leider hatte er es nun aber mit einem zu öffentlicher Verschwendung neigenden Partei- und Regierungschef zu tun: mit Willy Brandt, SPD-Ikone und Noch-Kanzler von SED-Guillaumes Gnaden. Er und seine Nachfolger ließen in Deutschland vor allem eines wachsen: den Schuldenberg.

In diesem Punkt war Karl Schiller, seit 1946 SPD-Mitglied, das exakte Gegenteil des „typischen Sozialdemokraten“. Zwar hielt auch er eine staatliche Lenkung der Wirtschaft für im Prinzip wünschenswert, aber nicht um jeden Preis. Insbesondere eben nicht um den Preis leerer Staatskassen und roter Zahlen in den öffentlichen Haushalten, egal ob bei Bund, Ländern oder Kommunen.

Erfolgreich praktiziert hatte Schiller seinen wirtschafts- und finanzpolitischen Balanceakt während der ersten Großen Koalition 1966 bis 1969 unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU). Dabei hatte er in Franz Josef Strauß (CSU) als Bundesfinanzminister einen kongenialen Partner.

Obwohl die – sich sprichwörtlich anziehenden – Gegensätze kaum größer hätten sein können. Hier der barock-sinnenfrohe Bajuware, da der kühl-asketische Norddeutsche, der, wenngleich im schlesischen Breslau geboren, vor allem hanseatisch geprägt war.

Beide brachten ein hohes Maß an detailliertem Fachwissen und an politischer Weitsicht ein. Sie waren starke, selbstbewusste Persönlichkeiten. Und beide hatten eine gehörige Portion persönlichen Respekt voreinander – so konnten sie zum Traumpaar der deutschen Nachkriegspolitik geraten und schließlich in der Öffentlichkeit als „Plisch und Plum“ wahrgenommen werden, obwohl sie eigentlich kaum Ähnlichkeiten mit jenem von Wilhelm Busch erfundenen pfiffig-frechen Hundepaar hatten.

Denn als Kurt Georg Kiesinger, bekannt als „König Silberzunge“, sie in sein Kabinett der Großen Koalition berief, waren keine lustigen Streiche und Späße gefragt. Die Zeiten waren viel zu ernst, das deutsche Wirtschaftswunder war dabei, seinen Glanz zu verlieren und sich zur Rezession zu wandeln. Prof. Ludwig Erhard, gerade noch als Vater dieses Wirtschafswunders gefeiert, war als Kanzler politisch gescheitert. Seine Soziale Marktwirtschaft stand mitten in ihrer ersten ernsthaften Bewährungsprobe.

Der Wirtschaftstheoretiker Karl Schiller war bekannt als Verfechter einer wirtschaftspoitischen „Globalsteuerung“. Franz-Josef Strauß hingegen galt eher als marktliberaler bajuwarischer Poltergeist. Diese beiden zusammen in einem Kabinett, wie sollte das gutgehen?

Es ging gut, sogar sehr gut, weil beide in den entscheidenden Fragen zu vernünftigem Ausgleich fanden: so viel Staat wie nötig, so wenig Staat wie möglich! Und weil beide sich strikt an die Devise hielten, die Wilhelm Busch „Plisch und Plum“ in den Mund gelegt hatte: „Der Gedanke macht ihn blaß, wenn er fragt: Was kostet das?“

So schaffte das ungleiche Paar es, den angeschlagenen Haushalt zu konsolidieren und die schwächelnde Wirtschaft wieder anzukurbeln. Sie legten ein 2,5 Milliarden D-Mark schweres Konjunkturprogramm auf, das vor allem in Bahn, Post und Straßenbau Mittel pumpte und nicht nur die Großindustrie, sondern vor allem Mittelstand und Handwerk stimulierte.



Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß (l., CSU) und Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD): Aufgrund ihrer guten Zusammenarbeit wurden die beiden in konkurrierenden Parteien beheimateten Politiker im Volksmund frei nach Wilhelm Busch als „Plisch und Plum“ bezeichnet. Bild: pa

Das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums“, das als nächstes folgte, wurde gar als „Magna charta der modernen Konjunkturpolitik“ bejubelt; nach Schillers Theorie basierte es auf einem „Magischen Viereck“ (Vollbeschäftigung, aussenwirtschaftliches Gleichgewicht, stetes Wachstum und stabile Preise). Schon bald stellte sich der Erfolg ein: 1968 setzte bereits wieder ein robuster Aufschwung ein. Die Wachstumsraten kletterten auf vom Wirtschaftswunder gewohnte sieben bis acht Prozent, den lediglich 230000 Arbeitslosen standen dreimal soviele offene Stellen gegenüber. Der Bundeshaushalt 1969 schloss mit einem satten Plus ab.

Damit – und mit der innenpolitischen Fleißarbeit der sogenannten Notstandsverfassung – aber hatte die Große Koalition ihre Aufgaben im wesentlichen erfüllt. In ihrer Endphase konnten Schiller und Strauß ein weiteres Konkunkturprogramm schon nicht mehr durchbringen. Die CDU-Minister waren bereits auf Trennung von den Sozialdemokraten eingestellt und hofften, bald mit einem kleineren Partner weiterregieren zu können.

1969 glaubte jedoch eine knappe Mehrheit der Wähler, das Land sei nun reif für den totalen parteipolitischen Wechsel. Für „Mehr Demokratie wagen“, wie der neugewählte Bundeskanzler Willy Brandt dann etwas hochtrabend postulierte.

Im Klartext hieß das: „Mehr Schulden wagen“. Brandts sozialliberale Koalition wich vom Pfad der reinen Lehre ab, verschob die Akzente der Sozialen Marktwirtschaft hin zum allzuständigen und aller Welt zugänglichen Sozialstaat auf Pump.

Karl Schiller, nunmehr ohne Franz Josef Strauß als Partner, sah sich der neuen rot-gelben Politik des lockeren Geldbeutels wehrlos ausgeliefert. Am 7. Juli 1972 zog der entmachtete Superminister die Konsequenz und trat zurück. Enttäuscht legte er auch alle Parteiämter und sein Bundestagsmandat nieder und ließ die Mitgliedschaft in der SPD ruhen; hier war seine mahnende Stimme nicht mehr gefragt. 1984 ernannte die Universität Hamburg, an der er so lange gelehrt hatte, ihn zum Ehrensenator. 1991 – inzwischen saßen seine „Parteifreunde“ wieder in der Opposition – erhielt er das längst verdiente Bundesverdienstkreuz, Ende 1994 verstarb er 83-jährig in Hamburg.

Nach Karl Schiller hatte keiner mehr den Mut, sich offen und unmissverständlich vor dem gefährlichen Motto „Nach mir die Sintflut“ zu warnen. Im Gegenteil: Heute heißt das Motto wohl eher: „Wir sind die Sintflut“! Und der alttestamentliche Berg Ararat, auf dem Noahs Arche landen konnte, ist zum Billionen-Schuldenberg verkommen. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Als die ersten »Aviatiker« kamen

Der Flughafen Fuhlsbüttel feiert 100. Geburtstag, doch die Wiege der Hamburger Luftfahrt stand im preußischen Wandsbek

Hamburg gehört mit seinem Flughafen Fuhlsbüttel, dem Airbus-Werk und der Lufthansa-Basis zu den bedeutendsten Luftfahrtstandorten Europas. Wenn in diesem Jahr mit vielen Veranstaltungen der 100. Geburtstag des ältesten deutschen Flughafens gefeiert wird, bleibt zumeist unerwähnt, dass die Anfänge der Hamburger Luftfahrt in der damals noch zu Preußen gehörenden Stadt Wandsbek lagen.

Nichts deutet heute mehr darauf hin, dass es im damals noch preußischen Wandsbek Anfang des 20. Jahrhunderts ein Flugfeld gab. Nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wurde Wandsbek Garnison des preußischen Husaren-Regiments Nr. 15. Um die Truppe unterbringen zu können, kaufte die Reichsregierung 1880 am südlichen Stadtrand ein Gelände, auf dem sie eine Kavalleriekaserne errichten ließ. Östlich davon wurde ein Übungsgelände mit einem Exerzierplatz, Schießständen und weiteren Anlagen für die reiterliche und die infanteristische Ausbildung angelegt.

Die absolut ebene und weitläufige Exerzierfläche übte einen natürlichen Reiz auf einige bekannte „Aviatiker“ aus, die hier ab 1907 mit Segel- und Motorflugzeugen nicht nur ihre Probeflüge unternahmen, sondern sogar Flugrekorde aufstellten, die in ganz Deutschland mit Spannung verfolgt wurden. Am Rande des Exerzierplatzes wurden zwei Schuppen errichtet, um die empfindlichen Fluggeräte aus Holz, Draht und Leinwand unterzustellen. Im Jahre 1909 unternahmen die beiden Ingenieure F. Sternemann und W. Siebert hier die ersten Flugversuche mit einem von ihnen konstruierten Drehflügler mit zwei Rotoren, der als Vorläufer des Koaxialhubschraubers gilt. Zwei Jahre später gründete der aus Netra in der preußischen Provinz Hessen-Nassau stammende Flugpionier und Flugzeugkonstrukteur Carl Caspar in Wandsbek sein „Centrum für Aviatik“. In einer kleinen Baracke betrieb er sein Konstruktionsbüro und eine angeschlossene Flugschule.

> Wandsbek zog die ersten Flugpioniere an

Unterdessen war in Hamburg-Fuhlsbüttel mit Unterstützung des Senats die „Hamburger Luftschiffhallen GmbH“ gegründet und mit dem Bau einer großen Halle der Grundstein für den Flughafen gelegt worden. Caspar erkannte, welche Möglichkeiten sich ihm hier boten, und er zog 1912 mit seiner Firma von Wandsbek nach Fuhlsbüttel um. Im gleichen Jahr gründete er die Hanseatische Flugzeugwerke Carl Caspar AG und begann mit der Lizenzfertigung des von Igor Etrich entworfenen Eindeckers „Taube“, aus dem später die legendäre „Rumpler Taube“ hervorging. Damals schossen die Flugzeugfabriken wie Pilze aus dem Boden und der harte Konkurrenzkampf besiegelte das Schicksal vieler kleinerer Firmen. Caspars Unternehmen fusionierte kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit den Brandenburgischen Flugzeugwerken in Briest an der Havel zur Hansa- und Brandenburgische Flugzeugwerke AG (HBF).

Als er eingezogen wurde, trennte sich Caspar von seinen Anteilen. Den Krieg erlebte er als Kampfflieger und flog den ersten Bombenangriff auf England. Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst kaufte er seine Firmenanteile 1917 zurück, gründete die Hanseatischen Flugzeugwerke in Hamburg neu und übernahm das ehemalige Fokker-Werk in Travemünde. Bei Kriegsende 1918 hatte er bereits über 6000 Beschäftigte. 1921 wandelte er seine Firma in die Caspar-Werke um und schied bald danach aus dem Unternehmen aus. Wenige Jahre später gerieten die Flugzeugwerke, die Sport- und Reisemaschinen sowie die ersten Agrarflugzeuge der Welt produzierten, in finanzielle Schwierigkeiten. Die Reichsmarine kaufte sie über eine Tarnfirma auf und ließ die von den Caspar-Werken produzierten Flugzeugteile nach Schweden bringen, wo sie zu Kampfflugzeugen zusammengebaut wurden. Dadurch sollte der Versailler Vertrag umgangen werden, der Deutschland den Bau von Militärflugzeugen verbot. Als dies bekannt wurde, ging Caspars Lebenswerk im Zuge der „Lohmann-Affäre“, die mehrere Militärs und Politiker das Amt kostete, in Konkurs.

Doch auch nach Caspars Weggang ging der Flugbetrieb in Wandsbek weiter. Im März 1912 erschien erstmals ein Flugzeug über der Hamburger Innenstadt. Am Knüppel des Eindeckers „Oertz V2“ saß der holländische Flugpionier Henry Wynmalen. Aus dem Heideort Schneverdingen in der preußischen Provinz Hannover kommend, kreiste er über der Stadt, bevor er in Wandsbek seinen „Fernflug“ über 75 Kilometer beendete. Der Konstrukteur der Maschine war der in Berlin aufgewachsene Werftbesitzer Max Oertz, einer der bekanntesten deutschen Yachtkonstrukteure seiner Zeit. Auch der marinebegeisterte Kaiser Wilhelm II. gehörte zu seinen Kunden, für den er die berühmten Yachten „Meteor IV“ und „Meteor V“ konstruierte. Doch Oertz baute auf seiner Werft in Hamburg-Neuhof nicht nur Segel- und Motorboote, sondern er machte sich auch mit der Entwicklung von Flugzeugen und sich selbst stabilisierenden Fesselballonen einen Namen. Sein erstes Motorflugzeug baute er bereits im Jahre 1909, zwei Jahre später entwickelte er den ersten aerodynamischen geschlossenen Flugzeugrumpf. Im Auftrag der Berliner Wright GmbH baute die Werft zudem einige Exemplare des Doppeldeckers der Gebrüder Wright und konstruierte für die Marine Flugboote. Die Testflüge wurden von eigenen Werkflugplatz in Schneverdingen aus durchgeführt. Seine „V2“ blieb eine Woche als ein wahrer Publikumsmagnet in Wandsbek und machte viel beachtete Schauflüge.



9. März 1912: Die „V2“ in Wandsbek Bild: Archiv

Bei Kriegsausbruch 1914 wurde der Flugbetrieb in Wandsbek eingestellt. Doch einige Jahre später erfüllte wieder Motorengedröhn die Luft über der preußischen Stadt. Die Wandsbeker Großgärtnerei Neubert nutzte den ehemaligen Exerzierplatz als Wirtschaftsflugplatz, um Maiglöckchen per Flugzeug nach Amsterdam und von dort weiter in alle Welt zu exportieren. Der Gärtner und Lebensmittelgroßhändler Erich Neubert kultivierte großflächig die damals „in Mode“ gekommenen Maiglöckchen. Sein Unternehmen hatte auf diesem Gebiet landes- und auch weltweit Geltung, denn Neubert hatte ein Verfahren entwickelt, die Keime tiefzukühlen. Seine „Eis-Keime“ ermöglichten es ihm, zu jeder Jahreszeit blühende Maiglöckchen zu liefern. Die Nachfrage war so groß, dass er den Transport nur mit Hilfe des Flugzeugs bewältigen konnte. In den Jahren 1935/36 errichtete die Wehrmacht auf dem ehemaligen Exerzierplatz die Douaumont-Kaserne, in der sich heute die Universität der Bundeswehr befindet.

Damit fand der Flugbetrieb in Wandsbek, das zwei Jahre später nach Hamburg eingemeindet wurde, sein endgültiges Ende. Allerdings war der noch nicht bebaute Bereich des Militärgeländes noch lange als Notlandeplatz ausgewiesen. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden alle noch freien Flächen des ehemaligen Militärübungsplatzes bebaut, so dass heute nichts mehr an die Wandsbeker Flugfelder und die ersten Anfänge der Luftfahrt in Hamburg erinnert.

Jan Heitmann

Friedrich II. zum Vorbild nehmen

Zu: „Zukunft verprasst“ (Nr. 12)

Es gibt von dem Alten Fritz einen Ausspruch aus dem Jahr 1752, den sollte sich jeder unserer Politiker ins Stammbuch schreiben: „Wenig für sich verbrauchen, im rechten Augenblick und hinlänglich geben, bei Zeiten Erleichterung schaffen, den Hilfsbedürftigen zuvorkommen, mit den Staatsgeldern haushälterisch umgehen, sie ordentlich und sparsam verwalten. Das sind königliche Eigenschaften, die dem Geiz, wie der Verschwendung im gleichen Masse fernbleiben.“ Dieser Mann hat für Preußen mehr getan, als jeder dieser BRD-Politiker für Deutschland. Von der Universität in die Partei, da brauch ich mir um meine Rente keine Sorgen zu machen, das blöde Volk bezahlt ja alles, so ihre Denke. Aber Deutschland ist mit fast zwei Billionen Schulden sowieso pleite und der Euro geht auch den Bach runter.

Horst Polakowski, Gernsheim

»Schussfahrt in den Währungsabgrund«

Zu: „Euro-Rettung am Bürger vorbei“ (Nr. 14)

Es ist Wahnsinn pur, was diese sich nicht in die Karten schauen lassende, süßlich lächelnde Despotin mit den Deutschen macht! Es ist ein Pakt mit dem Teufel. Da lässt sie Deutschland zur Rettung der bankrotten Staaten, und es kommen immer mehr hinzu, mit eigenem Staatsvermögen und aus Steuereinnahmen und neu aufgenommenen Krediten bar in den Fonds einzahlen. Es ist ein Offenbarungseid der 17 Staaten. Als Augenwischerei können die Leistungen bis 2017 aufgeteilt werden. Ob es dann noch was zu verteilen gibt? Diese Staaten halten sich jetzt schon recht und schlecht über Wasser.

Habe irgendwo gelesen, dass Merkel gesagt haben soll: „Wenn die Deutschen wüssten, wie es wirklich um unsere Finanzen steht, würde ein Aufstand entstehen.“ Passt zu dieser falschen Schlange!

Der EFSF darf die schrottreifen Staatsanleihen von den überschuldeten Pleite-Staaten kaufen, denen niemand auf dem freien Markt einen Hosenknopf leiht. Die Geldvergabe an die Bankrottländer findet womöglich auch noch ohne jegliche Kontrolle statt. Und wie sollen schlecht wirtschaftende Regierungen auch noch Pfand in Brüssel hinterlegen, wenn sie deswegen noch mehr Schulden machen müssen? Und die Staaten, die die größten Beiträge in den Fonds zahlen und dadurch mit ihren Staatsschulden über 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes hinauskommen, müssen noch Strafen an Brüssel entrichten? Der bekannte Finanzexperte Bernd-Thomas Rang meint dazu: „Nun bricht zusammen, was zusammenbrechen muss. Statt Schuldenbremse Schussfahrt in den Währungsabgrund.“

Schwanette Jäschke, Bunde

Merkelschelte

Zu: „Störfall Bundesregierung“ (Nr. 13)

Mit dem Artikel in der ansonsten von mir geschätzten *PAZ* bin ich in keiner Weise einverstanden. Mit der Formulierung „Die aus wahltaktischen Gründen vollzogene Atomwende ist ebensowenig glaubhaft ...“ erweist sich der Verfasser als jemand, der von Grünen und SPD vorgegebene Verunglimpfungen nachplappert. Ist es nicht vorstellbar, dass die Kanzlerin angesichts der verheerenden Ereignisse in Japan zu einer neuen Bewertung gekommen ist? Ihr und der CDU unter diesen Umständen „Profillosigkeit und programmatische Beliebigkeit“ vorzuwerfen, ist absurd.

Joachim v. Falck, Bielefeld



Europäische Union: Der Euro wird immer mehr zum Symbol falscher Kompromisse. Bild: Steffi Loos/dapd

Parteineugründung notwendig

Zu: „Die Angst der einen ist die Macht der anderen“ (Nr. 12)

Die *PAZ* regt immer wieder zu Meinungsäußerungen an, sie weicht erfrischend vom allgemeinen Mainstream ab.

Klaus Rainer Röhl hat im oben genannten Artikel recht. Wenn ich der Hysterie der üblichen Meinungsmache folgen würde, müsste ich mein Auto verschrotten, denn mit einem ähnlichen Typ hat neulich in New York ein betrunkener Fahrer eine Familie mit drei kleinen Kindern totgefahren.

Vor vielen Jahren gingen erwachsene Menschen in die Politik, um etwas zu bewegen. Seit etwa 20 Jahren gehen Schul- und Studienabbrecher in die Politik, um etwas zu werden. Die Ergebnisse sind entsprechend. Aber auch Frau Merkel, die ein Physikdiplom haben soll, reagiert instinktiv auf mögliche Rivalen: Sie werden ausnahmslos entsorgt. Nach Europa, in die Welt oder sonst wohin weit weg. Was soll werden, wenn sie die nächsten Wahlen vergeigt?

Da die CDU, in der ich seit über 60 Jahren Mitglied bin, nicht mehr führt, sondern nur merkelt, wäre eigentlich die Gründung einer neuen konservativen Partei fällig. Wegen der allgemeinen politischen Trägheit sehe ich aber wenig Chancen.

Dr. Karl Reißmann, Mittweida

Ein Russe spielt für die vertriebenen Ostpreußen

Zu: „Sichtbares Zeichen setzen“ (Nr. 14)

Herzlichen Dank für das Interview mit dem Kaliningrader Domorganisten Artjom Chatschaturow, den ich auch persönlich kennen und schätzen gelernt habe. Dass er in den Erfurter Dom kommt, ist fast schon nicht mehr verwunderlich angesichts des Vorbildes der dortigen Schuke-Orgel für die Jubiläumsorgel im Kaliningrader/Königsberger Dom. Dass er aber im Rahmen des Deutschlandtreffens der Ostpreußen im Dom spielen wird, ist mehr als erfreulich. Es ist ein Zeichen der Verbundenheit der Kaliningrader Bürger mit Königsberg und eine Einladung an die Ostpreußen ins Kaliningrader Gebiet.

Das Symbol dieses Konzertes ist vergleichbar mit dem des Konzertes im Kaliningrader Dom im Jahre 2009 anlässlich des 65. Jahrestages der fürchterlichen Zerstörung der ostpreußischen Landeshauptstadt, in dem Artjom Chatschaturow nach dem Auftakt durch die deutsche Organistin Susanne Rohn und den englischen Organisten Benjamin Saunders den russischen Schlussakkord setzte: Nie wieder Krieg zwischen unseren Völkern, sondern lasst uns Frieden schaffen mit Musik und Kultur.

Wir sollten nicht vergessen, dass diese Zeichen der Verbundenheit, des Friedens und der Kulturstadt Königsberg nicht automatisch zustande kommen. Es bedarf eines großen Idealismus und Engagements, die einen Namen haben: Gerfried Horst. Ihm sind diese Konzerte zu verdanken!

Wir haben mit ihm als Vorsitzenden eine Gesellschaft gegründet, die sich diesen kulturellen und völkerverbindenden Zielen verschreibt: „Freunde Kants und Königsberg e.V.“ mit Sitz in Berlin und Mitgliedern aus fünf Ländern, natürlich auch und gerade aus Russland/Kaliningrad.

Die Kerze der Versöhnung, des Friedens und der Musik hat der damals wohl älteste Königsberger Bürger Erwin Vetter (geb. 28. Oktober 1919) im Dom zu Königsberg/Kaliningrad am 28. September 2009 entzündet. Er verstarb kurz darauf am 14. März 2010.

Dr.-Ing. habil. Günter H. Hertel, Mitglied des Vorstands der Gesellschaft „Freunde Kants und Königsberg e.V.“

An die Toten von Dresden erinnert

Betr.: Erdbeben in Japan

Durch den Tsunami sind nach den derzeitigen Ermittlungen etwa 10000 Menschen umgekommen, die ungefähr gleiche Zahl wird noch vermisst. 20000 Menschen!

Bei solchen Zahlen muss ich immer an den Krieg und die Bombardierung der deutschen Städte denken. Dabei drängt sich zuerst Dresden auf. Phantasiezahlen von 25000 Toten oder 45000 wurden seit Jahren angeboten. Sie widersprechen allen logischen Überlegungen. Kurz nach den Angriffen aber wurde von 350000 Toten gesprochen. Die Leichen wurden auf Scheiterhaufen in der Stadt verbrannt, damit die Seuchengefahr verringert wurde. Wie viele in den Kellern beim Feuersturm einfach eingeäschert wurden, wird nie zu erfahren sein, denn die Keller konnten wegen der Hitze erst nach Tagen geöffnet werden. Mit ein bisschen Logik kommt man jedoch auf folgende Schreckenszahlen: In Hamburg kamen bei einem der großen Bombenangriffe 20000 Menschen ums Leben. Hamburg hatte jedoch schon einige Angriffe hinter sich und war zum Schutz der Bevölkerung teilweise gut gerüstet. Trotzdem hatte es in einer Nacht diese hohen Verluste. In Dresden wusste man schon, dass Deutschland den Krieg verloren hatte, und war deshalb völlig sicher, nicht mehr bombardiert zu werden. Auf den Elbewiesen sammelten sich eine halbe Million Menschen, die von Osten vor den Gräueltaten der Sowjets geflüchtet waren und in der Stadt kein Quartier mehr bekommen hatten. Und dann wurde die ahnungslose Stadt drei Tage lang bombardiert, der Feuersturm wütete und konnte nicht gelöscht werden, weil immer neue Bombardierungen stattfanden. Bei Tage wurden die Flüchtlinge auf den Elbewiesen von amerikanischen Tieffliegern zusammengeschossen. Die Leiden dieser Stadt Dresden waren meines Erachtens mindestens fünf Mal größer als die 20000 Toten bei der Bombardierung einer Nacht in Hamburg. Das bedeutet, dass Dresden 100000 Tote in drei Tagen beklagen musste, vermutlich sind es jedoch noch mehr. Die dafür verantwortlichen großen Kriegsverbrecher Churchill und Schlächter Harris haben dafür ihre Orden bekommen.

Siegfried Hanemann, Kleinblittersdorf

Thierse setzt Moral selektiv ein

Zu: „Alfred de Zayas kein Kronzeuge“ (Nr. 8)

Audiatur et altera pars – Man höre auch die andere Seite – war ein Rechtsgrundsatz im Römischen Reich, der im deutschen Recht Niederschlag fand. Das wird aber den Vertriebenen unter anderem von der heutigen SPD, insbesondere durch Wolfgang Thierse, verwehrt, wenn die Vertreibung als legitime Konsequenz des Nationalsozialismus gedeutet und das Gedenken an die deutschen Toten und an die Opfer kritisiert wird. Diese Kritik resultiert nicht aus demokratischen Überlegungen heraus, sie ist sozialistische Politik und Interessendurchsetzung.

Wer die Oper des Zweiten Weltkriegs saldiert und Gewalt als rechtmäßiges Mittel ansieht, anderen aber beim Trauern und dem Verzicht auf Rache Revanchismus vorwirft, setzt Moral und Völkerrecht selektiv ein.

Es sind vor allem Vertreter der linken Parteien, die als selbsternannte Kämpfer für die Menschenrechte auftreten. Wer aber Stalins und anderen linken Terror, der sich gegen Deutsche und viele andere richtete, beschönigt und vernachlässigt, darf sich nicht als Kämpfer für die Gerechtigkeit gerieren, ohne die Geschichten der Vertriebenen hören zu wollen.

Ulrich Blode, Langenhagen

Als Kind von Jagdbombern beschossen

Zu: Leserbrief „Geschossen wurde auf alles, was sich bewegte“ (Nr. 8)

Die Jagd auf einzelne Personen war Teil des sogenannten „Ameisenkrieges“. Morgens pünktlich um halb zehn gab es Fliegeralarm. Wir Schüler, den Ranzen schon gepackt, liefen aus der Klasse. Der Lehrer rief noch hinterher: „Bei Flugmotorgeräusch stehenbleiben und sich nicht rühren. Sonst sieht man euch!“ und schon waren wir verschwunden. Schulfrei! Wir liebten die Amis dafür. Einen Mitschüler beschossen sie auf dem Acker. Er wurde nicht getroffen. Ein Freund erzählte mir, dass er als Kind bei Hamburg auf der Straße von Jagdbombern beschossen wurde. Er kann sich noch gut an die Stelle erinnern.

Ein Kollege, als Kind mit dem Fahrrad auf einer Straße bei Kochel am See, wunderte sich, dass die Geschosse einfach durch die Baumstämme hindurchgingen, hinter denen er sich verborgen hatte. Später erzählt ihm ein amerikanischer Kollege, dass er öfters mit seiner Maschine im Tiefflug dicht über den Walchensee hinunter zum Kochelsee nach Zielen gesucht und sie beschossen hätte.

In „WikyLeaks“ soll es eine Passage geben, wo die Besatzung eines Kampfhubschraubers irakische Zivilisten abschießt: Ameisenkrieg eben.

Friedrich-W. Krehan, München

NDR betreibt Schwarzweißmalerei bezüglich Kriegsausbruch

Zu: Darstellung Beginn Zweiter Weltkrieg

Am 16. August 2010 brachte der Sender Phönix eine Dokumentation mit dem Titel „Der Überfall – Deutschlands Krieg gegen Polen.“ Produzent war der NDR. Wie so häufig im deutschen Fernsehen, enthielt der Film Passagen, die mit der geschichtlichen Wirklichkeit nichts zu tun haben. Er mutete überdies Zuschauern der jüngeren Generation ein falsches Gefühl von Schuld zu.

Der Gipfel der Irreführung von Zuschauern aber war der Titel: „Der Überfall“. Deutschland, so suggeriert der Film, hat mit Polen ein absolut unschuldiges, friedliches und argloses Land überfallen. Eine Agitation des Fernsehens.

Dagegen die Wahrheit: Polen hatte erst wenige Tage vor dem „Überfall“ die Generalmobilmachung gegenüber Deutschland verkündet. Es hatte aus seinen politischen Absichten keinen Hehl gemacht. Es hatte eine jahrelange Politik der Drangsalierung von in Polen lebenden Deutschen betrieben, sie sogar zum Verlassen ihres dortigen Eigentums gezwungen, unzählige von ihnen umgebracht. Die polnische Armee stand zum Marsch auf Berlin bereit.

All diese Fakten ignorierte der NDR souverän. In seinen Augen – Fakten hin oder her – war es nun einmal ein deutscher „Überfall“! (Definition Überfall im allgemeinen Verständnis: Eine taktische Maßnahme zum überraschenden Angriff auf einen Gegner, der unvorbereitet ist und sich im Zustand der Ruhe befindet.) War das nun Unkenntnis, historische Ignoranz, Dummheit – vielleicht eine bewusste Irreführung der Zuschauer?

Der Fortgang: Ich wandte mich an Phönix – der Sender verwies auf den NDR. Ich wandte mich an die zuständige Redaktion – die wiegelte ab.

Ich korrespondierte mit dem Intendanten – der konnte meine Kritik „leider“ nicht teilen. Blieb der NDR-Rundfunkrat. Der bekam am 30. September 2010 meine Beschwerde – mit einer sachlich klaren Argumentation. Und ich fügte wörtlich hinzu: „Es geht um keine Kleinigkeit. Es geht um nichts weniger als deutsche Geschichte! Es geht um das Vertrauen in eine öffentlich-rechtliche Körperschaft! Und es geht um die Vermeidung ähnlicher Falschmeldungen in Zukunft. Das ist umso wichtiger, als unser Land sich ohnehin in einer Krise der Identität und der Meinungsbildung befindet, die Ihren Höhepunkt noch längst nicht erreicht hat.“

Jetzt die Ablehnung. Der NDR-Rundfunkrat hat auf eine Auseinandersetzung mit meiner sachlichen Argumentation verzichtet. Eine Begründung fehlt. Ich habe sie angemahnt, würde sie doch mancherlei Rückschlüsse auf die Methodik der Ablehnung zulassen.

Lutz Radtke, Bad König

PAZ hebt sich wohltuend ab

Zu: Erinnerung an Werner von Blomberg (Nr. 10)

Die *PAZ* hebt sich wohltuend von den überwiegenden Zeitungen ab. Sowohl ihr Inhalt als auch die Gestaltung zeigen ein hohes Niveau. Besonders zu erwähnen ist das Bemühen der Autoren bei Darstellungen zeitgeschichtlicher Themen. Hierbei fühlen sie sich der historischen Wahrheit verpflichtet!

Bei der soeben bekundeten Beurteilung Ihrer Zeitung wird verständlich, wenn ich erstaunt war, dass die kurze Erinnerung an Werner von Blomberg mit dem Satz endet: „Als er sich 1938 den Kriegsplänen entgegenstellte, wurde er durch eine Intrige gestürzt.“ Das trifft nicht zu, das ist eine schon längst widerlegte Legende! Richtig ist vielmehr, dass von Blomberg die Ursache, die zu seiner Amtsenthebung geführt hat, selbst zu vertreten hatte.

Hermann Langer, Pappenheim

Anmerk. der Redaktion: Blomberg hat zwar die Ursache in Form einer Eheschließung mit einer Dame zweifelhaften Rufs selbst geschaffen, dies war seinen Widersachern aber bekannt. Diese „Ursache“ wurde dann gegen ihn verwendet, um ihn ausschalten zu können.

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 16 – 23. April 2011

MELDUNGEN

Schonungslos, aber wahr

Tilsit – Das Interesse und der Andrang waren groß. Russische Kulturschaffende, Heimatforscher, Pädagogen und Studenten hatten sich in großer Zahl im Tilsiter Museumssaal versammelt, um die Aufführung des preisgekrönten deutschen Films „Holunderblüte“ zu erleben und mit dem Regisseur Volker Koepp über sein Werk zu diskutieren. Oberbürgermeister Nikolai Woistschew und Museumsdirektorin Angelika Spiljowa hießen den Gast herzlich willkommen. Filmemacher Volker Koepp schilderte eingangs dem Publikum seine Affinität zum Land an der Memel, an der der Tilsiter Johannes Bobrowski einen großen Anteil habe. So war denn auch in dem Film die Faszination der unvergänglichen ostpreußischen Landschaft zu spüren. Deutlich vernahm man ihren Herzschlag, wenn der Autor die russischen Kinder vom Memelstrom und der Elchniederung in den Mittelpunkt stellte und sie ohne jede vorherige Absprache frei von der Leber reden ließ. Ungeachtet des schockierenden Hintergrunds von Armut und Verfall strahlten die Kinder Optimismus aus und träumen von einer besseren Zukunft. Ihre Gesichter und freimütigen Äußerungen prägen sich dem Zuschauer nachhaltig ein. Die anschließende Diskussion zum Film verlief recht stürmisch. So manchem der Anwesenden passte es nicht, dass mit der schonungslosen Darstellung des maroden Ambientes den heutigen Bewohnern ein Spiegel vors Gesicht gehalten wurde. Doch letztlich überwog die Einsicht, dass sich mit den lebensfrohen und weltoffenen Kindern die große Chance für eine bessere Zukunft der Region an der Memel auftut. *H.Dz.*

Gefährlicher Brand in Goldap

Goldap/Gumbinnen – Russische und polnische Feuerwehrleute haben einen gefährlichen Brand gelöscht, der in dem zollfreien Geschäft am Grenzübergang Goldap-Gumbinnen ausgebrochen war. In einem mit Brennstoff beladenen Auto war es auf der russischen Seite zur Explosion gekommen. Der polnische Fahrer schaffte es, aus dem Auto zu springen. Der Pkw geriet in die Nähe des polnischen Schlagbaumes und prallte schließlich gegen das Gebäude des zollfreien Ladens. Von dem Fahrzeug blieb nur ein Stahlskelett übrig. Das Dach des Gebäudes wurde zerstört. Die Ermittlungen zur Unfallursache wird die russische Staatsanwaltschaft übernehmen. Wie Ryszard Chudy, Pressesprecher der ermländisch-masurischen Zollbehörde der Polnischen Presse-Agentur, erklärte, hatte der Unglücksfahrer vermutlich Brennmaterial schmuggeln wollen. Da im Königsberger Gebiet Brennstoff um die Hälfte billiger ist als in Polen, ist er eine populäre Schmuggelware geworden, mit der die grenznahen Bewohner ihr Einkommen aufbessern. *PAZ*

Deutsches Erbe spaltet Allenstein

Menschlich kommen Polen und Deutsche gut miteinander klar – Streit gibt es über kulturelles Erbe

Die Einstellung zur deutschen Vergangenheit ist in ganz Polen und auch im südlichen Ostpreußen sehr unterschiedlich. Das beweist einmal mehr der Streit um das Gebäude der ehemaligen Mädchenschule in Allenstein.



Stein des Anstoßes: Die ehemalige Mädchenschule in Allenstein. Bild: G.S.

In einem Interview mit dem privaten Rundfunksender „Radio Zet“ erzählte der ehemalige polnische Staatspräsident Alexander Kwasniewski von den Erfahrungen, die er und seine Frau Jolanta in dem kleinen Dorf Hirschberg (polnisch Idzbark) bei Osterode gemacht hatten. Denn vor einigen Jahren erwarb das Ehepaar dort ein Grundstück für seine Sommerresidenz. Seitdem verbringt es nicht nur seine Freizeit in dem idyllischen Ort, sondern engagiert sich auch sozial. Die frühere First Lady knüpfte Kontakte, um die dortige Grundschule zu unterstützen. Gegenüber dem Sender bezeichnete Kwasniewski das Zusammenleben zwischen der ortsansässigen, meist deutschstämmigen Bevölkerung mit den Neuankömmlingen, die sich dort nach dem Zweiten Weltkrieg niederließen, als friedlich. Er wies dabei auf die für ihn sehr bezeichnende Tatsache hin, dass sich auf dem Hirschberger Friedhof eine Gedenktafel zu Ehren der im letzten Krieg gefallenen Dorfbewohner in deutscher Sprache befinde. Dies sei für ihn ein Zeichen der gegenseitigen Hochachtung gegenüber eigener, oft schmerzlicher Vergangenheit. Im Gegensatz dazu steht die Äußerung Jaroslaw Kaczinskis, in der dieser sich über die „verräterische Rolle“ der nationalen Minderheiten in Polen, insbesondere der Oberschlesier und Kaschuben geäußert hatte. Der ultranationale Politiker warf ihnen vor, heimlich die deutsche Staatsraison zu vertreten. Dies stieß jedoch auf allgemeine Ablehnung seitens zahlreicher Politiker und der sich zugleich als Schlesier bezeichnenden Mitbürger der polnischen Gesellschaft. Seine Zugehörigkeit zu den Schlesiern bekundete unter anderem der amtierende Präsident des Europäischen Parlaments, Professor Jerzy Buzek.

Dagegen scheint es mit der Einstellung zum gemeinsamen deutsch-polnischen Erbe in Allenstein schwieriger zu sein. Bei der Renovierung des Gebäudes der deutschen Mädchenschule in der Innenstadt, das künftig als Amtsgebäude einer Stadtbehörde dienen soll, wurde die alte Inschrift mit der deutschsprachigen, historischen Bezeichnung dieser Einrichtung an der Außenfassade entdeckt. Auf Anordnung der Städtischen Denkmalpflegerin sollte sie demnächst mit einer Betonschicht zugedeckt werden. Dies empörte viele Lokalpolitiker und Liebhaber der Heimatkunde. Henryk Hoch, der Vorsitzende der Vereine der Deutschen Gesellschaften Ermland-Masurens, versprach, diese heikle Frage bei der Sitzung der Kommission für Nationale und Ethnische Minderheiten, zu erörtern. Auch Rafał Betkowski, Historiker und Spezialist für die Geschichte Allensteins, stellt klar: „Es ist einfach die geschichtliche Bezeichnung für dieses Haus, hinter der kein politischer Zusammenhang steckt“. Der Journalist Grzegorz Szydłowski, erinnert angesichts dieser Meinungsverschiedenheiten an ähnliche Kontroversen um die Aneignung deutschen Kulturerbes in Allenstein. Er führt den Fall des Namenspatrons einer der Hauptstraßen der Stadt, Feliks Szrajber, dessen Nachname in der Originalform „Schreiber“ heißt, auf, der dann der polnischen Schreibweise angepasst wurde.

Es ist nicht der erste Vorfall, bei dem die alte und neue Denkweise bei der Aufarbeitung des mitteleuropäischen Erbes in einem lokalen Milieu aufeinander pralleh. Daher stellt sich nun auch die Frage, wie das gerade in einer Grundsanierung befindliche Theatergebäude künftig aussehen wird, zumal man seine originalgetreue Restaurierung vorgenommen hat. Es ist zu befürchten, dass sich künftig ein neuer Streit um seine historische Benennung entfachen wird. *Grzegorz Supady*

Erfolg gegen Autobande

Szenen wie in einem Krimi – Vier Litauer verhaftet

Kaum gestohlen, schon in Polen. Noch vor wenigen Jahren hatte dieser Spruch Gültigkeit, wenn es um Autodiebstahl ging. Dank des entschiedenen Vorgehens der polnischen Polizei und der zuständigen Grenzbehörden gegen Autodiebe hat sich dies in einiger Hinsiche geändert. Erst kürzlich wurden in Allenstein 27 Mitglieder der sogenannten „Willenberger Mafia“, auf deren Konto mehr als 100 Autodiebstähle gehen, nach einem langwierigen Gerichtsverfahren zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die Aufdeckung von Autodiebstählen wird zurzeit unter anderem durch die elektronische Datenbank SIS (Schengen-Informations-System) erleichtert.

Die vorwiegend in der Bundesrepublik gestohlenen Fahrzeuge werden schon seit längerem nicht mehr nach Polen, sondern größtenteils weiter nach Osten geschmuggelt. Eines blieb jedoch weiter unverändert: Nach wie vor stehen bei Autodieben deutsche Fahrzeugmarken hoch im Kurs.

Nach offiziellen Angaben des Hauptpräsidiums der polnischen Polizei wurden im Jahr 2010 auch polenweit in erster Linie Autos der Marken VW-Passat, VW-Golf, Audi A4 und Audi A6 gestohlen. Die Tendenz ist allerdings sinkend.

Auch wenn die polnische Polizei verstärkt gegen Autodiebe vorgeht, werden ihr weiterhin derartige Delikte gemeldet. In der Nacht vom 16. zum 17. März spielten sich in der Umgebung von Osterode Szenen wie in einem Krimi ab. Die Osteroder Polizeibeamten verhafteten vier Litauer, die in Richtung ihrer Heimat in einem nur wenige Stunden zuvor gestohlenen Wagen fuhren. Angefangen hatte es damit, dass die Verkehrspolizisten einen Ford-Galaxy mit litauischen Kennzeichen für eine Kontrolle anhalten wollten. Anstatt anzuhalten, gab dessen Fahrer Vollgas und versuchte zu fliehen.

> Deutsche Marken stehen weiter hoch im Kurs

Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass der Litauer nicht allein nach Litauen unterwegs war, sondern zu einem aus zwei weiteren Fahrzeugen bestehenden Konvoi gehörte. Nach ein paar Stunden wurden alle Wagen mit ihren vorübergehenden „Inhabern“ auf den Waldwegen in der Umgebung Osterodes gestellt.

Zwei der festgenommenen Männer sind Wiederholungstäter. Sie wurden schon einmal vor einem halben Jahr von den Verkehrspolizisten in Sensburg festgenommen. Das Gericht verurteilte sie damals wegen Diebstahls und Hehlerei zu einer dreimonatigen Haftstrafe. Nachdem sie diese abgebüßt hatten, wurden sie sofort wieder straffällig.

Die um ihre Autos besorgten Deutschen wurden sofort von der zuständigen Polizeistelle in Osterode benachrichtigt, dass sie ihre Vierräder bald wieder zurückbekommen würden.

Da Ermland-Masuren auf dem Weg in Richtung Litauen liegt, könnte es zu einem Schmuggelgebiet werden. Die Grenze zu diesem Land droht sich in eine offene Schleuse zu verwandeln, da die Litauische Republik als einziger Staat in der Region Nord- und Ostpolens der EU angehört. Die Polizei- und Grenzbeamten werden demnächst also alle Hände voll zu tun haben. *Grzegorz Supady*

Reiseerleichterung

EU lässt kleinen Grenzverkehr zu

In der letzten Zeit wird das Problem der Visafrage nicht nur im örtlichen Parlament heiß diskutiert, sondern auch im Zentrum Moskau. Bei ihren Visiten in europäischen Ländern, vor allem auch in Deutschland, haben Präsident Dmitrij Medwedew und Premierminister Wladimir Putin den Punkt immer wieder auf die Tagesordnung gebracht, um sich für die Einführung einer visafreien Einreise für Russen in den Schengenraum einzusetzen. Dabei standen immer die Königsberger und das Königsberger Gebiet im Zentrum dieser Gespräche. Als eine Variante der Visaerleichterung wurde speziell für die Bewohner des Königsberger Gebiets ein kleiner Grenzverkehr mit Polen und Litauen diskutiert. Die polnische Seite wirkte aktiv an einer diesbezüglichen Regelung mit und vor kurzem wurde bekannt, dass eine prinzipielle Vereinbarung getroffen wurde.

> Sonderregelung für Allenstein, Elbing und Danzig möglich

Laut dieser können Exklavenbewohner, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz im Gebiet haben, in Kürze ohne Visum die grenznahen Woiwodschaften Polens bereisen können. Die EU-Kommission hat zugestimmt, dass das Königsberger Gebiet in die Regelung über den grenznahen Verkehr aufgenommen wird. Jetzt gilt es zu entscheiden, welche Gebiete auf polnischer Seite als grenznah gelten sollen. Wenn alles nach Plan verläuft, könnten ab Anfang September die ersten Genehmigungen erteilt werden. Laut EU-Gesetz gilt ein Gebiet von 30 Kilometern von der Grenze entfernt noch als grenznah. Polen will eine Änderung bezüglich der Entfernung erreichen, damit auch die Städte Allenstein, Elbing und Danzig von der neuen Regelung nicht ausgenommen sind. Sie befinden sich allerdings etwas weiter weg von der Grenze.

Zurzeit stellt das polnische Generalkonsulat in Königsberg Pavillons auf, wo die Städter sich für den Erhalt eines Dokuments für den kleinen Grenzverkehr registrieren lassen können. Die Dokumente werden für fünf Jahre ausgestellt und kosten 20 Euro. *Jurij Tscherynschew*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Schmackoster, schmackoster, drei Eier, Stück Speck, sonst geh´ ich nicht weg!“ Noch heute erinnert sich **Ursula Lübge** aus Schollene an das Osterfest im heimatlichen Oberland, in dem dieser Brauch gepflegt wurde, wie überall in Ostpreußen. Aber es war ja nicht nur der Spruch, der von den Bowkes und Marjellens aufgesagt wurde, sondern ein sehr handfester Brauch: Am zweiten Feiertag schlichen in aller Herrgottsfrühe die Kinder an die Betten der noch schlummernden Erwachsenen, hoben die Decken hoch und – klatsch wurden die Schlafenden mit Rutenschlägen zum jähen Erwachen gebracht. Wenn der Spruch aufgesagt war, kauften sich dann die so Gepiesackten frei, wobei der Nachwuchs ja weniger Wert auf das Stück Speck legte, sondern mehr auf Eier und „noch e Stöck Floade“, auf den zum Fest gebackenen Blechkuchen, wie der Spruch in anderen Gegenden ergänzt wurde. Gewöhnlich wurden zum Schlagen junge Birkenzweige benutzt, sie sollten die wintermüden Lebensgeister wieder erwecken, und das taten sie dann auch. Bei Frau Lübge bestanden aber die Osterruten aus Zweigen vom Wacholder, und der wurde ja bei uns Kaddig genannt. Warum sie sich so genau an diesen Brauch aus ihrer Kindheit erinnert, liegt an meiner Geschichte von den „Veilchen vom Litauer Wall“, in der ich schildere, wie ich als kleine Marjell in meinen heimlich getragenen kunstseidenen Strümpfen in rostigen Stacheldraht fiel. Denn ihr erging es ähnlich – aber lassen wir Ursula Lübge, **geb. Porsch** erzählen.

„Es war wohl im November 1941, als ich vom Schlittschuhlaufen heim kam. Das geliebte Klunkermus wollte nicht runter, ich konnte nicht schlucken. Dann ging gar nichts mehr. Fieber, Schüttelfrost, Hals zu: Diphterie. Bis zum Krankenhaus waren es 26 Kilometer – und das im Schlitten? Ich blieb daheim, wohnte bei den Großeltern im Altenteil. Wegen dieser „Quarantäne“ bekamen wir keine Einquartierung. Als dann nach dem Abklingen der Krankheit eine Desinfizierung im Haus erfolgen sollte, bat Vater um einen Maler aus der Gruppe. Der Soldat, der zu uns kam, war ein Thüringer aus Oberhof. Er wollte so gerne seine Frau für ein paar Tage bei sich haben, die Bitte wurde ihm erfüllt. Seine Frau wollte sich dankbar erzeigen und gerne etwas für uns nähen. So wurde aus Mutters großem, weißem, wolligem Umschlagtuch eine Jacke für mich, ein Gedicht mit gehäkelten Noppen und bestickt wie ein Dirndl. Dann kam Ostern und ich bettelte, mit meiner neuen Jacke an diesem so frühlingshaften Karfreitag an die Passarge zum „Kaddigsuchen“ zu gehen. Mit Vaters Fürsprache schaffte ich es dann auch. Im Laucker Wald, wo die Passarge einen Bogen macht, hatte, die bei uns stationierten Soldaten eine Fußgängerbrücke gebaut. Am anderen Ufer, schon im Ermland, befand sich eine große Befestigungsanlage. Wir liefen auf unserer „Kaddigsuche“ über die Brücke und befanden uns auf einer schon grünen saftigen Wiese. Die rote Sonne begab sich auf den Heimweg – wir auch. Da stürmte plötzlich eine Horde Jungs auf uns zu, voller Tatendrang und mit Indianergebrüll. Jetzt hieß es auf schnellstem Wege Land gewinnen, also den Wiesenhang so schnell wie möglich hinunter zum Fluss. Der Körper schoss vorwärts, die Füße stolperten und eine unsichtbare Kraft katapultierte mich mit der schönen weißen Jacke den Hang hinunter. Den langen Weg nach Hause beschäftigte mich nur die Frage: Wie kommst du ungesehen ins Haus? Wie es dann wirklich alles lief, weiß ich nicht mehr. Hauptsache war wohl, dass der Kopf noch dran war! Und das bleibt in der Erinnerung: Die saftig grüne Wiese, die rote Abendsonne und ein Karfreitag mit „Kaddigsuche“!“

Und wurde jetzt wieder geweckt wie so vieles in der letzten Zeit, wenn unsere Leserinnen und Leser in die Vergangenheit zurückgeführt wurden. Ich dachte, das Thema „Kaninchenfutter“, von Frau **Dorothea Blankenagel** in unsere Familie eingebracht, sei nun erfolgreich abgeschlossen, jedenfalls was „Komfrei“ betraf. Da traf aus dem fernen Brasilien eine E-Mail ein: „Auf die Frage nach dem Kaninchenfutter möchten wir Ihnen sagen, dass unsere deutschbrasilianischen Nachbarn, die bei uns in Deutschland als „Beinwell“ bekannte Pflanze meinen. Wir freuen uns, dass wir weiterhelfen können. Freundliche Grüße Familie **Suttor**“. Und wir sagen Dank und senden herzliche Ostergrüße nach Brasilien.


Bild: privat

Im Oberland: Hier wurde mit Kaddig-Zweigen schmackostert.

Aber es kommt noch besser: Jetzt ist auch das zweite rätselhafte Wort geklärt, mit dem niemand von unseren Lesern etwas anfangen konnte: Seeblätter. Und zwar führt die Lösung zur Urquelle. Sie kam mit einer E-Mail von Frau **Hanna Lenczewski**: „Mit Interesse verfolge ich die Diskussion über Komfrei und Seeblätter in der Ostpreußischen Familie. Sie ist wohl durch meinen Beitrag im Samlandbrief ausgelöst worden. Komfrei und Seeblätter wurden an Schweine verfüttert, nicht an Truscher. Die bekamen anderes Grünzeug. Komfrei ist ja nun geklärt, und Seeblätter sind meiner Meinung nach ausgewachsene Huflattichblätter. Sie wuchsen in Palmnicken überall auf dem Seeberg und am Fließ zum Baggerfeld hin. Bei meinen Besuchen in der Heimat habe ich danach gesucht und sie gefunden, weil es mich interessierte. Es können eigentlich nur Huflattichblätter sein. Sie wurden klein geschnitten (gebrüht?) mit dem Schweinefutter vermischt und verfüttert. Ich fahre im Juli wieder ins Samland, wohne in Palmnicken und werde mich danach umsehen.“ Vielen Dank, liebe Frau Lenszewski, für diese Klarstellung. Ich hatte ja auch vermutet, dass diese Bezeichnung aus einem örtlich begrenzten Sprachbereich stammen müsste. Wahrscheinlich hießen die Seeblätter an der westlichen Samlandküste so, weil sie auf dem Seeberg wuchsen. Die „Lottchenblätter“ haben wir als Kinder gerne auf die Hand gelegt, sie kühlten so schön. Und deshalb wurden die Lattichblätter auch auf Wunden gelegt. Warm und weich waren dagegen die „Truschchen“. Gibt es ein Wort, das zärtlicher sein kann, als dieses für die Kaninchen? Des lieben Gottes Tierreich hatte in Ostpreußen eben sein eigenes Vokabular.

Und weckt Erinnerungen stärker als je zuvor. Wie so vieles in unserer Ostpreußischen Familie, für die Frau **Sigrid Schelja** aus Seligenstedt – die in unserer Kolumne das längst vergessene geglaubte Spiel aus ihrer Kindheit „Gottes Segen bei Cohn“ wieder fand und es nun mit ihren Enkeln spielen will – eine wunderbare Formulierung gefunden hat: „Sie bildet den Humus für die fortbestehende Bindung von uns Ostpreußen an die Heimat, die jetzt im Alter ein ganz wichtiger Anker unserer Existenz in dieser wackligen Welt ist.“

Erinnerungen haben besonders unsere letzten Folgen, in denen viele Kindheitserlebnisse geschildert wurden, auch bei unserem Landsmann **Heinz Schlagenhauf** aus Lensahn geweckt. „Ich musste als Kind – es war noch in der Weimarer Zeit – oft zum Kaufmann Krön in Groß Skirlack gehen. Dort habe ich die Reklameschilder betrachtet. Im Laden hing ein Schild mit einem Spruch in Platt mit der freundlichen Aufforderung: Suup di voll on frät di dick on hoal de Schnut von Politik! Diesen Rat hab ich damals nicht verstanden. Wenn ich heute manche politischen TV-Sendungen sehe, dann spreche ich doch diesen Satz!“ Jetzt hat er ihn verstanden! Ob man aber heute die wohlgemeinten Ratschläge, die „Suupe on Fräte“ betreffen, befolgen sollte, sei dahin gestellt. Danach hatte man sich im alten Ostpreußen, dem Land mit den langen Wintern und dem späten Frühjahr, gerichtet. Aber zu Ostern waren wir jieprig nach allem Grünen, und so gab es am Karfreitag den ersten Salat oder Sauerampfersuppe mit Ei. Am Tag zuvor hatten wir uns über die Gründonnerstagkringel gefreut. Zu Ostern kam dann Pierak auf den Frühstückstisch – ein Feinbrot aus Weizenmehl, aber auch der Streuselkuchen wurde mancherorts so genannt.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Bild: Pawlik

Brot – da hat es für mich eine Überraschung gegeben. Herr **Heinrich Lohmann** hat sie mir mit dieser Mail bereitet: „Es ist schon fast neun Jahre her, dass Sie in der Ostpreußischen Familie auf meiner Suche nach Zeitzeugen zum Brotbacken auf dem Gut Lehndorff des **Manfred Graf von Lehndorff** hinwiesen. Dank dieses Aufrufes bekam ich Kontakt zu Frau **Freese**, der früheren Ortsvertreterin von Wargen. Durch sie wiederum konnte ich einen Kontakt herstellen zur Tochter des früheren Verwalters der Güter des Grafen Lehndorff. Diese Tochter, **Christel Füßel**, erlaubte mir die Anfertigung von Kopien, die ihr Vater von Manfred Graf von Lehndorff erhalten hatte. Inzwischen hat sich viel Licht eingestellt und dunkle Ecken des Nichtwissens ausgeleuchtet. Ich bin Ihnen daher für die Veröffentlichung sehr dankbar.“

Ich Ihnen auch, lieber Herr Lohmann, für die von Ihnen geschriebene Geschichte über dieses ostpreußische Brot, dessen Rezept heute noch ein Geheimnis ist. **Margaretha Baronesse von der Ropp** hatte es aus ihrer baltischen Heimat mitgebracht, als sie 1919 aus ihrer baltischen Heimat nach Ostpressen flüchtete. Sie fand auf dem Gut Lehndorff im Samland Zuflucht und eine berufliche Aufgabe, als Inspektorin des 313-ha Betriebes. In den Hungerjahren kamen aus dem nahen Königsberg viele Menschen auf der Suche nach Lebensmitteln. Margaretha von der Ropp begann mit dem Brotbacken nach einem Rezept aus ihrer Heimat, bei dem man statt Mehl Roggenflocken verwendete, die durch Quetschen des Korns erzeugt wurden. Hinzu kam ein besonderes Backverfahren durch Brühen des Brotes und bestimmte Ruhezeiten. Dieses spezielle Verfahren wurde patentiert und bewirkte eine steigende Produktion. Täglich wurden über 80 Geschäfte in Königsberg beliefert, die Lehndorfschen Güter stellten sich vorrangig auf Roggenanbau um. Das „Lehndorffbrot“, das auch an zahlreiche Empfänger in ganz Deutschland versandt wurde, fand nach der Präsentation auf der Weltausstellung in Paris sogar im Weißbrotland Frankreich große Anerkennung. Die durch wissenschaftliche Versuche belegte gesundheitsfördernde Wirkung dieses Brotes versprach ihm eine großartige Zukunft, die durch Krieg und Vertreibung zerstört wurde. Bis sie nach der Flucht in Westdeutschland wieder zu keimen begann: Die 70-jährige Baronesse gründete nach mühevoller Vorarbeit in Bremen die „Lehndorff Brot GmbH“ und begann nach ihrem Rezept wieder das Vollkornbrot zu backen, das sich nach anfänglichen Schwierigkeiten, die vor allem durch die aufwendige Flockenherstellung entstanden, in den 70er Jahren zum meistverkauften Brot in Bremen entwickelte. Es wird dort noch heute in der Bäckerei Tender nach dem – immer noch geheimen – Originalrezept der Margaretha von der Ropp hergestellt. Aber diese Nachkriegsentwicklung ist mit ihren Höhen und Tiefen wieder eine eigene und sehr ergiebige Geschichte.

Ein friedliches, fröhliches und sonniges Osterfest wünscht Euch allen

Eure



Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Ruf zwischen Extremen

»Schwäbische Tugenden« stehen bei Nachbarn hoch im Kurs

Alle deutschen Stämme haben ihr festes Image, ausgenommen die Schwaben, deren Ruf zwischen Extremen pendelt. Ein „Schwabenstreich“ ist entweder eine wagemutige oder eine törichte Handlung. Ähnlich klingt's bei den Nachbarn im Osten: Bei Polen ist „Szwab“ ein Schimpfwort, und das Verb „oszwabic“ bedeutet „betrügen“. So etwas würden Serben gar nicht verstehen, denen der „Svaba“ eine willkommene Ergänzung ist: „Der Serbe taugt nicht zum Chef, der Schwabe nicht zu Musikanten“, sagen sie.

Zoran Konstantinovic (1920-2007), der große Literaturmittler zwischen Südslawen und Deutschen, hat das genau erklärt: Ursprünglich waren die Deutschen „Franken“, unter Kaiserin Maria Theresia, die im späten 18. Jahrhundert ihre vom Türken befreiten Südregionen mit Deutschen auffüllte, wurden sie „Schwaben“ – weil sie in Schwaben gesammelt wurden. Ihre Eingeschaften – Fleiß, Ehrlichkeit, Ideenreichtum, Ordnungsliebe – bewirkten, dass „Svaba“ ein sehr positiver Begriff war. Mehr noch (sagte Konstantinovic): Im späteren Jugoslawien bestand zu den 600 000 Deutschen ein „Nahverhältnis“, das in dem Ausdruck „nase Svabe“ (unsere Schwaben) hörbar wurde.

Koexistenz endete am 21. November 1944

Österreich-Ungarn zerbrach 1918, in allen Nachfolgestaaten lebten große Gruppen von „Schwaben“, die nur in Rumänien Untergruppen aufwiesen, die witzig charakterisiert wurden: „Siebenbürger Sachsen sind groß, schlank und protestantisch – Banater Schwaben sind klein, dick und katholisch“. Das war ein rumänisches Spezifikum, sonst überwogen in ganz Südosteuropa die „Schwaben“, die nur nach ihren Siedlungsgebieten differenziert wurden: Donau-Schwaben, Sathmarer Schwaben. Die Deutschen gehörten einfach „dazu“, in Andric Novellen finden wir Kinder in „svapsko“ Kleidung, die weder Deutsch noch Schwaben waren. Diese Koexistenz endete am 21. November 1944, als die Führung der Tito-Partisanen Vertreibung der Deutschen und Konfiskation ihres Besitzes befahl. Wenige Deutsche blieben, die erst seit 1991 wieder eigene Organisationen gründen dürfen. Angst bestimmt ihren Alltag, während „schwäbische“ Tugenden bei ihren Nachbarn immer noch hoch angesehen sind.

Wolf Oschlies



ZUM 99. GEBURTSTAG

Müller, Hedwig, geb. **Rudnick**, aus Lyck, v. Ludendorffstraße 5, jetzt Passauer Straße 16, 55246 Mainz-Kostheim, am 27. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Borrek, Frida, geb. **Dubnitzki**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Pariser Gasse 3, 35578 Wetzlar, am 26. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fricke, Herta, geb. **Naujok**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Heisterkamp 8, 38518 Gifhorn, am 26. April

Napierski, Helene, geb. **Witzki**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Johannesstraße 6, 19249 Lübtheen, am 12. April

Pidun, Wilhelm, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Petersburger Weg 8, 24247 Mielkendorf, am 6. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borrmann, Gerda, aus Kuckerneese, jetzt Bruchstraße 66, 45468 Mülheim an der Ruhr, am 27. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gayk, Annedore, geb. **Papajewski**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Witten-Land 13, 24229 Strande-Kiel, am 29. April

Geruschkat, Grete, geb. **Widdrat**, aus Tilsit und Mohrungen, jetzt Albanusstraße 11, 55128 Mainz, am 28. April

Schöttke, Hedwig, geb. **Hoffmann**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, jetzt Lortzingstraße 18 / 1, 72458 Albstadt, am 27. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baier, Frieda, geb. **Kraasz**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Am Hasenberg 12, 65719 Hofheim, am 29. April

Chmielewski, Walter, aus Treuburg, jetzt August-Bebel-Straße 14, 02730 Ebersbach, am 1. Mai

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

TERMINE DER LO

Jahr 2011

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt
10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein
23.–25 September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont
15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen
28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont
5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont
7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Jüttke, Alfred, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Postfach 3031, 26020 Oldenburg, am 26. April

Kallweit, Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Wilhelm-Busch-Straße 3, 31707 Bad Eilsen, am 29. April

Krolczik, Hildegard, geb. **Olschewski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Thorwaldsenstraße 26, 12157 Berlin, am 12. April

Lewitzki, Maria, geb. **Kühnapfel**, verw. **Schlegel**, aus Krekollen, Kreis Allenstein, jetzt Hoffeldstraße 7, 40235 Düsseldorf, am 14. April

Neumann, Ursula, geb. **Föhser**, aus Lötzen, jetzt Limburger Straße 47, 28259 Bremen, am 28. April

Schuhmacher, Hilda, geb. **Scheppat**, aus Tilsit, Lindenstraße 29, jetzt Altenzentrum Ohligs, Uhlandstraße 55, 42653 Solingen, am 24. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Kinas, Reinhold, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Theodor-Storm-Allee 5, 53757 Sankt Augustin, am 28. April

Otto, Hildegard, geb. **Rogalla**, aus Ittau, Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Sehringer Straße 3, 28876 Oyten, am 19. April

Peter, Lydia, geb. **Hiltern**, aus Gumbinnen, jetzt Suhrnkrog 14, 23701 Eutin, am 25. April

Riske, Charlotte, geb. **Buttkus**, aus Rauterskirch, jetzt Niddastraße 19, 38120 Braunschweig, am 25. April

Skopnik, Dr. Klaus-Dietrich, aus Lyck, Memeler Weg 11, jetzt Schillerstraße 3, 53340 Meckenheim, am 26. April

Thamm, Erna, geb. **Karbautzki**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Im Dom 67, 55743 Idar-Oberstein, am 26. April

Zimmer, Anna, geb. **Waschinski**, aus Neidenburg, Klien, jetzt Dellwiger Straße 273, 44388 Dortmund, am 12. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Andreas, Friedel, geb. **Haase**, aus Lyck, jetzt Goethestraße 1, 14943 Luckenwalde, am 27. April

Dzieran, Katharina, geb. **Gezeck**, aus Ortelsburg, jetzt Mühlenflößstraße 19 A, 33175 Bad Lippspringe, am 25. April

Graber, Margarete, geb. **Strikowski**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Ehrenbergstraße 7, 58332 Schwelm, am 17. April

Grigat, Kurt, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, jetzt Am Bahndamm 33, 28719 Bremen, am 1. Mai

Killat, Egon, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, jetzt Vierzigstücken 67, bei Maack, 21129 Hamburg, am 29. April

Ragoszat, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Schmalenbachstraße 12, 33611 Bielefeld, am 26. April

Tintemann, Heinz-Siegfried, aus Tilsit, jetzt Kronenstraße 1, 88709 Meersburg, am 30. April

Ueckert, Ida, geb. **Totzi**, aus Schuttschenhofen, Kreis Neidenburg, jetzt Tannenkamp 16, 49134 Wallenhorst, am 30. April

Wellerdt, Emil, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, 87-2nd AVE, Kitchener, Ont. N2C 1N4, Kanada, am 8. April

Wenk, Tern-Ina, aus Königsberg/Pr., Wallstraße, jetzt Wolfgangstraße 15, 06844 Dessau, am 28. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bendul, Willy, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt Glatzer Straße 16, 33605 Bielefeld, am 19. April

Brzoska, Walter, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, Barnecker Straße 3, 04178 Leipzig, am 4. April

Grube, Elfriede, geb. **Rohmann-Fritsche**, aus Klaussen, Kreis Lyck, jetzt Pferdemarkt 21, 24340 Eckernförde, am 27. April

Herdam, Gerhard, aus Neidenburg, jetzt An den Fischteichen 27, 33014 Bad Driburg, am 18. April

Ollech, Willi, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Campenmoor 40, 49434 Neuenkirchen, am 1. Mai

Pellny, Elfriede, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, jetzt Ilmer Weg 44, 21423 Winsen (Luhe), am 27. April

Schneider, Ingeborg, geb. **Soergel**, aus Lyck, jetzt In den Tannen 3, 53757 Sankt Augustin, am 27. April

Schulz, Edith, geb. **Macht**, verw. **Segatz**, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt OT Kloster Oesede, Auf der Halle 12, 49124 Georgsmarienhütte, am 27. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Conrad, Dr. Hartmut, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Captain-Thiessen-Weg 1, 24113 Molfsee, am 30. April

Dobler, Gisela, geb. **Schön**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Auwaldstraße 6, 79110 Freiburg, am 30. April

Goldberg, Martha, geb. **Roth**, aus Waltersmühl, Kreis Heilsberg, jetzt DRK-Pflegeheim, Waldstraße 6, 23701 Eutin, am 27. April

Kaiser, Erich, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Vennepoth 44, 46047 Oberhausen, am 30. April

Kayser, Inge, geb. **Grieffenhagen**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Billungstraße 21a, 28759 Bremen, am 16. April

Kukulies, Willi, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt St.-Pauli-Deich 1, 28199 Bremen, am 29. April

Lettau, Heinz, aus Stollendorf bei Arys, Kreis Johannisburg, jetzt Veilchenweg 6, 89275 Elchingen, am 25. April

Lojewski, Erich, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Steinstraße 35, 17291 Prenzlau, am 28. April

Petrick, Heinz, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, jetzt Zollenspieker Hauptdeich 134, 21037 Hamburg, am 1. Mai

Pienkos, Gertraud, geb. **Kröhnert**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, jetzt Haus Süderelbe, Hammer Landstraße 168, 20537 Hamburg, am 30. April

Pröstler, Martha, aus Brodau, Kreis Neidenburg, jetzt Flachskampstraße 3, 40627 Düsseldorf, am 16. April

Raschkowski, Agnes, geb. **Petrikowski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Marie-Juchacz-Weg 16, 45899 Gelsenkirchen, am 25. April

Rehra, Otto, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Krefelder Straße 1, 45896 Gelsenkirchen, am 26. April

Rohde, Carla, geb. **Schween**, aus Wehlau, Freiheit, Kreis Wehlau, jetzt Osterfeldamm 12, 30627 Hannover, am 26. April

Ruchay, Heinz, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, jetzt Schmiedekoppel 25, 23611 Bad Schwartau, am 29. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Angerlehner, Edith, geb. Sakowski, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Thüringer Straße 8/1, 71720 Oberstfeld, am 28. April

Arndt, Adalbert, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Mörikestraße 20, 72202 Nagold, am 26. April

Behnert, Gilbert, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Frankenstraße 29-31, Haus Elisabeth, App. 2008, 58509 Lüdenscheid, am 27. April

Böhmer, Ursel, geb. **Erismann**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Konrad-Adenauer-Straße 49, 57572 Niederfischbach, am 23. April

Brey, Hedwig, geb. **Czichowski**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, jetzt Königsberger Straße 35, 45881 Gelsenkirchen, am 26. April

Brzezinski, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Lindenweg 4, 25462 Rellingen, am 26. April

Ehrenberg, Rudy, aus Labiau, Kreis Neidenburg, jetzt 604-11881-88-Ave., Delta BC V4C 8A2, Kanada, am 4. April

Falk, Willi, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, jetzt Stockumer Straße 9, 49086 Osnabrück, am 10. April

Fahning, Margarethe, geb. **Malone**, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, jetzt Gerstäckerstraße 12, 34131 Kassel, am 29. April

Heiland, Erika, geb. **Fraude**, aus Plompen, Kreis Wehlau, jetzt Theodor-Heuß-Straße 13, 34369 Hofgeismar, am 28. April

Herrmann, Ruth, geb. **Metzdorf**, aus Moneten, Kreis Treuburg, jetzt Breslauer Straße 7, 78647 Trossingen, am 26. April

Hilpert, Lore, geb. **Kutzmut**, aus Barnen, Kreis Treuburg, jetzt Ohebergstraße 14, 31188 Holle, am 30. April

John, Gotthard, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Leipziger Straße 11, 64720 Michelstadt, am 29. April

Kammholz, Ursula, geb. **Preuß**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Lüdemannsweg 15, 45894 Gelsenkirchen, am 24. April

Koerner, Gerda, geb. **Karwowski**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Nordfeldstraße 11, 86405 Meitingen, am 28. April

Kriegelstein, Ruth, geb. Reschke, aus Soldau, Kreis Neidenburg,

Kukla, Helmut, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Bergstraße 9, 56581 Melsbach, am 29. April

Lenk, Benno, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rosenweg 10, 97980 Bad Mergentheim, am 18. April

Malonnek, Horst, aus Neidenburg, jetzt Mittelstraße 12-14, Senioren residenz, 38527 Meine, am 12. April

Mankel, Emma, geb. **Litfinski**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, jetzt Berliner Straße 78, 25421 Pinneberg, am 14. April

Müller, Waltraud, geb. **Goetzie**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Badeler Straße 37, 38486 Apenburg, am 27. April

Neumann, Gertrud, aus Langendorf, Kreis Wehlau, jetzt Kleine Gasse 1, 06369 Arensdorf, am 27. April

Neumann, Ruth, geb. **Schiller**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lohweg 3, 25524 Itzehoe, am 29. April

Nowosatko, Emma, geb. **Knifka**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt Dresdner Straße 7, 59425 Unna, am 4. April

Nowotsch, Franz, aus Klaussen, Kreis Lyck, jetzt Lilienthalstraße 15, 31137 Hildesheim, am 25. April

Olomski, Eugen, aus Neidenburg, jetzt L.-Schröder-Straße 17a, 27578 Bremerhaven, am 30. April

Pottkämper, Elfriede, geb. **Bodemann**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Himmelreich 19, 32120 Hiddenhausen, am 27. April

Pretzlaff, Helmut, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Freiligrathstraße 5, 06130 Halle, am 30. April

Richter, Maria, geb. **Hill**, aus Rostken, Kreis Lötzen, jetzt Siedlung 6, 03246 Crinitz, am 26. April

Roob, Martha, geb. **Leidt**, aus Kreislacken, Kreis Samland, jetzt Albrechtstraße 6, 45130 Esen, am 29. April

Rosehalm, Helga, geb. **Nowak**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Brückenstraße 31, 78647 Trossingen, am 1. Mai

Schulz, Ernst, aus Lindenau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Beethovenstraße 62, 71083 Herrenberg, am26. April

Schumann, Ruth, geb. **Eichel**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Vor der Deine 8, 29525 Uelzen, am 30. April

Sobotta, Ruth, geb. **Bittins**, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Südstraße 6, 49835 Wietmarschen, am 30. April

Sowa, Meta, geb. **Gradtke**, aus Narzym, Kreis Neidenburg, jetzt Märkische Straße 37, 45888 Gelsenkirchen, am 20. April

Speer, Charlotte, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 66, 09619 Mulda, am 30. April

Stehling, Else, geb. **Trussat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Plaggenwiese 53, 59065 Hamm, am 30. April

Steinmüller, Irmgard, geb. **Fandrey**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Hügelweg 37, 46562 Voerde-Friedrichsfeld, am 26. April

Vanselow, Eva, geb. **Radat**, aus Altmühle, jetzt An der Schnelle 23, 17291 Prenzlau, am 29. April

Woller, Erika, geb. **Presszenk**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt Vogelsangstraße 6, 74226 Nordheim, am 25. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adomski, Anna, geb. **Ritter**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Glatzer Straße 16, 33605 Bielefeld, am 19. April

Bartsch, Willi, aus Großudertal, Kreis Wehlau, jetzt Antoniusstraße 44 A, 48268 Greven, am 25. April

Bendul, Karl, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Eidamshauser Straße 25, 40822 Mettmann, am 7. April

Böttcher, Werner, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, jetzt Elmstraße 18, 38162 Cremlingen, am 28. April

Dietzek, Manfred, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Nexö Ring 11, 18106 Rostock, am 15. April

Dzubiel, Waldemar, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, jetzt Am Mühlbach 4, 18273 Güstrow, am 30. April

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Schwäbisch-Hall – Der Heimatnachmittag der Kreisgruppe Schwäbisch Hall der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen sowie Pommern e.V. findet am Mittwoch, den 4. Mai statt. In Änderung des Programms hält die Kreisvorsitzende Ursula Gehm den Vortrag „Königsberger Dom – Baugeschichte“. Beginn ist um 14.30 Uhr im Hotel Sölch, Hauffstraße 14 in Schwäbisch Hall. Die Tagesfahrt führt die Kreisgruppe am Mittwoch, den 15. Juli zu „Klöstern in Hohenlohe“. Abfahrt ist um 9 Uhr am Schulzentrum West in Schwäbisch Hall. Telefonische Anmeldung wird erbeten unter (0791) 51782. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.“



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 17. Mai, 14 Uhr, Zusammenkunft der Gruppe in der „Insel“.



Berlin

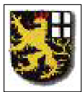
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPE





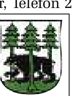
Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 5. Mai, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Gedanken zum Muttertag. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon 771 323 54.



Mohrungen – Donnerstag, 5. Mai, 15 Uhr, Restaurant „Sternstunde“, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin. Anfragen bei Ursula Dronsek, Telefon 216 43 38.



Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 7. Mai, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen für Tilsit-Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403 881, für Tilsit-Stadt bei Heinz-Günther Meyer, Telefon 275 18 25.



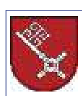


Rastenburg – Sonntag, 15. Mai, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (03323) 221012.

FRAUENGRUPPE



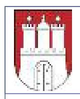
Mittwoch, 11. Mai, 14.30 Uhr, „Wille“, Wilhelmstraße 102, 10953 Berlin: Muttertag mit Beiträgen der Frauen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon 771 23 54.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Frauengruppe – Mittwoch, 11. Mai, 10.30 Uhr am Info-Turm am Hauptbahnhof: Fahrt zum gemeinsamen Spargelessen. Der Linienbus M bringt die Teilnehmer für zirka 4 Euro (Hin- und Rückfahrt) zum Meyerhof in Heiligenrode. Dort gibt es für 19,90 Euro Hochzeitssuppe, etwa 500 g Spargel mit den üblichen Beilagen und Nachtisch. Nach dem Essen ist Gelegenheit zu Spaziergängen und zum Kaffeetrinken. Rückfahrt zirka um 17 Uhr. Anmeldungen sind bis zum 1. Mai an Frau Richter, Telefon 405515, bei Frau Klein in Wandergruppe oder in der Geschäftsstelle möglich.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

KREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 7. Mai, 14 bis 17 Uhr im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahn Stadthausbrücke oder U-Bahn Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Blickrichtung Michaeliskirche. Fahrstuhl ist im Hause vorhanden! Thema: „Der Mai ist gekommen....“ Unter der Veranstaltungsleitung von Frau Edelgard Gassewitz werden uns einige literarische Kostbarkeiten geboten. Gemeinsames Singen ist angesagt, zum Beispiel „Die linden Lüfte sind erwacht...“ und andere Frühlingsmelodien. Uns erwartet ein gemütlicher Nachmittag bei Kaffee und Kuchen. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Hans Günter Schattling, Telefon 5224379.

Insterburg – Mittwoch, 4. Mai, 12.30 Uhr, Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg: Monatstreffen der Insterburger Heimatgruppe. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Für Rückfragen bitte bie Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585 melden.

Sensburg – Sonntag, 15. Mai, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein mit Singen.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 29. April, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: „Weet je noch“. Geschichten und Gedichten von Hildegard Rauschenbach.

Hessen

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Frankfurt – Am 13. April traf sich die Gruppe wieder zu einem **geselligen, informativen Nachmittag.** Das Treffen stand unter dem Motto: „Wunder gibt es immer wieder.“ Die Anwesenden wussten von manchen eigenartigen Zufällen zu berichten. Von einer besonderen Begebenheit, die sich vor einigen Wochen zugetragen hatte, erzählte die stellvertretende Vorsitzende Frau Gertrud Kluczik. Sie berichtete von einem bemerkenswertem Zufall und dem darauf folgenden Ereignis: Vor einigen Wochen las sie das „Lötzener Heimatblatt“. Bei der Lektüre sprang ihr der Name einer Frau ins Auge. Ihre Erinnerung ging 65 Jahre zurück in jene Zeit, als sie selbst Schreckliches durchleiden musste. Sie war von Russen verschleppt worden, kam jedoch mit dem Leben davon und fand sich Jahre später im Westen wieder. Ihre große Verwandtschaft war zum Teil verschollen oder vermisst. Und nun, nach so vielen Jahren, las sie in der Zeitung ihren Familiennamen und den Namen einer tot geglaubten Nichte. Sie wurde sofort aktiv. Es gelang ihr, deren Telefonnummer zu erhalten. Mit klopfendem Herzen erfolgte der erste Anruf. Es stellte sich heraus, dass dieses, 1943 geborene, verlorene gegangene Kind die Tochter ihrer auf der Flucht gestorbenen Kusine war. Dieses damals eineinhalb Jahre alte Kind war nun eine Frau von 67 Jahren, die von ihrer Familie überhaupt nichts wusste und ihr Leben lang sehr darunter litt. Es durchfuhr eine schwere Odyssee in den vergangenen Jahrzehnten. Kinderheim unter den Russen, Kinderheim in der DDR. Ein fremdes Küken im Nest, das fünfte Rad am Wagen und nicht zuletzt die billige Arbeitskraft. Sie suchte ihre Verwandten, aber die Grenzen der DDR waren dicht. Zwanzig Jahre sind nun nach dem Fall der Mauer vergangen. Sie ist zwischenzeitlich nach Hamburg umgezogen und wurde Mitglied im Masurenverein, um wenigstens ein Stückchen Identität zu erleben. Wie es der Zufall dann wollte, im Heimatblatt dieses Vereins las Gertrud Kluczik den Namen ihrer Nichte. Im März erfolgte das erste Zusammentreffen in Frankfurt. Tante Gertrud hatte dann für ihre Nichte eine große Überraschung. Der Vater des Mädchens hatte in Westdeutschland noch einmal geheiratet und 1950 wurde ein Halbbruder geboren, der heute in Heidelberg lebt. Da stand nun ein fremder Mann, aber was für eine Freude bei Adelgunde und Rainer. Die Geschwister fielen sich in die Arme. Es war Geschwisterliebe auf den

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 23. April, 18.45, Phoenix: Taxi nach Königsberg. Reportage.
Sonntag, 24. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 24. April, 13 Uhr, Phoenix: 100 Jahre – Der Countdown. Hitler an der Macht.
Sonntag, 24. April, 18.10 Uhr, RBB: Ostern in Ostpreußen.
Montag, 25. April, 17.30 Uhr, 3sat: Auf Jesu Spuren im Heiligen Land.
Montag, 25. April, 20.05 Uhr, N24: Das Hitler-Tonband.
Dienstag, 26. April, 20.15 Uhr, Arte: Tschernobyl forever.
Dienstag, 26. April, 22.10 Uhr, Arte: Tschernobyl und Europa.
Dienstag, 26. April, 23.15 Uhr, 3sat: Verstrahlt und vergessen. Doku.
Dienstag, 26. April, 21 Uhr, Phoenix: Mythos Gorbatschow.
Mittwoch, 27. April, 12.30 Uhr, RBB: Die Germanen.
Mittwoch, 27. April, 20.15 Uhr, Arte: Nürnberg. Die Prozesse (1/2). 21.10 Uhr, (2/2).
Donnerstag, 28. April, 20.05 Uhr, N24: Hitlers Atlantikwall.
Donnerstag, 28. April, 22.45 Uhr, RBB: Als der Osten noch Heimat war: Westpreußen.
Freitag, 29. April, 16.15 Uhr, Phoenix: Napoleon – Glanz und Ende eines Kaisers.
Freitag, 28. April, 20.15 Uhr, EinsPlus: Mythos Ostsee.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 18

Engelland, Gerda, geb. **Stannies**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 11, 19374 Friedrichsruhe, am 26. April

Feuersänger, H.-Joachim, aus Goldap, Wilhelmstraße 20, jetzt Puschkinallee 95, 16540 Hohen Neuendorf, am 28. April

Gotzeina, Heinz, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, jetzt Sehringer Straße 3, 79379 Müllheim, am 19. April

Grabhorn, Edelgard, geb. **Boehm**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Bramheide 61, 28757 Bremen, am 26. April

Heinecke, Renate, geb. **Dombrowski**, aus Sieden, Kreis Lyck, jetzt Thälmannring 46, 99518 Bad Sulza, am 29. April

Hennig, Gerda, geb. **Schmidt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Postwald 6, 22926 Ahrensburg, am 30. April

Herrmann, Erika, geb. **Wiese**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Elisabeth-Selbert-Straße 30, 47445 Moers, am 28. April

Ilsinitz, Lieselotte, geb. **Kappus**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, Flensburger Straße 37, 52117 Bonn, am 27. April

Janz, Erwin, aus Jägershof, Kreis Elchniederung, jetzt Parallelstraße 66, 66538 Neunkirchen, am 1. Mai

Jutka, Siegfried, aus Lyck, jetzt Helfer Straße 24, 58099 Hagen, am 30. April

Katzmarzik, Reinhold, aus Windau, Kreis Neidenburg, jetzt Lerchenweg 46, 21435 Stelle, am 15. April

Kluck, Gerda, geb. **Wellsand**, aus Stobingen, Colm, Kreis Wehlau, jetzt Ostlandstraße 21, 49661 Cloppenburg, am 25. April

Konoppa, Walter, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, jetzt Beyersche Burg 4, 31137 Hildesheim, am 16. April

Kowalewski, Kurt, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Moordamm 78, 25474 Ellerbek, am 25. April

Kronmiller, Waltraud, geb. **Zywietz**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt Bismarckstraße 26/2, 74348 Lauffen, am 18. April

Maurer, Lothar, aus Angerapp, jetzt Auf dem Kalk 17, 34466 Wolfhagen, am 28. April

Möller, Waltraud, geb. **Willamowski**, aus Struben, Kreis Neidenburg, jetzt Riesebusch 2, Wohnung 66, 23611 Bad Schwartau, am 11. April

Müller, Inge, geb. **Schablowski**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Friedhofstraße 18, 67166 Otterstadt, am 28. April

Müller, Max, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Witzlebenstraße 82, 29223 Celle, am 25. April

Obalicha, Christel, geb. **Dalchau**, aus Neusorge / Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Hermann-Matern-Straße 7, 18569 Gingst, am 30. April

Olschewski, Johanna, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Lübecker Straße 9, Senioreninsel, 39124 Magdeburg, am 25. April

Opalka, Edith, geb. **Hecht**, aus Schuttschenhofen, Kreis Neidenburg, jetzt An der Gertrudenau 6, 45701 Herten, am 30. April

Opiolla, Otto, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Nienhofstraße 25, 45894 Gelsenkirchen, am 30. April

Preuß, Eva, geb. **Schulz** , aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, jetzt Fuldastraße 7, 40822 Mettmann, am 13. April

Raffel, Brigitte, geb. **Thiel-Reichert**, aus Albrechtshöfen / Königsberg, jetzt Dibberser Mühlenweg 89, 21244 Buchholz, am 13. April

Riederer-Herdtfelder, Gisela, geb. **Herdtfelder**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Martin-Luther-Straße 25, 71332 Waiblingen, am 28. April

Rieswick, Elly, geb. **Rehberg**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Reverts Esch 30, 46342 Velen-Ramsdorf, am 24. April

Schiffers, Irmgard, geb. **Lawischus**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, jetzt Alt Breinig 54, 52223 Stolberg, am 25. April

Schüring, Gertrud, geb. **Rogalski**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Hünxer Straße 8, 46569 Hünxe, am 29. April

Taraschewski, Hildegard, geb. **Zielinski**, aus Wachau, Kreis Sensburg, jetzt Sandheider Straße 60, 40699 Erkrath, am 29. April

Tomaschewski, Georg, aus Neidenburg, jetzt Blankenburgerstraße 128, 13156 Berlin, am 1. April

Wenzlawski, Kurt, aus Neidenburg, jetzt Rosenstraße 4, 30916 Isernhagen, am 29. April

Wolf, Pauline, geb. **Wenskat**, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, jetzt Schrödersweg 4, 22453 Hamburg, am 26. April

Ziemba, Horst, aus Lyck, Abbau Funk, jetzt Am Kalkofen 8, 42115 Wuppertal, am 27. April

Zipkat, Manfred, aus Königsberg, jetzt Schöneberger Straße 1, 40789 Monheim, am 15. April

Zock, Rosemarie, geb. **Speer**, aus Neusorge / Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Seniorenzentrum, Zur Alten Windmühle 5, 32351 Stemwede, am 29. April



Reitz, Wilhelm, und Frau Ruth-Lilli, geb. **Liedtke**, aus Stolzenburg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Herrengraben 3, 61169 Friedberg, am 18. April

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

ersten Blick. Bei der Tante in Frankfurt erlebten sie schöne, harmonische Tage. Die Geschwister planen eine Ostpreußenreise und in einigen Wochen geht es los. Die Tante ist überglücklich und sagt: „Wunder gibt es immer wieder.“ Nach diesem ergreifenden Bericht folgte eine rege Aussprache bis zum Ende des Nachmittags.

Gießen – Freitag, 13. Mai, 15 Uhr, Kongreßhalle Gießen, Mohrunger Stube: Treffen der Gruppe mit einem **Dia-Vortrag von Viktor Kastenmayer** über seine Reise nach Indien. Kamele, Tiger, Buddha und das Grabmal Taj Mahal wird er den Gästen nahebringen. – Beim Monatstreffen im März begrüßte die erste Vorsitzende Erika Schmidt eine voll besetzte Mohrunger Stube. Es war auch ein besonderer Kaffeenachmittag. Es gab Apfelkuchen und auf jedem Platz lag dazu noch ein Apfel. Der folgende Dia-Vortrag der Referentin Karla Weyland führte die Anwesenden mit dem Thema „Der Apfel – vom Garten Eden bis zur Bratröhre“ in das prähistorische Zeitalter. Woher kommt das Geschenk Gottes? Laut Almanach kommt der Apfel aus dem asiatischen Bereich. Die Bilder zeigten die biblischen Darstellungen von Adam und Eva im Garten Eden beim Sündenfall mit dem Apfelbaum und der Schlange. Radierungen und Zeichnungen alter Meister, Kirchenfenster, dazu die ausgiebigen Erläuterungen der Referentin. Zum Übergang in die Neuzeit sahen die Gäste Bilder mit blühenden Apfelbäumen, der Erntezeit und den Apfel in der Bratröhre. Weitere Verwendung findet er in Form von Apfelbrei, Apfelgelee und dem hessischen Apfelwein. Der Vortrag wurde mit einer Reihe von Dias abgerundet, welche die Länder dem Apfel gewidmet haben. – Das Apriltreffen war österlich ausgefüllt mit Kaffeetrinken und frisch gebackenen Waffeln mit Sauerkirschen. Die Vorsitzende Erika Schmidt referierte über den 1874 in Heiligenbeil geborenen Richard Schirrmann. Er schuf das weltweit bekannte und praktizierte Jugendherbergswerk. Schirrmanns Ziel war die Bildung des Menschen in Verständigung der Völker untereinander. Durch sein Werk ist das gesteckte Ziel in Erfüllung gegangen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 27. April, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant Braunschweig, Jasperallee: Treffen der Gruppe. Andreas Hartmann trägt eine bunte Mischung unterschiedlicher, heiterer und amüsanter Geschichten vor. – Vom 28. bis 29. Mai fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Abfahrt am 28. Mai, 6.30 Uhr, ab Braunschweig. Rückankunft am 19. Mai um zirka 20.30 Uhr in Braunschweig. Preis pro Person 129 Euro, EZ-Zuschlag 18 Euro. 1 Übernachtung mit Halbpension im Hotel Quality in Gotha. Weitere Informationen und Anmeldung bei Horst Neumann, Telefon (0531) 338640. Es sind noch Plätze frei. Für Rückfragen steht Gudrun Stein, Meißenstraße 102, 38124 Braunschweig, Telefon (0531) 681780, zur Verfügung.

Helmstedt – Donnerstag, 12. Mai, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe. Informationen erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Oldenburg – Bericht über die Versammlung am 13. April. Die Bewohner von Ostpreußen standen im Mittelpunkt des Vortrags von Prof. Dr. Wolfgang Rudzio. Er erläuterte anhand von Karten und Schaubildern das kontinuierliche Wachsen der Bevölkerung von den Pruzzen, ihre Verschmelzung mit bäuerlichen Siedlern aus dem Westen bis hin zu den Einwanderungen der Litauer, Masowier und den Glaubensflüchtlingen im 17. und 18. Jahrhundert. Eine gemeinsame Volksgemeinschaft war bis ins 20. Jahrhundert entstanden, die mit Tüchtigkeit, Fähigkeit und Toleranz ein Land besiedelte und nutzte, das sie freiwillig nie verlassen hätte. Dr. Rudzio erwies sich als kompetenter Redner, der viele Zusammenhänge besser verdeutlichte als viele Bücher. Im Mai ist gemeinsam mit dem BdV Kreisverband Oldenburg-Stadt ein Halbtagesausflug zum Museum des Heimatkreises Stuhm, Westpreußen, in Bremervörde (11. Mai) geplant.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 2. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 5. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Dülken – Sonnabend, 30. April, 15 Uhr, „Dülkener Hof“, Lange Straße 54: Frühjahrsversammlung. Für ein Kaffeegedeck erbitten wir 4 Euro pro Person. Auf der Tagesordnung stehen Rechenschafts- und Kassenbericht, Vorstandswahl und eine Bilddokumentation über die letzten Jahrzehnte der Ortsgruppe Dülken. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Düsseldorf – Mittwoch, 11. Mai, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzraum / Eichendorffsaal: Ausstellungseröffnung „Es betrifft Dich! – Gegen Extremismus in Deutschland“. – Freitag, 13. Mai, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch.

Gütersloh – 30. April, 20.30 Uhr, Einlass ab 20 Uhr, Landhaus Heitmann, Gütersloher Straße 63, Herzebrock-Clarholz: Tanz in den Mai. Eintritt 9 Euro, für Mitglieder 6 Euro. Es besteht keine Übernachtungsmöglichkeit im Haus. Kartenreservierung unter Telefon (05241) 702919 oder (05241) 29211, www.jagalla.info – Montag, 9. Mai, 15-17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. – Donnerstag, 12. Mai, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9, 33330 Gütersloh: Treffen der Frauengruppe. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Haltern – Donnerstag, 5. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Kolpingtreff: Monatsversammlung der Gruppe.

Köln – Dienstag, 3. Mai, 14 Uhr, Kolpinghotel International, Helenenstraße/St. Apernstraße: Heimattreffen der Gruppe. Rückblick auf Ostern und Tafelrunde, Vorschau auf den Muttertag. Das Hauptthema wird sein „Wie wird ein ostpreußischer Bowke vom Schreiberling (Maler mit Worten) zum Maler?“ Die Veranstaltung findet unter besonderer Zusammenarbeit mit dem Bilder-CD-Freund Herrn Donder statt. Es wird eine Augenweide und ein heimatlich positives Kaleidoskop sein. – Die Gruppe fährt gemeinsam mit der Leverkusener Gruppe zum Deutschlandtreffen und hofft auf rege Beteiligung. Ab Juli trifft die Gruppe sich jeden dritten Dienstag im Monat im Bürgerhaus Deutz in der Tempelstraße.

Leverkusen – Sonnabend, 7. Mai: Die Kreisgruppe feiert im Bergischen Land ihr traditionelles Blumenfest mit Wahl der Blumenkönigin nach uraltem heimatlichen Brauch. Vorbereitet ist ein abwechslungsreiches, fröhliches Programm mit Liedern, Spielen, Tänzen aus der Romantik durch unsere Kulturgruppen. Anmeldungen ab sofort bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Wesel – Frühlingsfest! Der Frühling zieht draußen in der Natur unaufhaltsam ein. Der erste Vorsitzende Paul Sobotta von der Landsmannschaft Ostpreußen/Westpreußen, Kreisgruppe Wesel, konnte eine stattliche Zahl von Landsleuten und Heimatfreunden in der auf Frühling ausstaffierten Heimatstube begrüßen. Er schilderte das Frühlingserwachen und alles, was sich darum bewegt, in der angestammten Heimat. Der Sing- und Mundharmonikakreis gab mit seinen Darbietungen den richtigen Ton und Wort zum Frühlingsgeschehen an. Unter den vorgetragenen Frühlingsbräuchen empfahl Waltraut Koslowski eine ostpreußische Gesichtskosmetik mit Poggenlaich (Froschlaich) in der Frühlingssonne, die alle „Frühlingserwacher“ hell begeisterte. So eine Reise in das Frühlingsgeschehen macht hungrig. Die Frauen vom Singkreis luden dann zum traditionellen Grützwurstessen, Krakauer und Krautsalat mit Brotbeilagen ein. Das Frühlingsfest endete mit einem gemütlichen Beisammensein.



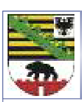
RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Reise in das Ermland und Masuren 2011. Eine 12-tägige Busreise vom Mittwoch, den 27. Juli bis Sonntag, den 7. August 2011. Programm: zwei Tage Zwischenübernachtung in Pommern bzw. Posen, drei Tage Frauenburg und sechs Tage Heilsberg. Leistungen: 11 x Halbpension, Führung Marienburg, Freizeit auf der Frischen Nehrung, Schiffausflug über die Rollberge nach Elbing, Gottesdienst im Dom zu Frauenburg und Fahrt über Braunsberg, Mehlsack, Wormditt, Crossen, Migehnen nach Heilsberg. Freier Tag in Heilsberg. Wallfahrt nach Springborn mit Gottesdienst. Masurenausflug mit Stakenfahrt auf der Krutinna und Schiffsausflug Ruciane Nida nach Nikolaiken. Rundfahrt über Seeburg, Lautern, Heiligelinde, Rößel, Santoppen, Bischofstein, Kiwitten und Heilsberg. Rundfahrt Reichenberg, Guttstadt, Allenstein, Dietrichswalde (mit Marienlob) und zurück nach Heilsberg. Auf der Heimreise besuchen wir die Stadt Thorn. Preis: 880 Euro und 110 Euro EZ- Zuschlag. Fahrtroute mit Zusteigemöglichkeiten: Simmern, Koblenz, Bonn Hbf, Köln Hbf (Breslauer Platz) und nach Abstimmung an den Raststätten der Autobahnen A1, A2 und A10 (Michendorf). Übernachtungsmöglichkeiten am Bahnhof Koblenz und im Hotel Waldesrand an der Autobahnausfahrt A2, Herdorf Ost, dort hält in Absprache auch der Bus. Organisation, Anmeldung und Reiseleitung: Peter Teschner, Leipzigerstr. 10, 56075 Koblenz, Tel. 0261/53947, E-Mail: teschner.peter@arcor.de Bitte umgehend anmelden!

Kaiserslautern – Sonnabend, 7. Mai, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzernstraße 20: Treffen der Gruppe.

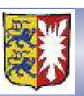
Mainz – Jeden Freitag, ab 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz, trifft sich die Gruppe zum Kartenspielen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Magdeburg – Freitag, 6. Mai, 16 Uhr, TUS: Singproben des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bosau – „Lenz“ in der Dunkerschen Kate. In der Osterwoche stellt die Arbeitsgemeinschaft „HILFE für EUCH“, Kiel, vom 21. bis 25. April in der Dunkerschen Kate Handarbeiten aus, die in Ostpreußen gefertigt wurden. In einem Hilfe-zur-Selbsthilfe-Projekt unterstützt sie seit 26 Jahren Frauen und ihre Familien, indem sie ihnen Möglichkeit gibt, Handarbeiten zu fertigen, die auf Ausstellungen im norddeutschen Raum zum Verkauf angeboten werden. Die vorbereiteten Hand-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

arbeiten werden den Frauen auf Versorgungsfahrten, die die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft mehrmals im Jahr unternehmen, gebracht, und fertige wieder mitgenommen. Die Mitglieder arbeiten ausnahmslos ehrenamtlich. Der Erlös aus den Ausstellungen geht vollständig an die Frauen und ihre Familien sowie mehrere Hundert weitere Bedürftige, die die Arbeitsgemeinschaft seit fast drei Jahrzehnten unterstützt. Angeboten werden Wohnaccessoires wie Decken und Kissen, Bänder und Borten in guter Qualität und Verarbeitung, Praktisches und Schönes für Küche und Bad, hochwertige Weißstickerei und filigrane Filethäkelei, darüber hinaus handgestrickte Socken und gute Damen- und Kinderkleidung sowie viele Geschenkartikel. Als kulinarische Köstlichkeiten kann man selbstgemachten Bärenfang, Honig aus Ostpreußen oder Marzipankonfekt erwerben. Wer sich die sehenswerte Ausstellung ansehen und sich über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft unterrichten möchte, kann dies in der Osterwoche tun. Die Ausstellung ist geöffnet von Gründonnerstag, 21. April, bis Ostermontag, 25. April 2011, jeweils von 11 bis 18 Uhr.

Burg/Fehmarn – Monatstreffen der Landsmannschaft. Das letzte Treffen der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig, Gruppe Burg / Fehmarn vor der Sommerpause, das unter dem Motto „Vorträge, gemeinsames Singen und Klönen“ steht, findet am 10. Mai 2011 um 15 Uhr im „Haus im Stadtpark“ statt. Gäste sind herzlich willkommen. Das erste Treffen nach der Sommerpause findet am 13. September statt. Einzelheiten werden noch bekannt gegeben.

Mölln – Mittwoch, 27. April, 15 Uhr, Quellenhof Mölln: Frühlingssingen bei den Ostpreußen. Die Gruppe lädt alle Mitglieder und Freunde der LO ein. Der Gesangspädagoge Günther Marschke wird die Gäste mit Gesang und Klavierspiel erfreuen. Er bringt auch Liedermappen mit, so dass zu seiner Klavierbegleitung gemeinsam gesungen werden kann. Außerdem wird die erste Vorsitzende Irmingard Alex Gedichte und Geschichten vortragen. Über eine zahlreiche Beteiligung an diesem Beisammensein würde sich die Landsmannschaft sehr freuen.

Schlossgeschichten in Ratingen

Schlossgeschichten. Adel in Schlesien vom 8. Mai 2011 bis 8. Januar 2012

Die Stiftung Haus Oberschlesien lädt ein zur Eröffnung einer großen Sonderausstellung, gefördert durch die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Angelica Schwall-Düren in das Oktogon vom Haus Oberschlesien, Bahnhofstraße 71, 40883 Ratingen. Aufgrund großen Zuspruchs ist eine Anmeldung mit Anzahl der Gäste bis zum 1. Mai per Telefon unter (02102) 965 58, per Fax an (02102) 965400 oder per Email an adel@oslm.de erforderlich. Die Anmeldungen werden nach zeitlichem Eingang bearbeitet.

Die Ausstellung zeigt die Welt des schlesischen Adels, die vielfältig schillernd, mal märchenhaft, mal streitbar war. Nähere Informationen im Internet unter www.oslm.de

Aus den Heimatkreisen

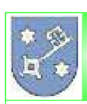
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.de.

Busreise ins nördliche Ostpreußen, Kurische Nehrung, Litauen und Masuren. Die Kreisgemeinschaft Angerapp führt in der Zeit vom 28. Juli bis 7. August wieder eine 11-tägige Reise in das nördliche Ostpreußen durch. Das Programm beinhaltet unter anderem Folgendes: Reiseroute Ahrensburg-Berlin-Köstrin (Grenzübergang), Weiterfahrt zur ersten Übernachtung in Posten, danach über Thorn, Osterode, Allenstein, Gutstadt, Heilsberg über die polnisch-russische Grenze nach Insterburg/Gumbinnen für 3 Übernachtungen. Von dort werden Fahrten nach Angerapp, Trakehnen, Weedern und so weiter durchgeführt. Zur Kurischen Nehrung nach Nidden (Litauen) für zwei Übernachtungen geht es über die Königin-Luise-Brücke nach Tilsit und Memel. Von Nidden geht es nach Masuren für zwei Übernachtungen in Lötzen oder Sensburg. Ausflüge nach Nikolaiken, dem Venedig Masurens, Besuch der Wallfahrtskirche Heilige Linde und andere sieht das Programm ebenfalls vor. Die letzte Übernachtung findet im Raum Danzig/Stettin statt. Es sind nur wenige freie Plätze im Bus vorhanden. Für diese Reise ist unbedingt ein Reisepass erforderlich. Anmeldungen sind bis zum 30. April möglich. Informationen und Auskunft erteilt Edeltraut Mai, Telefon (04102) 823300.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Einladung zur Kreistagssitzung. Die erste Sitzung unseres neugewählten Kreistages findet anlässlich des Deutschlandtreffens der Ostpreußen (gleichzeitig unser Hauptkreistreffen) am Sonnabend, 28. Mai, um 9 Uhr im Evangelischen Augustinerkloster, Augustinerstraße 10, in 99084 Erfurt statt. Dazu sind alle Kreistagsmitglieder, Mitglieder des Ältestenrates und stellvertretenden Kirchspielvertreter herzlich eingeladen. Wichtigster Tagesordnungspunkt wird die Wahl des Vorstandes und des Beirates sein. Die genaue Tagesordnung geht allen aktiven Mitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung zu.

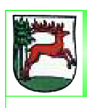




MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: Lothar.Graef@live.de. MHN-Änderungen: Marlene Wölk, Nachtigallenweg 3, 38820 Halberstadt. Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Telefon und Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon und Fax (04122) 55079.

28. bis 29. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. Nähere Informationen bitte unter www.ostpreussen.de oder beim Kreisvertreter anfordern.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357391, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Ortelsburger auf neuen Wegen
Auf dem diesjährigen Kreistag der Kreisgemeinschaft Ortelsburg wurde unter Leitung ihres Vorsitzenden Dieter Chilla im Kulturzentrum der Stadt Herne deutlich, dass die Kreisgemeinschaft neue Zukunftsperspektiven entwickelt hat. Herne ist seit Jahrzehnten Patenstadt der Kreisgemeinschaft, die über 8000 Mitglieder im In- und Ausland umfasst. Seit 1945 trägt Ortelsburg den Namen Szczytno. Ursprünglich wurde die Kreisgemeinschaft als Selbsthilfeorganisation von jenen Menschen gegründet, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus der südostpreußischen Kleinstadt in den Westen kamen. Herne bot sich als Patenstadt an: Immerhin hatten nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als die Hälfte seiner Einwohner Wurzeln im südlichen Ostpreußen. Die etwa 50 erschienenen Mitglieder des Kreistages sehen vor allem in der Zusammenarbeit zwischen dem polnischen und deutschen Volk eine bedeutende Zukunftsaufgabe. Dieter Chilla: „Polen und Deutsche sind wie kaum ein anderes Volk in Europa miteinander verwandt. Sie können Vorbildwirkung im Rahmen der EU haben.“ – Alfred Olbrisch stellte Neuerungen auf der mittlerweile 500 Seiten umfassenden Homepage der Kreisgemeinschaft vor und machte deutlich, welche Bedeutung die dort gesammelten Ortsverzeichnisse der Ortelsburger Dörfer für die Familienforschung gewonnen haben: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Im Mittelpunkt der Vereinsarbeit soll weiterhin der Mensch stehen: Auch in den vergangenen Jahren hat die Kreisgemeinschaft die Sozialhilfestation Lazarus personell und finanziell in erheblichem Umfang unterstützt. Lazarus betreut vor allem ältere kranke Menschen im Landkreis Szczytno medizinisch. Außerdem wurden im letzten Herbst (wie in jedem Jahr seit 1991) an knapp 200 alte Menschen Zuwendungen aus Spendengeldern ausgezahlt. Hans Napierski, Geschäftsführer der Kreisgemeinschaft: „Wir dürfen nicht übersehen, dass in diesem Teil der Region gerade unter den Alten zum Teil noch bittere Armut herrscht. Unsere Spende hilft so manchem, die Kohlen für den Winter zu bezahlen.“ Neben dem sozialen Engagement soll verstärkt die Kulturarbeit im Zentrum der Aktivitäten stehen. Die Kreisgemeinschaft plant in Zusammenarbeit mit Archiven der Ruhrgebietsstädte, polnischen historischen Instituten, aber auch unter Rückgriff auf Exponate in der Heimatstube an der Gräffstraße eine Wanderausstellung. Diese Ausstellung soll die Geschichte der Menschen aus dem südlichen Ostpreußen, die Erwerbsmigration in das Ruhrgebiet im Rahmen der Industrialisierung sowie den Zustrom aus dem Osten nach dem letzten Weltkrieg thematisieren. Dieter Chilla: „Die Kreisgemeinschaft hat wie kaum eine andere Einrichtung Zugang zu bisher ungenutztem Quellenmaterial, das Aufschluss über vernachlässigte Kapitel der Geschichte des Ruhrgebiets gibt, zum Beispiel über den Anteil der ostpreußischen Zuwanderer an der Entstehung der hiesigen Arbeiterbewegung.“ Orte der Wanderausstellung sollen zunächst Herne und Szczytno sein.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

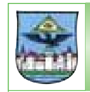
In der Heimatstube der Kreisgemeinschaft in Winsen (Luhe) fand die **Frühjahrs-Kreistagssitzung** statt. Kreisvertreter Michael Gründling konnte dazu fast alle Mitglieder des Kreistages begrüßen, bevor er in seinem Lagebericht über verschiedene aktuelle Punkte informierte, so zum Beispiel über die Ostpreußische Landesvertretung, die *PAZ* und das Ostheim in Bad Pyrmont. Ausführlich wurde über den Haushalt diskutiert und anschließend dem Schatzmeister zusammen mit dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Gründung der Stiftung ist nun nach langem Anlauf endgültig auf den Weg gebracht. Dazu wurden die Vorstands- und Kuratoriumsmitglieder benannt. In den Vorstand wurde Michael Gründling als Kreisvertreter, Dr. Karsten Uffhausen und Heinz-Günter Hubert, in das Kuratorium Dr. Barbara Loeffke, Daniela Wiemer und Norbert Schattauer gewählt. Unserer Geschäftsführerin, Renate Wiese, der für die – wie immer – beispiellos gute Vorbereitung der Sitzung und die Bewirtung ein großes Lob gebührt, berichtete ausführlich über ihre Arbeit. Hier einige Auszüge: Zum Hauptkreistreffen am 12./13. Juni 2010 waren knapp 150 Besucher zu verzeichnen. Leider konnte die Anzahl der Besucher durch die Einladung per Heimatbrief-Sonderausgabe nicht gesteigert werden. Das Treffen, nach drei gemeinsamen Treffen mit dem Kreis Ebenrode nun wieder alleine veranstaltet, ist sehr zur Zufriedenheit verlaufen. Wie immer, wurde wieder gerne die Heimatstube besucht. Auch die öffentliche Kreistagssitzung war gut besucht. Die Teilnehmer der Kinderfreizeit waren in der Heimatstube zu Besuch und wurden von Frau Wiese bewirtet. Sie machte einen ausführlichen Rundgang durch die Räume und beantwortete Fragen. Sehr zeitaufwendig sind grundsätzlich die Vorbereitungen für den neuen Heimatbrief, insbesondere die Erstellung der Toten- und Spendenlisten. Positiv bewertet Frau Wiese, dass der HB 2010 bereits Mitte Dezember die meisten Leser erreichte. Damit ist aber auch

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

wieder viel Arbeit verbunden, weil es spontan zu vielen Telefonaten kommt, in denen Fragen, Wünsche, Berichtigungen und Material-Bestellungen kundgetan werden. Fehldrucke des Heimatbriefes und des Bands 7 der Chronik sind durch die Druckereien und durch die Geschäftsstelle inzwischen behoben, waren aber eine nicht zu unterschätzende Mehrarbeit. Frau Wiese bittet die mit Fehldrucken belieferten Landsleute auf diesem Wege nochmals um Entschuldigung! Am 25. November 2010 war eine Heimatgruppe aus Sittensen zu Gast in der Heimatstube. Frau Wiese berichtete über die Arbeit der Kreisgemeinschaft, machte eine Führung durch die Heimatstube und ließ den Besuch mit Kaffee und Kuchen ausklingen. Am 10. Dezember fand ein Gespräch mit dem Museumsdirektor des „Freilichtmuseums am Kiekeberg“, Prof. Dr. Rolf Wiese, statt. Er bekundet seit langer Zeit Interesse an Ausstellungsstücken für eine spezielle Ausstellung am Kiekeberg, die sich um die Besiedlung des Kreises Harburg durch die nach dem Krieg in den Kreis Harburg einströmenden Ostflüchtlinge beschäftigt. Im Anschluss fand eine Vorstandssitzung und am Nachmittag die Adventsfeier mit vielen Gästen, den helfenden Händen der Kreisgemeinschaft, statt. Frau Wiese hat es sich auch zur Pflicht gemacht, alljährlich eine „Weihnachtsrunde“ durch das Rathaus und Kreishaus in Winsen (Luhe) zu machen, um sich bei den „helfenden Händen“ zu bedanken, die an der Adventsfeier nicht teilnehmen konnten. Renate Wieses Geschäftsführerbericht endete unter anderem mit dem Satz: „Ich habe an dieser Stelle überlegt, ob ich noch einmal etwas zu der Vielzahl von Aufgaben sage, die von mir erledigt werden. Doch davon möchte ich Abstand nehmen!“ Hierzu sei gesagt, dass die regulären Aufgaben der Geschäftsführerin so vielfältig und teils sehr zeitaufwendig sind. Daneben fallen aber oft auch zufällige, nicht geplante Sonderaufgaben an, die die Arbeitszeit sprengen. Auch kraftvoller, körperlicher Einsatz ist dabei nicht zu vermeiden, denn Papier ist schwer. An dieser Stelle nochmals ein ganz dickes Dankeschön an unsere Geschäftsführerin, Renate Wiese, für ihre umsichtige, stets korrekte und aufopfernde Bereitschaft, die Geschicke der Kreisgemeinschaft zu führen! Im Verlauf der Sitzung wurde auch das Hauptkreistreffen durchplant. Es findet vom 9. bis 10. Juli in der Stadthalle Winsen (Luhe) statt. Der Vorstand hofft, zahlreiche Besucher begrüßen zu können. Die diesjährige Busrundreise durch Ostpreußen vom 8. bis 19. Mai ist bereits seit Anfang des Jahres ausgebucht. Reiseleiter Jörg Heidenreich berichtet, dass ihm für die Busreise vom 14. bis 26. Mai 2012 bereits zehn feste Anmeldungen vorliegen. Der Chronist, Martin Kunst, nennt in seinem Bericht folgende Schwerpunkte seiner Arbeit, die sich neben den noch zu erstellenden Kirchspielchroniken ergeben haben: Familienforschung – dazu häufige Suche und Auskünfte für ortsfremde Forscher mit Fragen zu ehemaligen Familiennamen im Kreis Schlossberg, Nachforschung zu Vermissten aus dem Kreis Schlossberg, Aufbau des Pillkallen-Portals **http:wiki-de.generalogy.net / Portal: Pillkallen**, Kontakte zu externen Personen und Stellen halten, aufbauen und pflegen. Jugendvertreter Norbert Schattauer berichtete über die Jugend- und Kinderfreizeit 2010 und nannte den neuen Termin für die Kinderfreizeit vom 10. bis 23. Juli 2011 in der Jugendherberge Otterndorf. Beim Schützenfest in Winsen (Luhe) wird am Sonntag, 28. August, auch wieder der Pillkaller König ausgeschossen. Dazu lädt die Kreisgemeinschaft herzlich ein! Es sei nochmals an das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in der Messe Erfurt vom 28. bis 29. Mai erinnert, wo die Kreisgemeinschaft in Halle 2 an ihrem Stand gerne Gäste begrüßen möchte.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Kreistagswahl. Beim Hauptkreistreffen mit Mitgliederversammlung am 22. Oktober wird ein neuer Kreistag gewählt. Vier Jahre sind seit der Mitgliederversammlung in Lüneburg vergangen. Dort wählte die Kreisgemeinschaft letztmalig die Mandatsträger, die Mitglieder des Kreistages der Kreisgemeinschaft. Die Amtszeit läuft 2011 aus, so dass die Mitgliederversammlung einen neuen Kreistag mit all seinen Untergliederungen neu wählen muss. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit lädt daher recht herzlich zum Hauptkreistreffen und zur Mitgliederversammlung ins Hotel Krone, Heiligengeiststraße 39 bis 41, 21316 Lüneburg, ein. Programm und Tagesordnung: 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Bläser der Jägerschaft Lüneburg. Eröffnung und Begrüßung durch den Heimatkreisvertreter. Totenehrung, Grußworte der Stadt Lüneburg. Bläsergruppe der Jägerschaft Lüneburg, Lesung Betty Römer-Götzelmann. 11.30 bis 13 Uhr Mittagspause, 13 Uhr Vorbereitung der Mitgliederversammlung, 14 Uhr Eröffnung der Mitgliederversammlung, Bericht des Heimatkreisvertreters über die Arbeit in der abgelaufenen Wahlperiode. Änderung der Satzung: § 3 der Satzung wird wie folgt ergänzt: Neben dem Aufwandsersatz gemäß §§ 27, 670 BGB sind auch Tätigkeitsvergütungen für Vorstandsmitglieder in angemessener Höhe

zulässig. Über die Höhe dieser Tätigkeitsverfügung beschließt der Kreistag. § 9 Der Kreistag besteht aus maximal 21 Mitgliedern (vorher 25 Mitgliedern). § 10 Der Kreisausschuss besteht aus maximal 7 Mitgliedern (vorher 9). § 15/3 Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen an die Landsmannschaft Ostpreußen e.V., die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. **Wahl der Mitglieder zum Kreistag für die Wahlperiode 2011 bis 2015.** Konstituierende Sitzung des neuen Kreistages, gemütliches Beisammensein und Ausklang. Zusätzliche Informationen für Übernachtungen erteilt das Seminaris Hotel Lüneburg, Soltauer Straße 2, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 713530. Das Seminaris Hotel verfügt über sehr gut ausgestattete Einzel- und Doppelzimmer sowie über eine ausgezeichnete Küche. Falls Übernachtung im Seminaris Hotel nicht gewünscht wird, bitte an die Tourist Information der Lüneburger Marketing GmbH, Telefon (04131) 713530, Fax 713634 wenden. Dort ist Informationsmaterial über weitere Unterkünfte und über die Stadt Lüneburg erhältlich.



TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax 3970, e-Mail: iklink@ gmx.de. Stellvertreter: Manfred Bednarzik, Gartenstraße 126, 33397 Rietberg, Telefon (05244) 9275888, E-Mail: m.bednarzik@ versanet.de. Geschäftsführerin: Astrid Welsch, Am Gysenberg 15, 44805 Bochum, Telefon (0234) 8906028, E-Mail: Astrid-Welsch@ web.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Während der letzten **Kreistagssitzung** in der Patenstadt Leverkusen-Opladen wurde in Nachwahl die Kreisvertreterin Irmgard Klink in ihrem Mandat bestätigt. Zum stellvertretenden Kreisvertreter wurde Manfred Bednarzik gewählt, das Amt der Geschäftsführerin nahm Astrid Welsch an. Während der folgenden Arbeitssitzung wurden die Themen: Fahrt zum Deutschlandtreffen nach Erfurt, Fahrt nach Treuburg zur Verteilung der Bruderhilfe, Vorbereitungen zum Kreistreffen am 3. September mit interaktiven Darstellungen zum Jubiläumsfest des vergangenen Jahres, im Eichendorff-Saal des Gerhart-Hauptmann-Hauses in Düsseldorf angesprochen. Verkaufsstände und Brauchtumsgruppen werden das Fest bereichern. Auch Helmut Niederhaus, unser Kreisältester, beabsichtigt, einige Exponate seiner Cadinen-Sammlung auszustellen. Durch das kurzzeitige Ausfallen des Computer Equipments sind leider wichtige Daten nicht präsent gewesen. Hiermit sollen diese nachgereicht werden. Es ist noch zu gratulieren zum: 90-jährigen Geburtstage von Otto Gallmeister am 7. März, geboren in Herzogskirchen, jetzt in Bensheim, Telefon (06251) 848929. Von dieser Stelle die herzlichsten Glükkwünsche nachträglich. Für viele Tätigkeiten in der Kreisgemeinschaft, mit den Treuburgern und für die Treuburger dankt die Gruppe. Allen, die die Gemeinschaft bisher unterstützt und begleitet haben, soll auf diesem Weg gedankt werden. Die Freundschaft zur Heimatstadt Treuburg, der dortigen Kommune und den Bewohnern ist Zeugnis der Lebendigkeit der Kreisgemeinschaft. Der Brückenschlag der Sympathie, geknüpft von Frauen und Männern, die zuvor die Kreisgemeinschaft führten und auch Frauen und Männern, die ganz leise und anonyme Hilfe leisteten, ist ein großes Gut, welches es zu pflegen gilt. Die Kreisgemeinschaft hat es sich auf die Fahne geschrieben, diesen Weg gemeinsam weiter zu gehen. Mit der Patenstadt Leverkusen plant die Gruppe ein gemeinsames Projekt. Eine Ausstellung „Ostpreußische Künstler“ soll als Projekt das kulturelle Leben der Patenstadt bereichern. Der Name Treuburg bestimmt noch heute das Leben vieler Menschen, verteilt auf allen Erdteilen der Welt. Zweimal jährlich versendet die Kreisgemeinschaft kostenlos, gegen Spenden, 4000 Exemplare des „Treuburgeer Heimatbriefes“. Die Kreisgemeinschaft wird ihre ehrenamtliche Tätigkeit weiterführen. Die Kreisgemeinschaft blickt geschlossen und voll Zuversicht in die Zukunft.

Das Wunder von Neuhausen

Der Osterhase brachte außer Eiern eine echte Überraschung

Es war beschlossene Sache, dass wir am Ostersonntag nach Neuhausen fuhren. Wo lag für uns Kinder aus der Königsberger Augustastraße ein Osterparadies so nahe, da es doch nur ein paar Schritte bis zum Kleinbahnhof waren? Dort am Königstor blühte der Faulbaum, und in Neuhausen erwarteten uns Teppiche von weißen Anemonen, Waldränder mit Hasenklee und Waldmeister unter den noch kahlen Buchen.

Auch sollte Onkel Julius zu Besuch kommen. Eigentlich war er gar kein richtiger Onkel, weder verwandt noch verschwägert aber nicht minder geliebt von uns Kindern. Ein vierschrötiger Bär mit einer watteweichen Seele, mit lustigen Augen. Er war nicht verheiratet, und so galt Onkel Julius’ Kinderliebe uns allein, vor allem mir, dem Nesthäkchen, und die bewies er mit süßen Köstlichkeiten, die er aus seinen Manteltaschen hervorzauberte. Deshalb waren wir sehr enttäuscht, als Onkel Julius sich am Ostermorgen einstellte – mit leeren Manteltaschen. Immerhin tröstete die Vorfreude auf die Fahrt nach Neuhausen Tiergarten doch sehr. Und als wir nach dem Mittagessen loszogen, hopste ich quietschfidel an Onkel Julius’ rechter Hand die Königstraße hinunter zum Kleinbahnhof. Dort warteten bereits Onkel Hans und Tante Friedel, entfernte, aber echte Verwandte. Sie hatten auch Osterbesuch, eine etwas ältliche Nichte von Tante Friedel, Beate mit Namen. Ebenfalls ein sanftes Wesen, klein und etwas druggelig. Als Onkel Julius mit seiner Pratze ihre weiche Hand fast zerquetschte, schlug sie verlegen die blond bewimperten Lider zu Boden.

Der Tag strahlte in wahrer Osterlaune. Wir bekamen auch noch im Gasthaus von Eichenkrug Platz, und ich durfte nach Himbeerbrause und Blechkuchen mit meinem Springseil herum hopsen. „Guck mal, da hinter den Eichen kannst schön spielen“, sagte Onkel Julius. „Willst du nicht einmal nachsehen ob der Osterhase vielleicht hier ein Ei versteckt hat?“ dröhnte auf einmal Onkel Julius’ Bass hinter mir. Ich lachte leicht verlegen, es gab doch gar keinen Osterhasen. Sollte ich sicherheitshalber so tun, als ob...?

Onkel Julius tat sehr geheimnisvoll und stocherte in einem Haselbusch herum. Und da geschah es: Aus dem alten Laub sprang ein Hase, ein echter Hase mit Löffelohren und weißem Schwänzchen. Er schlug einen Haken, raste am Grabenrand entlang und jagte dann über einen Acker davon. „Der Osterhase!“ schrie Onkel Julius. „Wenn der man nicht ein Ei...“ Weiter kam er nicht. Er hatte in seiner Aufregung über den nicht geplanten Auftritt eines echten Feldhasen die Wurzel nicht bemerkt, die sich

Das Schokoladenei war platt

heimtückisch unter dem Laub verbarg. Onkel Julius kippte vornüber und klatschte mit seinem Schmerbauch auf das schleifengeschmückte Schokoladenei, das da in einem Nestchen aus Holzwolle lag.

Was wusste ich, dass Onkel Julius Nest und Ei dort heimlich deponiert hatte. Hase und Osterei – in diesem Augenblick glaubte ich wieder steif und fest an den Osterhasen. Diese freudige Erkenntnis wurde leider durch die Tatsache getrübt, dass das Riesenei als plattgedrückte Schokoladenflunder unter Onkels Bauch lag. Stöhnend erhob sich Onkel Julius und begann die Reste des schönsten und größten Ostereis, das ich je gesehen hatte, von seinem guten Anzug abzukratzen. Inzwischen hatte sich der Familienrest dazugesellt. Die Stimmung schwankte zwischen Mitgefühl und Heiterkeit. Ersteres zeigte sich besonders in den blassblauen Augen von Beachen. „Ziehen Sie mal das Jackett aus“, sagte sie, „so können Sie sich ja nicht blicken lassen, nu an Ostern. Ich werd’ das in der Küche saubermachen.“

Onkel Julius gehorchte und entledigte sich des klebrigen Jacketts. Dann hüllte er sich in seinen Mantel und tiefes Schweigen. Das Interesse an Onkel Julius’ Missgeschick flaute ab. Jetzt endlich konnte ich mein Osterhasenerlebnis an die Familie bringen. Und während meines ausführlichen Berichtes wurde mir plötzlich bewusst, was ich verloren hatte. „So ein schönes Osterei“, begann ich zu heulen, „so was habt ihr noch gar nicht gesehen! Und’n ganz, ganz echtes vom richtigen Osterhasen!“ Onkel Julius fand die Sprache wieder. „Heul man nich, Matzchen“, sagte er tröstend, „kriegst ein neues von mir, wenn es auch vielleicht nicht so schön is wie das vom Osterhasen. Aber vielleicht noch größer. Willst eines mit Schmadder oder mit vielen kleinen Eierchen?“ – „Mit Eierchen“, sagte ich und war nun wieder ganz getröstet.

Die Familie wurde langsam unruhig, die Zeit verging, und Beachen kam nicht wieder aus der Krugküche, in der sie verschwunden war. „Ich will euch nicht abhalten, geht man spazieren, wir kommen dann nach!“ sagte Onkel Julius. Nach einigem Hin und Her zogen wir dann alle in Richtung Neuhausen-Dorf ab. „Um sechs Uhr am Zug!“ rief mein Vater dem einsamen, tief in seinen Mantel gehüllten Gast noch zu. Wer um sechs nicht am Bahnhof war, das waren Onkel Julius und das Beachen. Er kam erst kurz vor Mitternacht nach Hause und entschuldigte sich sehr laut und lange. Der Zug sei ihnen vor der Nase weggefahren, der nächste ging erst um neun, und dann hätte er das nette Fräulein Bea anstandshalber nach Hause bringen müssen, und sie wohnte doch auf den Hufen...

Und vier Wochen später erhielten wir eine Verlobungsanzeige. Ja, in Neuhausen geschahen eben noch Wunder! Nicht nur, was echte Osterhasen betraf! *Ruth Geede*

Ein schicksalschweres Leben

Wie Hiob in der Bibel, so verlor Käthe Swiderski alles – Lebensglück erst in späten Jahren

Zwischen Käthe Swiderski und unserer Familie bestand eine lebenslange, enge Verbindung. Käthel, wie wir sie nannten, kam 1934 als Kinderpflegerin zu uns nach Compehnen auf das Gut meiner Eltern, Gert Frhr. von der Goltz und seiner Ehefrau, Ursula, geb. von Heyking.

Käthel hat unsere Kindheit ganz wesentlich geprägt. Meine ältere Schwester, Adele, die 1931 geboren ist, erinnert viele Einzelheiten, die mir nicht mehr alle im Gedächtnis geblieben sind. Wir hatten noch zwei jüngere Geschwister, eine Schwester Almut, 1935 geboren, und einen Bruder Bernd, der 1937 zur Welt kam. So gab es für Käthel, die bis 1938 bei uns blieb, ein reiches Betätigungsfeld. Das hat sie mit viel Freude und Hingabe ausgefüllt. Sie hat uns mit Konsequenz aber auch viel Liebe gelenkt und erzogen.

Käthel spielte viel mit uns, Kinderlieder wurden eingeübt und gesungen. Außerdem gebastelt und die Geschicklichkeit spielerisch erprobt.

Zu Ostern, Weihnachten und bei Geburtstagen fertigte sie Tischdekorationen an, auch wir Kinder wurden zu festlichen Anlässen mit Blumenkränzen geschmückt.

Von ihrer Hand entstanden schönste Strohsterne (noch im hohen Alter hat sie uns zu Weihnachten damit beglückt).

Topfschlagen, Sackhüpfen, Blinde Kuh, Dreh dich nicht um, der Plumpsack geht rum und andere Spiele waren Höhepunkte bei Kinderfesten.

Ihre Mutter, Anna Goerke, war ebenfalls auf unserem Gut beschäftigt. Später führte sie den Haushalt meiner Großmutter väterlicherseits. Käthels Vater, Fritz Goerke, war gleich zu Beginn des ersten Weltkriegs gefallen. Da war sie gerade ein Jahr alt.

Bald nach Beendigung ihrer Tätigkeit bei uns heiratete sie Bertold Swiderski. Der Ehe waren drei Kinder beschert: Peter, Annelore und Rainer. sechs glückliche Ehejahre waren dem jungen Paar vergönnt. Ihr Mann wurde eingezogen und ist aus dem Krieg nicht heimgekehrt.

Auf der Flucht, gemeinsam mit ihrer Mutter, erlebte sie in Danzig „die schwerste Zeit meines Lebens“, wie sie in ihren Erinnerungen „Licht und Schatten“ schreibt. Die Russen hatten die Stadt überrollt. In dem inzwischen entstandenen Flüchtlingschaos fanden sie in dem total überfüllten Danzig keine Bleibe. Hunger und Kälte forderten viele Opfer. Vor allem die katastrophale Unterernährung wurde zu einem großen Problem, nachdem die letzten Vorräte von zu Hause aufgebraucht waren.

Käthel verlor drei Kinder und den Mann im Krieg

In dieser Not lagen die Kinder mit schwerem Durchfall und Fieber darnieder. Am 19. Januar 1945 starb ihr jüngstes Kind, Rainer, Ende April ihr ältester Sohn, Peter, unmittelbar danach auch ihre Tochter, die drei Jahre alt geworden war. Erschütternd ist Käthels Bericht darüber, wie die Kinder in einer zusammengezimmerten Kiste ihre letzte Ruhe fanden und auf dem Friedhof in Danzig-Oliva begraben wurden. Sie schreibt in ihren Erinnerungen: „Es befriedigte mich, dass wir die Kinder zu Gott geführt hatten. Fast mechanisch tat ich danach die mir von den Russen zugewiesenen Arbeiten.“

Lebensbejahend, wie Käthel von Natur aus war, und fest im Glauben, der sie stärkte, fand sie die Kraft weiterzuleben. Sie wollte für ihre Mutter da sein und für ihren Mann, von dessen Tod sie noch nichts wusste. Sie erfuhr es erst später durch den Suchdienst.

Von den Russen gezwungen, nach Ostpreußen zurückzukehren, verbrachte sie in ihrer alten Heimat im Samland noch eine schwere Leidenszeit voll Hunger und Entbehrungen, bis sie im November 1947 in den Westen ausreisen konnten.

Ihre Mutter, Anna Goerke, von uns Anna-Muttel genannt, wohnte dann noch einige Jahre bei unserer Familie und führte uns den Haushalt. Wir waren nach der Flucht auf Gut Bode im Kreis Uelzen / Niedersachsen gelandet. Käthel selbst wurde nach Zwischenaufenthalten im Harz und in Kloster Medingen, wo sie der mit uns eng befreundeten ostpreußische Familie von Negenborn den Haushalt führte, in Bretten/Baden ansässig.

Hier hatte sie sich mit dem Bruder ihres Mannes zusammengefunden, der seine Frau und zwei Kinder in Ostpreußen verloren hatte. Sie waren verhungert.

Käthe und Edmund heirateten 1950. Über 60 Jahre lebte sie in Bretten, das ihr zur zweiten Heimat wurde. 1954 wurde ihnen ein Sohn, Frank, geboren. Frank, übrigens mein Patenkind, entwickelte sich zu aller Freude zu einem tüchtigen, strebsamen jungen Mann.

Die Erziehung im Elternhaus, insbesondere durch seine Mutter, die ihm ein Beispiel und Vorbild war, hat dazu entscheidend beigetragen. So war ihnen noch ein spätes und großes Glück beschert, ein Ausgleich für das unendliche Leid, was der gnadenlose Krieg ihnen zugefügt hatte.

Trost und Segen dank der engen Beziehung zur Enkelin

Nach der Heirat von Frank mit Hayan, einer jungen Chinesin, kam ein Töchterchen, Eva, auf die Welt. Dieses Kind sollte für die Großmutter Käthe ein großer Quell des Segens und der Freude werden. Eva entwickelte eine ganz enge Beziehung zu ihrer Oma, musizierte mit ihr, las ihr vor (nachdem Käthel in ihren letzten Lebensjahren nahezu erblindet war), und nahm viele Anregungen auf, wenn die Großmutter von Ostpreußen erzählte. So entstand der Bericht „Wie der Flammfladen nach China kam“, der in einem der letzten Samland-Briefe veröffentlicht wurde. Eva hat es vermocht. das Leben von Käthel so zu bereichern, dass in ihrem Herzen noch ein spätes helles Licht entstand.

Unsere Familie, das heißt meine Eltern und wir vier Geschwister, hielten die Beziehung nach Bretten über all die Jahre lebendig. Käthel wurde Patentante unserer jüngsten Tochter Catharina. Wir besuchten uns gegenseitig und hielten stets telefonisch den Kontakt aufrecht. Traurige Anlässe zu Besuchen waren auch der Tod von Anna-Muttel (1968) und Edmund, der 1996 mit 88 Jahren verstarb.

In Käthels letzten Lebensjahren war es ihr nicht mehr möglich zu reisen, sodass Besuche nur noch von unserer Seite erfolgten.

Bei unserem letzten Telefonat in diesem Jahr am 18. Januar, als Käthel bereits in dem katholischen Pflegeheim in Bretten war, sprach sie über den bevorstehenden Umzug in ein Altenheim nach Berlin. Frank und Familie leben seit vielen Jahren in Berlin, wo er als Lehrer tätig ist.

Sie freute sich darauf, in der Nähe ihrer Kinder zu sein, wenn ihr auch der Abschied von Bretten nicht leicht geworden wäre. Sie sagte mir aber auch, dass ihr das Leben durch Schmerzen und Schlafprobleme schwer geworden sei. Zum Schluss erwähnte sie in ihrer so positiven Art: „Weißt du, Erikchen, hier im Heim war gestern Gedächtnistraining. Da war ich Spitze!“

Nun mussten wir Abschied von ihr nehmen. Sie starb kurz vor ihrem 98. Geburtstag. Für unsere Familie ist mit ihrem Tod wieder ein Stück Heimat untergegangen. So wie sie für uns ein Kompass in der Kindheit war, so war sie in den langen Jahren in Bretten der gute Geist für die Nachbarschaft und die ganze Siedlung am Goetheweg.

Sie war ein Beispiel an Menschlichkeit und Güte. Sie konnte etwas, was selten ist: Sie gab mehr als sie nahm.

Erik v. d. Goltz

»Neuanfang«

Ausstellung über Flucht und Vertreibung

Was würden Sie mitnehmen, wenn Sie von heute auf morgen Ihre Heimat verlassen müssten?“ Mit dieser Frage konfrontiert die Ausstellung „Flucht und Vertreibung – Neuanfang“ im Ortsmuseum von Hohenlockstedt die Besucherinnen und Besucher. Der Verein für Kultur und Geschichte von Hohenlockstedt e. V., Verwalter dieses Museums, hat nach Aufrufen in der örtlichen Presse viele Exponate aus der Nachkriegszeit 1945–1950 von betroffenen Flüchtlingen und Vertriebenen erhalten, die nun zu einer Ausstellung über die damaligen Geschehnisse und Schicksale zusammengestellt wurden. Neben persönlichen Berichten einzelner Familien über ihre schlimmen Erfahrungen aus damaliger Zeit der Flucht und Vertreibung und ihres Neuanfangs in einer ihnen fremden Region sind auch Gegenstände, gefertigt aus militärischem Material, zu sehen, die für die Bewältigung des elementaren Alltags notwendig waren. Diese Exponate können als stumme Zeugen natürlich den Nachgeborenen nur eine Ahnung vermitteln, womit die Flüchtlinge und Vertriebenen, aber auch die Ansässigen fertig werden mussten. Familien waren auseinandergerissen worden, Angehörige vermisst, der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hatte alle Hände voll zu tun, diese Schicksale so weit wie möglich aufzuklären und die getrennten Familien zusammenzuführen. Wohnraum war knapp, deshalb wurde seine Zwangsbewirtschaftung eingeführt. Die Einheimischen mussten einen Teil ihrer Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Die Einwohnerzahl von Hohenlockstedt zum Beispiel hatte sich 1948 durch den Zustrom der Vertriebenen und Flüchtlinge fast verdreifacht. Der Anteil der Neuankömmlinge aus den deutschen Ostgebieten an der Bevölkerung von Schleswig-Holstein betrug 33 Prozent. Trotz aller Widrigkeiten haben die Vertriebenen und Flüchtlinge nicht resigniert, sondern tatkräftig ihren Neuanfang auf fremdem Boden gewagt. Dazu gehörten insbesondere auch solche, die in ihrer Heimat ein eigenes Gewerbe, eine eigene Firma besessen hatten und nun in Holstein noch einmal von vorn begannen. Auch dieser Neubeginn wird in der Ausstellung dokumentiert, beispielhaft seien die Firmen Pohl-Boskamp (Arzneimittel-Herstellung), die Sturmlaternenfabrik Nier, die KMK-Keramikmanufaktur, die Schlachterei Wermuth erwähnt. Sie boten den vielen Flüchtlingen und Vertriebenen wieder Arbeit und damit Brot und Lohn. Verschiedene Landkarten, tabellarische Übersichten und eine Auswahl an Literatur zu diesem Thema ergänzen die Ausstellung, die bis Mitte Juli 2011 besichtigt werden kann. *Helmar Dorka*



Ausstellungsplakat Bild: Archiv

Den Nachgeborenen das Leben von Flüchtlingen zeigen

Das Museum ist jeden Sonntag von 14 bis 16.30 Uhr geöffnet. Gruppenführungen sind auch außerhalb dieser Öffnungszeit nach vorheriger Vereinbarung bei Achim Jabusch, Telefon (04826) 8327, oder bei Thorsten Mildebrath, Telefon (04826) 683, möglich.

Das wahre göttliche Gesicht

Der Schleier von Manoppello zeigt das Antlitz des lebendigen Jesus – Gedanken zum Osterfest

Ein uralter Traum der Menschheit scheint in Erfüllung gegangen zu sein. Seit jeher fragen sich Menschen: Kann man Gott sehen? Wie sieht wohl das Gesicht seines Sohnes Jesus wirklich aus? Der wiederentdeckte „Schleier von Manoppello" lüftet dieses uralte Geheimnis.

Das Bild zeigt das bärtige Gesicht eines Mannes mit Schläfenlocken, dem die Nase gebrochen wurde. Die rechte Wange ist geschwollen, der Bart teilweise ausgerissen. Stirn und Lippen haben beim näheren Hinsehen das Rosa frisch verheilter Wunden. Unerklärliche Ruhe liegt im Blick der weit geöffneten Augen. Mildes Erbarmen, keine Verzweiflung, kein Schmerz, kein Zorn.

Das Gesicht gleicht dem eines Mannes, der gerade vom Schlaf erwacht ist und in einen neuen Morgen schaut. Sein Mund ist halb geöffnet, seine Zähne sind zu sehen. Alle Proportionen zeigen eins zu eins die Maße eines menschlichen Gesichtes auf dem nur 17 mal 24 Zentimeter großen Tuch aus wertvoller Muschelseide, dem teuersten Stoff der Antike.

Alles nur gemalt? Der hauchdünne Schleier von Manoppello ist durchsichtig wie ein Seidenstrumpf und gleicht eher einem Diapositiv denn einem Gemälde. Doch wie ist das Porträt auf das Tuch gekommen? Lange hat man behauptet, man habe es kunstvoll bemalt, doch das ist unmöglich, denn Muschelseide besteht aus einem sehr harten Material, auf dem keine Farbe der Welt haftet. Die einzige Erklärung, die bleibt: Im Augenblick der Auferstehung Jesu, als dieses Tuch auf seinem Gesicht gelegen hat, erhielt es den Abdruck, den wir heute sehen.

Der Evangelist Johannes, bekannt für seine Detailkenntnisse aus dem Leben Jesu, spricht in seinem Bericht vom leeren Grab Christi von zwei Tüchern (Joh. 20,1–10). Als Petrus und „ein anderer Jünger" am Ostermorgen zum leeren Grab eilten, von dem einige Frauen berichtet hatten, sahen sie dort ein Leinentuch und ein „Tuch, das auf dem Kopf gelegen hatte". Das Leinentuch wird heute als „Grabtuch von Turin" verehrt, weil hier der Gekreuzigte mit all seinen Wunden zu sehen ist. Das vier Meter lange Turiner Tuch ist umfangreich untersucht worden und neueste Untersuchungen bestätigen die Schilderung der Evangelien über die Kreuzigung Jesu bis in kleinste Details. Während Jesus auf dem Turiner Grabtuch mit geschlossenen Augen zu sehen ist, zeigt der Schleier von Manoppello ihn mit geöffneten Augen. Legt man beide Tücher übereinander, so stimmen die biometrischen Daten der beiden Gesichter völlig überein. Das eine Tuch zeigt den toten, das zweite den lebendigen Jesus. Das gesamte Ostergeschehen ist also auf diesen beiden Tüchern zusammengefasst.

Ostergeschehen auf zwei Tüchern

Wie immer gibt es viele Zweifler, wenn es um solche 2000 Jahre alten Gegenstände geht. Schriftliche Belege vom Manoppello-Schleier gibt es immerhin seit 1500 Jahren. Vom 6. bis ins 15. Jahrhundert verehrte es der Kaiser von Byzanz, der einmal im Jahr vor dem heiligen Tuch knien durfte. Danach trug es der Papst in Rom persönlich in öffentlicher Prozession durch die Stadt. In den Wirren des 16. Jahrhunderts verschwand diese wertvolle Reliquie aus Rom. In einem kleinen Bergstädtchen in den italienischen Abruzzen wurde sie im letzten Jahrhundert wiederentdeckt.



Schleier von Manoppello: Nicht von Menschenhand — Bild: academic. ru

Die Trappistin Blandina Schlömer, der Kunsthistoriker und Jesuit Heinrich Pfeiffer und der „Welt"-Journalist Paul Badde haben in den vergangenen Jahren den Schleier von Manoppello untersucht und weltweit bekannt gemacht. Nachdem Papst Benedikt XVI. Baddes Buch über das „Göttliche Gesicht" gelesen hatte, war er davon so fasziniert, dass er am 1. September 2006 das lange verborgene Heiligtum besuchte. Dabei sagte er: „Dies ist ein Ort, an dem wir über das Geheimnis der göttlichen Liebe meditieren können, während wir die Ikone des göttlichen Antlitzes Christi betrachten." Seit 400 Jahren war Benedikt der erste Papst, der wieder vor dem Schleier mit dem Gesicht Jesu kniete.

Wenig später erhob er das Heiligtum auch offiziell zur „kleinen Basilika". Seitdem pilgern Menschen aus der ganzen Welt in den kleinen Ort in den Abruzzen, um das Antlitz des Auferstandenen zu sehen. Darunter auch der Autor mit seiner Familie, der einen ganzen Tag vor dem Tuch verbringen durfte. Der hauchfeine Schleier ist im Hochaltar der Kirche von Manoppello zwischen zwei Glasscheiben aufgehängt, so dass zu verschiedenen Tageszeiten das Licht durch die Seide und das Gesicht Jesu scheint. Dabei wandelt sich der Schleier im Laufe eines Tages ständig. Mal sind Jesu Augen, mal sein Mund, mal seine Wangen zu sehen. Mal scheint das Gesicht goldfarben, dann eher weißlich. Und wenn dann das Evangelium während eines Gottesdienstes vorgelesen wird, in dem Jesus seinen Jünger Petrus fragt: „Liebst du mich?", dann fühlt sich der Hörer direkt vom Auferstandenen angesprochen .

Der Schleier von Manoppello wurde lange das Tuch der „Veronika" genannt. Das ist eine Verballhornung der Worte „La vera Icon" (das wahre Bild). Seit den Anfängen der Christenheit war von einem Bild die Rede, das „nicht von Menschenhand gemacht" sei und das „wahre Gesicht Christi" zeige. Dieses Urbild löste eine Revolution gegenüber dem jüdischen Bilderverbot im 1. Gebot des Moses aus. Denn Christen glauben, dass Gott hier selbst sein Bild den Menschen gegeben hat und sie es daher verehren dürfen.

Brauchen wir so ein Bild zum Glauben? Nein, denn der Glauben entsteht aus dem Hören auf Gottes Wort, schreibt der Apostel Paulus an die Römer. Da aber das Zuhören für uns Menschen so schwierig ist, helfen uns die Bilder, zumal, wenn es um so etwas Zentrales wie die Auferstehung geht. Wenn wir nicht an den Auferstandenen glauben können, wären wir „erbärmlicher dran als alle anderen Menschen" (1 Kor. 15,19), warnt Paulus die Korinther. Der christliche Glaube wäre dann sinnlos, weil mit dem Tod alles aus sein müsste. Doch „Jesus ist auferstanden" fügt der Apostel überzeugt hinzu. „Er ist wahrhaftig auferstanden", sagt der Gläubige heute. *Hinrich E. Bues*

Grenzenloser Himmel

Kulturzentrum Ostpreußen mit neuer Rauminstallation

Grenzenloser Himmel über uns" – einen ganz neuen Weg eines Kunstprojektes präsentiert das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Die nun eröffnete Ausstellung „lebt" und wird ständig erweitert. „Mit dieser Sonderausstellung wollen wir einen ganz neuen, einen ganz modernen Weg gehen", sagt der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg. Seit 2009 laufen die Vorbereitungen für die direkte Übertragung der mehrteiligen Rauminstallation auf die Internetseite www.grenzenloser-himmel.de.

„Sie sind nur einen Mausklick weit weg", betonte Freyberg, der neben der Sozialwissenschaftlerin und Künstlerin Monika Drach auch Klaus Weigelt, den Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Königsberg, Rainer Claaßen vom Bund Junges Ostpreußen und Heidi Bauer, die Vorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Mittelfranken, begrüßen konnte. Zudem dankte der Museumsdirektor dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie dem Förderverein Kulturzentrum Ostpreußen für die Unterstützung der Ausstellung.

Die freischaffende Künstlerin Monika Drach ging während der Eröffnung auf die verschiedenen Teile ihrer Rauminstallationen ein. Der Himmel über Ostpreußen, der besonders ausdrucksstark auf den Betrachter wirkt, zeigt sich besonders eindrucksvoll im Wolkenbild von der Weichselniederung über das Ermland bis nach Königsberg. „Der bestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir", schrieb schon der 1724 in Königsberg geborene Philosoph Immanuel Kant. Sechs Personen aus Frankfurt, Königsberg und Warlack, Glottau und Guttstadt in Polen haben das Filmmaterial für die Videoinstallation erarbeitet.

Unter dem Titel „more on Heimat" haben sich Nachkommen der zweiten Generation von Heimatvertriebenen in einem Internetforum getroffen. Sie leben in Deutschland, Kanada und Australien. Ihre Eltern stammen aus Ostdeutschland. Quer über den Globus entstand ein lebhafter Erfahrungsaustausch über die Heimat der Eltern, über eigene Migrationserfahrungen und darüber, was Heimat heute für sie bedeutet. Drach thematisierte die Internetgespräche in einer interaktiven Rauminstallation mit einem drehbaren Tisch. Die Besucher können sich an den Tisch setzen und werden auf diese Weise Teil der Forumrunde. So können die Texttafeln mit Auszügen aus den Gesprächen immer wieder neu zusammengestellt werden.



Immer wieder neue Fotos: Großes Interesse an der neuen Installation — Bild: mef

„Was bedeutet Heimat für Sie?" fragt Monika Drach in ihrem gleichnamigen Projekt elf Menschen, die im nördlichen Polen, der heute russischen Region um Königsberg und dem südwestlichen Litauen, somit in den ostpreußischen Regionen, leben. Nähe und Distanz, Heim und Grenzzaun werden von ihnen unter dem Prozess der globalen Entwicklung betrachtet. Alle drei Wochen schicken sie neue Heimat-Bilder nach Ellingen, die in die dortige Fotoinstallation integriert werden.

Dadurch befinden sich die Ausstellungsräume in einem ständigen Veränderungsprozess. Die fotografischen Heimat-Serien der Mitwirkenden aus Polen, Russland und Litauen werden so fortlaufend erweitert und gelangen in einen sich thematisch fortschreibenden Fluss: „Work in progress". *mef*

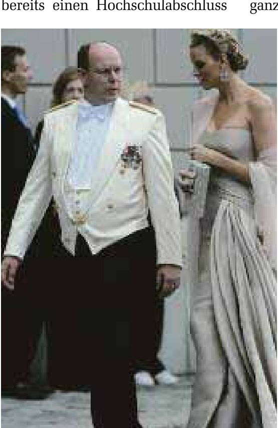
Die Ausstellung ist im Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, Ellingen, noch bis 24. Juli Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr zu sehen.
In die Ausstellung kann man sich unter www.grenzenloser-himmel.de einklicken. Dort besteht auch die Möglichkeit, für einen Fotostream mit dem Titel „Und was ist ihr Bild von Heimat" ein bis drei Fotos (zirka 700 x 500 Pixel) per Mail an die Adresse grenzenloser-himmel@gmx.de zu schicken.

Kluge Vorbilder

Partnerwahl: Kann die Zukünftige mit der Mutter mithalten?

Während in London das Tafelsilber für die Feierlichkeiten rund um die Hochzeit von Prinz William mit Kate Middleton längst geputzt ist und die Gläser der königlichen Hochzeitstafel für das große Ereignis am 29. April auf Hochglanz gebracht wurden, stehen die Organisatoren der Hochzeit im Fürstentum Monaco noch in den Startlöchern. Erwartet werden bis zu 50000 Touristen, die einen Blick auf das Hochzeitspaar Fürst Albert II. und Charlene Wittstock erhaschen wollen. Dazu kommen etwa 5000 geladene Gäste und mehr als 1000 Journalisten, die von dem Ereignis berichten wollen. Die standesamtliche Trauung wird am 1. Juli im Thronsaal des Palastes stattfinden, die kirchliche Trauung dann am 2. Juli im Hof des Palastes. Das „gemeine Volk" kann das Ereignis auf mehreren Großleinwänden verfolgen, die überall im Fürstentum aufgestellt werden. So manch einer wird sich dann an die Eheschließung von Fürst Rainier mit Gracia Patricia erinnern und die junge zukünftige Fürstin mit ihrer verstorbenen Schwiegermutter vergleichen, sind sie sich doch optisch zu ähnlich.

Männer wählen ihre Partnerin tatsächlich danach aus, ob sie mit ihrer Mutter mithalten können. Das gilt zumindest hinsichtlich der Bildung. In puncto Berufswunsch orientieren sich Jungen eher an der Tätigkeit, die ihr Vater ausübt, doch ob sie als Erwachsene später einmal eine Partnerin mit Hochschulexamen heiraten oder doch lieber eine mit Hauptschulabschluss, hängt in starkem Maße von der Bildung der Mütter ab. Das haben amerikanische Forscherinnen herausgefunden. Frauen haben als Mütter also großen Einfluss darauf, wie sehr ihr Sohn später die Bildungsgleichheit in der Partnerschaft leben kann. Und das wiederum hat Einfluss auf das zu erwartende Familieneinkommen. Die Forscherinnen der University of Iowa haben die Daten von über 3700 Testpersonen ausgewertet. Dabei stellten sie fest, dass fast 80 Prozent der Männer mit Hochschulabschluss, deren Mütter bereits einen Hochschulabschluss hatten, auch eine Partnerin mit Hochschulabschluss geheiratet haben. 19 Prozent der betreffenden Söhne wählten sogar eine Partnerin mit Universitätsdiplom, welches in den USA noch etwas qualifizierter als der übliche Hochschulabschluss ist. Männer mit Hochschulabschluss, deren Mütter ein Universitätsdiplom hatten, suchten sich in 67 Prozent der Fälle wiederum eine Partnerin mit Universitätsdiplom. Nur 27 Prozent der Männer wählten eine Hochschulabsolventin. Es ist also eine klare Tendenz zu erkennen: Mütter leben einen Bildungsstatus vor, nach dem Söhne sich ihre Partnerin aussuchen. Nur eine Minderheit studierter Männer entschied sich für eine Partnerin, die an das Bildungsniveau ihrer Mutter nicht ganz heranreicht. Andererseits verhält es sich aber auch so, dass Männer kaum eine Partnerin wählen, deren Bildungsgrad den ihrer Mutter übersteigt.



Glamourpaar: Albert II. und seine Verlobte Charlene — Bild: Armani

Wenn Männer sich bei der Partnerinnenwahl am Bildungsniveau ihrer Mütter orientieren, kann das handfeste finanzielle Vorteile mit sich bringen. Neben dem hohen Bildungsstand der Mütter muss allerdings auch deren Berufstätigkeit gegeben sein. Männer, deren Mütter einen entsprechenden Bildungsstatus hatten und berufstätig waren, erhöhten ihre Chance, eine Partnerin mit einem Jahreseinkommen von mehr als 50000 Dollar zu heiraten, um fast das Doppelte. „Wir haben es heute mit einer Generation junger Männer zu tun", erklärte Christine Whelan, die an der Untersuchung beteiligt war, „die mit klugen weiblichen Vorbildern aufgewachsen ist. Und in wirtschaftlich harten Zeiten nimmt die Möglichkeit, die finanzielle Last mit einer Partnerin zu teilen, die Bürde von den männlichen Schultern, der einzige Ernährer zu sein."

Corinna Weinert / os



Heimat als Motiv

Gertrud von den Brincken

Im kommenden Jahr – am 18. April 2012 – jährt sich der Geburtstag der deutschbaltischen Lyrikerin und Schriftstellerin Gertrud von den Brincken zum 120. Mal. Vor 100 Jahren erschien in Riga ihr erster Gedichtband mit dem Titel „Wer nicht das Dunkel kennt“. Durch ihn wurde die damals erst 19-jährige Dichterin in ihrer baltischen Heimat bekannt. Im Laufe ihres Lebens entstand ein reiches Oeuvre, welches 15 Gedichtsammlungen und 14 Romane sowie Novellen und Schauspiele umfasst. Sie alle sind bereits seit Jahrzehnten vergriffen und vergessen. Ihre frühesten Werke sind in keiner deutschsprachigen Bibliothek mehr aufzufinden.

In ihren Werken wirft Gertrud von den Brincken immer wieder existentielle Fragestellungen um den Sinn des menschlichen Lebens und Seins auf, welche von zeitloser Gültigkeit sind. Auch Heimat und Heimatlosigkeit wurden zu wichtigen Motiven ihres literarischen Schaffens. So ist aus Anlass des bevorstehenden 120. Geburtstages der Autorin sowie des 100. Erscheinungsjahres ihres ersten Gedichtbandes eine vierbändige Gesamtauswahl ihrer Lyrik von Iris von Gottberg herausgegeben worden.

Oft mit Agnes Miegel verglichen worden

Der erste Band mit dem Titel „Halt beschützend über mir die Hand – Frühe Gedichte (1911–1927)“ sammelt Verse aus ihren ersten fünf Lyrikbänden, die zwischen 1911 und 1927 in ihrer baltischen Heimat entstanden sind und ihren Erfolg als Dichterin begründeten. Tief anrührend sind hier besonders die Liebesgedichte, welche aus der Sammlung „Dass wir uns trennen mussten“ aufgenommen wurden und die ihre nie erfüllte Liebe zu einem katholischen Feldpriester zum Ausdruck bringen.

Der zweite Band „Durch die Lande geht ein großes Raunen – Balladen und lyrische Zyklen (1917–1927)“ ist der dramatischen Lyrik Gertrud von den Brinckens gewidmet. Nicht von ungefähr ist die Dichterin immer wieder mit Agnes Miegel verglichen worden, gehört sie doch zu den großen Autorinnen dramatischer Lyrik des 20. Jahrhunderts.

Die Gedichte des dritten Bandes „Doch auch ein Wort kann viel sein – Gedichte der Wanderschaft (1928–1961)“ zeugen von dem wechselvollen Schicksal der heimatlos gewordenen Dichterin. Das Leben führte sie und ihre Familie an viele unterschiedliche Orte, bis sie schließlich ab 1950 in Regensburg ihre letzte Bleibe fand. Der dritte Band wird im Juni erscheinen, der vierte Band mit dem Titel „Was ich noch sagen wollte – Späte Gedichte und zweistimmige Lyrik (1961–1982)“ voraussichtlich im Oktober. Aufgenommen wurden hier unter anderem Verse aus der Nachlassammlung „Ausklang“, die Gertrud von den Brincken in ihren letzten beiden Lebensjahrzehnten geschrieben hat. Bei diesem letzten Band überwiegt die für sie typische Gedankenlyrik, das Ringen um und mit Gott, das Nachsinnen über den Menschen und seine Verantwortung gegenüber den Mitmenschen.

Mit dieser Auswahl aus sieben Jahrzehnten literarischen Schaffens wird an die Dichtung der deutschbaltischen Autorin erinnert und der Reichtum ihrer Dichtung einer interessierten Leserschaft wieder zugänglich gemacht.

Caroline v. Keudell

Die jeweils 200 Seiten umfassenden Bände kosten im Buchhandel einzeln 14,95 Euro. Bei einer Subskription aller vier Bände direkt beim Verlag ist jeder Band für 12 Euro erhältlich. Verlag Winfried Jenior, Lassallestr. 15, 34119 Kassel, Telefon (0561) 7391621, jenior@aol.com



Am Puls einer Sprache

Germanist zeichnet die Geschichte des Deutschen nach

Da behaupte noch einmal jemand, Professoren wüssten nur gelehrte, dickleibige und schwer lesbare Werke zu produzieren. Der Kölner Germanist Karl-Heinz Göttert beweist einmal mehr das Gegenteil. Neben seinen fachwissenschaftlichen Arbeiten verfasste er eine Reihe von historischen Kriminalromanen, die neben einer spannenden Handlung auch äußerst geschickt Wissen transportieren. Nun hat Göttert mit „Deutsch – Biographie einer Sprache“ ein Buch geschrieben, welches in bester didaktischer Manier die Geschichte der deutschen Sprache vermittelt. Sachkundig ist das Buch fraglos, mit 400 Seiten auch nicht unbedingt schmal – aber eben hervorragend lesbar und lesenswert.

Unaufdringlich belehrend, immer wieder mit unterhaltsamen Anekdoten durchsetzt, führt Göttert durch die Entstehung und Entwicklung der Sprache, die nachweislich im Jahre 786 erstmals als „deutsch“ bezeichnet wurde. Allerdings ist dieser Beleg lateinisch verfasst. Es handelt sich um den Bericht eines päpstlichen Legaten, dass auf einer Synode die Beschlüsse laut verlesen worden seien. Und zwar in zwei Sprachen: Sowohl auf Latein als auch auf Deutsch („tam latine quam theodisce“).

Viel gibt es bei Göttert zu entdecken und wiederzuentdecken, wobei Sprach- und Literaturgeschichte natürlich auf das Engste miteinander verwoben sind. Auf die Rolle des Benediktinermönchs Notker wird verwiesen, der den Beinamen „der Deutsche“ erhielt. Eine große Anzahl von Werken übertrug er aus dem Lateinischen.

Erster schriftlicher Beleg stammt aus dem Jahr 786

Groß war der Einfluss der Rechtssprache. Dies ist bis auf den heutigen Tag erkennbar. So wird bei Gericht noch immer eine „Klage“ eingereicht. Ihren Ursprung hat diese Bezeichnung darin, dass in früherer Zeit „Klagen“ mündlich und entsprechend emotional verstärkt vorgetragen wurden.

In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts erarbeitete Eike von Repgow den „Sachsenspiegel“. Ungewöhnlich war dieses Rechtsbuch gleich in mehrfacher Hinsicht: Zum einen war es auf Deutsch (in diesem Falle Niederdeutsch) und nicht auf Latein geschrieben, zum anderen in Prosa und nicht, wie zu dieser Zeit üblich, in Reimen. Übrigens berief sich das Reichsgericht 1932 zum letzten Mal auf dieses Werk.

Wir begegnen den Epikern Hartmann von Aue und Wolfram von Eschenbach. In der Minnelyrik tat sich Heinrich von Morungen hervor, wegen der von ihm vielfach thematisierten unglücklichen Liebe heute auch gern als „Heulboje des Mittelalters“ bezeichnet.

Bekannt ist die große Bedeutung der Luther-Bibel für die deutsche Sprache. Ein Zentrum, welches die Sprachentwicklung steuerte, gab es allerdings nicht. Natürlich waren da immer wieder Versuche, verbindliche Standards festzulegen, etwa wenn es darum ging, den Einfluss anderer Sprachen abzuwehren. Hier tat sich beispielsweise Johann Heinrich Campe zu Beginn des 19. Jahrhunderts hervor. Ihm gelang es etwa, das Wort „Erdgeschoss“ für „Parterre“ zu etablieren. Mit den Begriffen „Zwangsgläubiger“ (statt „Katholik“) und „Freigläubiger“ (statt „Protestant“) war ihm weniger Erfolg beschieden.

Sprachpurismus ist nicht die Sache von Karl-Heinz Göttert. Auf die Zukunft des Deutschen blickt er sehr gelassen, er betont, dass sich Sprachen immer entwickeln und auf Austausch angewiesen sind. Insofern ist sein Werk auch ein wenig als Streitschrift gegen Jutta Limbachs Buch „Hat Deutsch eine Zukunft?“ von 2008 zu verstehen. Aber selbst wenn man dazu neigt, die diesbezüglichen Sorgen der ehemaligen Präsidentin des Goethe-Instituts zu teilen, so hat die deutsche Sprache doch mit Göttert einen guten Biographen gefunden.

Erik Lommatzsch

***Karl-Heinz Göttert: „Deutsch – Biographie einer Sprache“**, Ullstein, Berlin 2010, geb., 400 Seiten, 19,95 Euro*

Missstände aufgegriffen

SWG: Ob Bundeswehr, Islamisierung oder Problemfelder, Autoren beziehen Stellung

Wie zu jedem Jahreswechsel erschien auch diesmal eine neue Folge des von der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) herausgegebenen „Deutschland-Journals“ und wieder überrascht die Fülle politisch unkorrekter und daher nie langweiliger Beiträge zu den verschiedensten Problemen unserer Zeit. Wie der vor wenigen Jahren neu ins Strafgesetzbuch aufgenommene Paragraph 130 „Volksverhetzung“ die Meinungsfreiheit im „freien Westen“ einengt, damit beschäftigt sich der ehemalige Vorsitzende Richter am Landgericht Hamburg, Günter Bertram. Dieser einem Sondergesetz gleich kommende Paragraph hat in der Bundesrepublik ein Klima geschaffen, so der Autor, in dem die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit in gewissen Bereichen aufgehoben ist. So hat der schwammige Begriff der „Volksverhetzung“ beispielsweise zur Folge, dass jemand, dessen Äußerungen als „Verharmlosung“ (auch wieder so ein schwammiger Begriff) nationalsozialistischen Unrechts gewertet werden können, zu bis zu fünf Jahren Haft verurteilt werden kann, dass aber ein anderer, der Deutsche verunglimpft, indem er etwa fordert, britische Bomber sollten erneut deutsche Wohnviertel in Schutt und Asche legen („Bomber-Harris, do it again!“), straffrei bleibt.

Verunglimpfung Deutscher wird toleriert

General a. D. Reinhard Uhle-Wettler setzt sich kritisch mit dem Zustand der Bundeswehr auseinander. Er vertritt die Ansicht, wenn schon die Wehrpflicht aufgehoben wird, sollte an ihre Stelle wenigstens eine allgemeine Dienstpflicht für Frauen und Männer vom 18. bis zum 35. Lebensjahr eingeführt werden. Der Vorsitzende der SWG, Prof. Dr. Menno Aden, schreibt, die deutschen Siege in der ersten Phase des Ersten Weltkrieges, nämlich die Niederringung Frankreichs ebenso wie die Schläge, die England beigebracht wurden, seien die Grundlage gewesen für die Entkolonialisierung der riesigen Gebiete, die sich die beiden Hauptkolonialmächte angeeignet hatten. Daher erklärt er auch die bemerkenswerte Sympathie, die die Deutschen in diesen Ländern heute genießen und die die deutschen Regierungen nur nutzen sollten.

Mehrere Beiträge befassen sich mit der drohenden Islamisierung Deutschlands und Europas, die umso gefährlicher ist, als die Kirchen und hier speziell die Evangelische Kirche Deutschlands bedenkliche Aufweicherscheinungen aufweisen. Originell der Vorschlag, die beiden Kirchen sollten vereinigt werden, indem der Papst Luther heilig spricht und die katholische Kirche amtlich erklärt, es gebe keine Gründe mehr für die Kirchenspaltung. Davon verspricht sich der Verfasser eine Kräftigung beider nunmehr vereinigten Kirchen, die dann ein Bollwerk gegen die Islamisierung bilden könnten.

Weitere bemerkenswerte Beiträge zeigen auf, dass es zur Überwindung der deutschen Krise auch andere als die derzeit begangenen, aber ausgetretenen Wege gibt.

Hans-Joachim von Leesen

Das „Deutschland-Journal“, Ausgabe Weihnachten 2010, ist gegen Einsendung eines Fünf-Euro-Scheines pro Exemplar für Versandkosten und als Schutzgebühr erhältlich bei der SWG, Postfach 26 18 27, 20508 Hamburg.

HANS MAGNUS ENZENSBERGER
SANFTES MONSTER BRÜSSEL ODER DIE ENTMÜNDIGUNG EUROPAS
EDITION SUHRKAMP

Ideales Feld für Ethnologen

Hans Magnus Enzensberger nimmt auf amüsante Weise die EU aufs Korn

„Für was steht EUGöd?“ Die Frau in der U-Bahn neben mir, der Rezensentin, blickt mich fragend an. „Und für was steht ACER, CEPOL, CPVO und so weiter?“ Sie nimmt mir das Buch „Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas“ von Hans Magnus Enzensberger aus der Hand, liest den Titel und den Namen des Autors und gibt mir das Buch zurück. „Ich arbeite in der Verwaltung, kenne also viele Abkürzungen, nur das sagte mir eben nichts, als ich ihnen beim Lesen über die Schulter blickte“, erklärt sie ihre Frage und blickt dann prompt wieder aus dem U-Bahn-Fenster. An einer Antwort auf ihre Frage scheint sie nicht mehr interessiert, denn was bitte hat die EU mit ihrem Alltagsleben zu tun? Sehr viel, wie der Schriftsteller Enzensberger in dem vorliegenden Buch ausführt.

In dem nur 67 Seiten umfassenden Büchlein gelingt es dem Autor hervorragend, kurz, knapp und bündig all das an Brüssel aufzuzählen, was einen normalen Bürger zur Weißglut bringen könnte, wenn er denn überhaupt von all den Missständen wüsste. Doch heute nur, dass kaum ein Bürger weiß, was EUGöd ist, auch das EuroparlTV, in dem es vielleicht Berichte über die Arbeit der EU gibt und das die EU-Bürger pro Jahr zehn Millionen Euro kostet, kennt kaum jemand. Doch der Autor meint, dass die Politiker und Beamten in Brüssel gar nicht wollen, dass die EU-Bürger im Detail wissen, was dort geschieht. Als Beleg für seine These verweist er auf den Umstand, dass es in Brüssel Widerstand dagegen gibt, die jeweiligen Nettobeiträge der Länder zu veröffentlichen, da die „antieuropäische Lobby“ diese Zahlen gegen die EU verwenden könnte. Auch sei es schwer nachvollziehbar, wie viele Mitarbeiter die EU hat und wie viel diese verdienen. Presseberichten zufolge schwanke die Zahl der Beamten und Beschäftigen zwischen 15 000 und 40 000. Auch beschreibt der Autor die Personalauswahl der EU und bedauert amüsiert, dass es die „meisten Ethnologen eher nach Papua-Neuguinea als nach Brüssel zieht; denn dort würde sich der Forschung ein besonders eigentümliches Feld eröffnen.“

Transparenz ist nicht erwünscht

Enzensberger mokiert sich über das Brüsseler Streben nach totaler Vereinheitlichung: „Müssen nicht überall, ganz ohne Rücksicht auf Klima und Erfahrung, überall die gleichen Baustoffe verwendet werden? Kann es jedem Land überlassen bleiben, wie es in seinen Universitäten und Schulen zugeht? Wer sonst als die Kommission soll darüber befinden, wie der europäische Zahnersatz oder die europäische Kloschüssel auszusehen haben? Wäre nicht ein heilloses Durcheinander zu befürchten, wenn über solche Fragen in Stockholm oder London statt in Brüssel entschieden würde?“

Am Ende seiner Ausführungen verweist der Autor auf den preußischen General Clausewitz, der den Rückzug als die schwierigste aller Operationen ansah. Doch genau das sollte die EU wagen, denn „wer sich in eine Sackgasse verrennt und nicht umkehren kann, fordert der nicht seine eigene Niederlage heraus?“

Bel

***Hans Magnus Enzensberger: „Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas“**, Edition Suhrkamp, Berlin 2011, broschiert, 67 Seiten, 7 Euro*



Irrer Kerl

Lustige Alltagsanekdoten

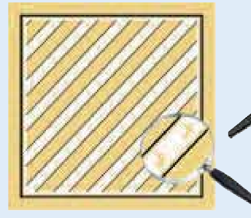
Ein Jahr in komischen Alltagsanekdoten vom Frühling über den Winter bis zum Zweiten Frühling, die einen oft zum lauten Lachen, selten zum Weinen vor Lachen, aber immer zum Schmunzeln bringen. So erzählt Horst Evers in seinem neuen Werk „Für Eile fehlt mir die Zeit“ über erste Annäherungen mit dem Internet, über Nachbarschaft und Freundschaft, die Vor- und Nachteile einer übers Internet programmierbaren Kaffeemaschine, was man mit Mathematik alles anfangen kann und dass es nicht immer wichtig ist, einen Zettel mit Stift auf seinem Nachttisch liegen zu haben. Evers 49 kleine Erzählungen sprudeln nur so vor Witz und sein Ideenreichtum ist unergründlich. So zum Beispiel der absurde Einfall, Krempel, der im Weg herumsteht, per Post an sich selbst zu verschicken, um so mehr Platz zu schaffen. Leider ist es nicht möglich, ein Paket per Seeweg von einer Stadt in dieselbe zu verschicken, um noch länger mehr Platz in der eigenen Wohnung zu haben. Schließlich blieb dem Protagonisten doch nichts anderes übrig, als aufzuräumen und den Krempel zu entsorgen, und zwar beim Sperrmüll.

Die wenigen schwächeren Erzählungen in „Für Eile fehlt mir die Zeit“ fallen nicht ins Gewicht und nach dem „Zweiten Frühling“ sind diese schnell vergessen. Sinn, Tiefsinn und Unsinn – ein ideales Buch zum Sich-Selber-Schenken.

Christiane Rinser

***Horst Evers: „Für Eile fehlt mir die Zeit“**, rowohlt, Berlin 2011, broschiert, 224 Seiten, 14,95 Euro*

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

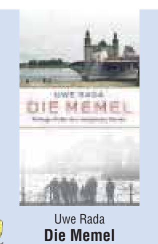


Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

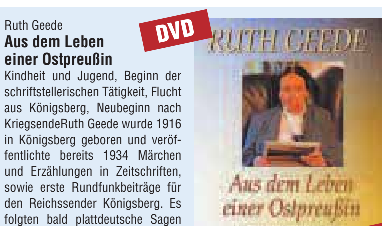
Die Geschenkidee zu Ostern – Nur bei uns!

je € 29,95



Uwe Rada
Die Memel
Kulturgeschichte eines europäischen Stromes
Geb., 366 Seiten mit SW-Fotos im Text, 8 farb. Fototafeln
Best.-Nr.: 7077, € 19,95

DVD



Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin
Kindheit und Jugend, Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit, Flucht aus Königsberg, Neubeginn nach KriegsendeRuth Geede wurde 1916 in Königsberg geboren und veröffentlichte bereits 1934 Märchen und Erzählungen in Zeitschriften, sowie erste Rundfunkbeiträge für den Reichssender Königsberg. Es folgten bald plattdeutsche Sagen und Erzählungen, Dramen und Lustspiele. Sie leitete 40 Jahre die Redaktion eines Niedersächsischen Zeitungsverlages in Hamburg. Außerdem ist sie Mitarbeiterin der ersten Stunde beim Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, sehr viele zu Ostpreußen, aber auch Reiseführer, Kochbücher und Chroniken. Ruth Geede lebt in Hamburg und wünscht sich, noch recht lange schreiben zu dürfen. Sie ist Trägerin des Preußenschildes und des Bundesverdienstkreuzes.

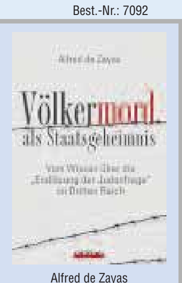
Laufzeit: ca. 90 Min.
Best.-Nr.: 5325

Angebot gültig bis Ende Mai 2011

statt € 14,95 nur noch € 9,95



Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000, Karte 75 x 50 cm, gefalzt, 15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067, € 5,95



Alfred de Zayas
Völkermord als Staatsgeheimnis
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7082, € 26,90

Elch, großes Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013

€ 149,95





Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb. Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm
Best.-Nr.: 7085, € 9,95



Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Arno Surminski führt in diesen authentischen Lebenslauf eines ostpreußischen Jungen ein.Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht, um dann doch nicht in den Westen zu gelangen, sondern in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände zu fallen. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Doch dann brach eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Den ganzen Tag schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Zwischendurch und nachts organisieren sie das bisschen Essen, das das Überleben ermöglicht. Die „lange Flucht" dauerte dreieinhalb Jahre, und sie endete in einem Flüchtlingslager in der Lüneburger Heide. Die Geschichte liest sich wie ein Abenteuerroman, war aber traurige Realität.

NEU

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084

€ 19,95





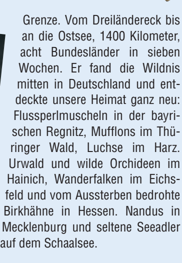
PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



FROHE OSTERN
Wünscht Ihnen Ihr Preußischer Mediendienst





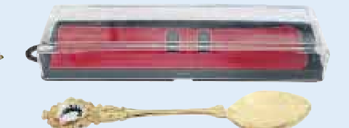
Andreas Kieling
Ein deutscher Wandersommer
1400 Kilometer durch unsere wilde Heimat
Deutschland: ein unentdecktes Paradies. Nach Abenteuern in allen Kontinenten hat der Autor ein unbekanntes Paradies entdeckt – unsere Heimat Deutschland. Jetzt schildert er die intensivsten Erlebnisse seiner spannenden Wanderreise. Er bereiste die ganze Welt und kam exotischen Tieren so nahe wie sonst niemand. Die überraschendste Entdeckungstour aber wurde für ihn seine deutsche Heimatwanderung: mit seiner treuen Hündin Cleo entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Vom Dreiländereck bis an die Ostsee, 1400 Kilometer, acht Bundesländer in sieben Wochen. Er fand die Wildnis mitten in Deutschland und entdeckte unsere Heimat ganz neu: Flussperlmuscheln in der bayrischen Regnitz, Mufflons im Thüringer Wald, Luchse im Harz. Urwald und wilde Orchideen im Hainich, Wanderfalken im Eichsfeld und von Aussterben bedrohte Birkhähne in Hessen. Nandus in Mecklenburg und seltene Seeadler auf dem Schaalsee.

Mit 52 farbigen Fotos, 12 Schwarz-Weiß-Fotos und mit einer Karte
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7096

€ 22,95

Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

nur € 12,95





2 CDs

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Merlene Dietrich,u.v.a
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Verteilkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte. Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Mit dem Ostpreußenlied

CD



Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Streifzüge durch Ostpreußen
Eine Bilderreise durch Ostpreußen
Ostpreußen ist Luise Wolfram ans Herz gewachsen. Nach längeren Aufenthalten in Königsberg/Kaliningrad und vielen Reisen in die Region kennt sie die schönsten Schauplätze dieser unvergleichlichen Landschaft, die heute zu Polen, Russland und Litauen gehört. Und sie kennt die Fragen, die angesichts der wechselvollen Geschichte des Landes gestellt werden.
Erstklassige Naturaufnahmen und die teilweise von Luise Wolfram selbst verfassten Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und alten Ordensburgen.

Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos
Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

statt € 7,95 nur noch € 4,95



statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800,
statt € 9,90 nur noch € 3,95



CD

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 13,90

Elch-Standbild

Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe



Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627

€ 99,95

Ostdeutsche Küche



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



statt € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820, € 7,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6765, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger





Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Preußen-Schlüsselanhänger

Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 16/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Verdi: Schlechter Arbeitgeber

Berlin – Martin Lesch, Vorsitzender des Verbands der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB), kritisiert anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Gewerkschaft Verdi deren Personalpolitik. Zu viele Chefs, zu wenig einfache Angestellte, radikaler Stellenabbau, keine Angebote für Altersteilzeit und Personalentwicklung: Verdi ist aus VGB-Sicht ein Arbeitgeber der schlimmsten Sorte. *Bel*

»Bodenreform« für Frauen

Berlin – Die Linksfraktion im Deutschen Bundestag forderte am 15. Mai eine geschlechtergerechte Agrarförderung. Damit will die Partei „Die Linke“ nicht nur die von ihr behauptete Lohndiskriminierung von Frauen in ländlichen Räumen beenden und dafür sorgen, dass diesen in landwirtschaftlichen Betrieben mehr Verantwortung übertragen wird. Die in Sachen Bodenreform historisch vorbelastete Partei will auch die Eigentumsanteile von Frauen in den Landwirtschaftsbetrieben erhöhen. *Bel*

ZUR PERSON

Sprengt er den Rettungsschirm?

Nicht nur von seiner äußeren Erscheinung her ist **Timo Soini** ein Schwergewicht. Zukünftig wird in Finnland keiner mehr an dem Vorsitzenden der Partei „Wahre Finnen“ vorbeikommen.

Der 1962 geborene Politologe Soini arbeitete zunächst in der Wirtschaft, bevor er sich ganz der Politik verschrieb. Von 1992 bis 1995 war er Generalsekretär der Bauernpartei, die 1995 in der neu gegründeten Partei „Wahre Finnen“ aufging. 1997 wurde er zu deren Parteichef gewählt und gehörte von 2003 bis 2007 dem finnischen Parlament an. Bei den Wahlen zum Amt des finnischen Staatspräsidenten erzielte er 2006 unter den acht Kandidaten das fünftbeste Ergebnis. Seit 2009 ist er Europaabgeordneter.

Politisch setzt sich der rechtskonservative Parteichef für mehr „Finnentum“, soziale Gerechtigkeit, eine restriktive Ausländerpolitik, das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen und ein umfassendes Abtreibungsverbot ein. Um die Souveränität seines Landes zu wahren, lehnt er einen Nato-Beitritt ab und schließt selbst einen Austritt aus der EU nicht aus. Mit seiner Kampagne gegen den Euro-Stabilitätspakt hat er das den Wahlkampf beherrschende Thema gesetzt, das ihm Wähler aller politischen Richtungen zuführte.



Alles deutet darauf hin, dass er der nächsten Regierung angehören wird. Grundsätzlich wären alle Parteien zu einer Koalition mit den „Wahren Finnen“ bereit. Doch die Regierungsbildung könnte sich schwierig gestalten. Denn Soinis wichtigstes Vorhaben, die von der Regierung bereits abgesegneten Euro-Finanzhilfen im Parlament nicht zu ratifizieren, stößt bei seinen potenziellen Koalitionspartnern auf entschiedenen Widerstand. Trotzdem, Soini ist sich sicher: „Es wird ein anderes Finnland geben.“ *J.H.*

Manchmal ist man nur einen Steinwurf entfernt von der Verantwortung, Joschka!

Grüner Altvorderer

Zeichnung: Mohr

Schnelle Hasen

Welchem Tier unsere Politiker nacheifern, wie mal wieder alles alternativlos wurde, und wie uns Philipp Röslers Mitgefühl tröstet / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Zu Ostern blicken uns von allen Bildern niedliche Hasen an: Schlau sehen die aus, und sind dabei atemberaubend schnell und wendig. Auf bis zu 70 Kilometer pro Stunde kann Meister Lampe beschleunigen und dabei Haken schlagen, dass es jedem Jagdhund die Lunge aus dem Hals treibt.

Tolle Tiere, da sind sich alle einig. Und wie seit jeher ist der Mensch bemüht, von den Tieren zu lernen. Der sehnsüchtige Blick zu den Vögeln war es schließlich, der unsere Vorfahren das Fliegen lehrte. Ohne die Gefiederten wären wir vermutlich nie drauf gekommen, dass wir uns auch durch die Luft fortbewegen könnten.

Während die Flugzeugpioniere den Vögeln nachgeschmachtet haben, blickten unsere Politiker sehnsuchtsvoll den Hasen hinterher. Uns kommt im Traum der Politiker die Rolle des erschöpften Dackels zu: Gern würden wir die Langohren einholen und an einer Stelle fixieren, doch bei den Haken und der Geschwindigkeit können wir nur staunend hinterher hecheln.

Es ist ja erst Wochen her, dass die Kanzlerin ihren Atomkurs um 180 Grad abwinkelte, nachdem in Fukushima die deutsche Welt untergangen war: Raus, nur raus aus der Kernkraft, hieß der neue Kurs, dem der Rest der Hasenbande parteiübergreifend folgte. Und nicht genug, die Schau geht weiter: Schon zeichnet sich die nächste Wende ab.

In der SPD breitet sich nämlich die Furcht aus, über die eigenen Vorderläufe zu stolpern und darauf vom bösen Wolf des Volkszorns gerissen zu werden. Wieso? Na ja: Noch sind die Deutschen ja ganz begeistert vom „sofortigen Ausstieg“ aus dem Teufelskram. Schließlich haben uns die Fachleute versprochen, dass der Ausstieg nicht nur kaum etwas kostet, sondern sogar noch Geld einbringt – ist doch wunderbar!

Indes: Es sind dieselben Fachleute, die uns vor Jahren vorgeschwärmt haben, dass uns unsere Hundert-Milliarden-Subvention für die Solarwirtschaft am Ende alle reich machen würde, weil dann drei Viertel der Welt unsere Solargeräte kaufen müsse. Die Sache kam etwas anders: Ausländische Hersteller haben sich drei Viertel des deutschen Marktes an Solaranlagen gegriffen und so ordentlich an der „Solarstromvergütung“ verdient, kurz: Wir haben vor allem Chinesen subventioniert. Mit der Erfahrung im Genick sind manche Deutsche misstrauisch geworden und fragen (aber erst, nachdem ihre Köpfe einen Teil der Empörungs-Restwärme von Fukushima wieder abgegeben haben) nach den Kosten der neuerlichen „Energiewende“.

Was die SPD damit zu tun hat? Nun, die Sozialdemokraten muss kürzlich jemand daran erinnert haben, dass sie die „Partei der kleinen Leute“ sein will, weshalb ihr die Frage nach der Rechnung besonders gefährlich werden könnte. Ihr Fraktionsvorsitzender Steinmeier barmte daher vergangenes Wochenende, bei den Kosten doch wenigstens an die Industrie zu denken, kurzum: ein wenig auf die Bremse zu treten.

> Atom-Ausstieg: Es geht wie beim Euro. Das Projekt ist viel zu schön, als dass einer nach den Kosten fragt

Für Schwarz-Gelb gar nicht so einfach, weil für Union und FDP der jüngste Haken der schärfste war. So kurz danach noch eine solche Biege hinzulegen und vom knalligen Anti-Atom-Kurs nun schon wieder auf einen pragmatischen Weg zu wechseln, das könnte selbst den gelenkigsten Rammler aus der Kurve schmeißen.

So verlegt man sich auf die Baldriantherapie: Wirtschaftsminister Brüderle schätzt die Kosten für den Turbo-Ausstieg öffentlich auf nur zwei Milliarden. Glaubt er das selber? Vermutlich nicht. Moderate Stimmen gehen von um 20 Prozent höheren Strompreisen aus, weniger nette gar von 30 bis 50 Prozent.

Daher reden die Politiker am liebsten gar nicht über Zahlen, weichen konkreten Auskünften über Kosten soweit es geht aus. Ihre Antworten erinnern dabei stark an jene, welche die skeptischen Stimmen erhielten, die einst nach den Kosten des Euro fragten: Das sei alles noch gar nicht abzusehen. Und außerdem: Nur nach den Kosten zu fragen, lenke vom großen Ziel ab. Das wunderbare Reformwerk sei historisch alternativlos und außerdem seien wir es unseren Kindern schuldig.

Himmel, was wir denen schon alles schuldig sind! Die Begleichung von Staatsschulden in Höhe von 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Reparatur eines Jahr für Jahr maroderen Straßennetzes und der modernden Schulen und Universitäten samt dem dahinsiechenden Bildungssystem, die Grundsanierung eines erwiesenermaßen ineffizienten Sozialstaats und nun auch noch die Rettung von Griechenland, Irland, Portugal und wer da sonst noch kommt.

Da kommt es auf eine Ad-hoc-Energiewende mit „möglicherweise“ desaströsen Folgen für die Strompreise in der Industrie gar nicht an: Immer druff, das wird schon. In 20 Jahren sollen die anderen Völker, die uns heute auslachen wegen unserer Selbstausweidung, mal sehen: Dann haben wir das gute Gewissen und ihr bloß Industrie, Wohlstand und Geld für Schulen und Straßen!

Die dramatisch forcierte Energiewende wird nämlich bestimmt dabei helfen, jene schrecklichen Ungleichgewichte zu beseitigen, welche Deutschland so aufreizend gut durch die jüngste Weltwirtschaftskrise haben gleiten lassen. Das habe auch daran gelegen, dass die Deutschen immer noch eine ziemliche große und irritierend konkurrenzfähige Industrie besäßen, schimpfen unsere Freunde.

Indes: Ein Großteil der Produktionskosten fällt heute nicht mehr in die Lohntüten der Beschäftigten, sondern verschwindet durch die Stromleitung. Mit ökologisch aufgeblähten Strompreisen könnten Produktionsverlagerungen ins Ausland im ganz großen Stil befördert werden, sodass sich dieser für das Ausland inakzeptable deutsche Vorteil ganz schnell erledigen könnte.

Was wir unseren Kindern schuldig sind? Vor diesem Hintergrund vor allem eines: Mitgefühl. Dass eine Generation die materielle Basis der nächsten ohne Kriegseinwirkung in solcher Geschwindigkeit verballert, das hat es nämlich noch nie gegeben.

Philipp Rösler hat das als erster erkannt und den „mitfühlenden Liberalismus“ zu Wasser gelassen in das Meer der Tränen unserer Rührung über das Schicksal unserer Nachkommen. Schluss soll sein mit der „Verengung auf wirtschaftliche Themen“ in der FDP. Wer kann sich auch für so etwas Schnödes wie Wirtschaft interessieren, wenn es „um die Zukunft unserer Kinder“ geht. Und sollen die zwischen Kupferhütten und Atomkraftwerken, neben Autofabriken und Hochspannungsleitungen leben? Nein, und das werden sie auch nicht, wenn wir unsere erfolgreiche, von menschlicher Wärme statt kalter Faktenhuberei gestaltete Politik nur konsequent fortsetzen.

Es geht auf allen Ebene voran: Wie viel menschlicher wir bereits geworden sind, sieht man nicht bloß an den Wahlergebnissen der Grünen oder der neuen Herzlichkeit der Liberalen. Das verraten sogar sprachliche Nuancen. In den 80ern wurde eine junge grüne Bundestagsabgeordnete noch Opfer dröhnenden Gelächters, weil sie einen Satz mit „Ich finde ...“ begann. Nicht deine kindischen Empfindsamkeiten interessieren hier in der Volksvertretung, sondern Fakten und hart zu verteidigende Auffassungen – so die eiseskalte Botschaft der belustigten Parlamentarier.

Über diese frostige Epoche sind wir weit hinausgewachsen. Heute „findet“ sogar die CDU-Kanzlerin jeden Tag alles Mögliche. Die Politiker haben eben begriffen, dass wir viel lieber geknuddelt werden wollen als regiert, dass unsere Stimmungen uns weitaus wertvoller sind als „faktenorientierte Staatsführung“. Deshalb mögen wir den hakenschlagenden, wuscheligen Hasen auch viel lieber als die grauen Leitwölfe von einst, die grimmig den Kurs vorgaben. Zwar hatten die ein Ziel und man konnte sie packen und festnageln, wenn's einem nicht gefiel, während einem der hakenschlagende Hase beständig davonglitscht. Doch dafür sieht der Hase viel mitfühlender aus, finde ich.

MEINUNGEN

*Bundesinnenminister **Hans-Peter Friedrich** widersprach am 13. April im Bundestag deutlich den Forderungen der Opposition, Italien einige der **„Bootsflüchtlinge“** abzunehmen:*

Zuletzt kam es zur Ausreise von etwa 25 000 Personen in Richtung Europa ... Davon sind etwa 22 000 bis 23 000 Personen in Italien angekommen. Man schätzt, dass die Hälfte davon schon in weitere Länder gereist ist. Das Interessante ist: Von den gut 22 000 Personen haben gerade einmal zehn Prozent einen Asylantrag gestellt. Das heißt im Rückschluss: Die anderen wissen möglicherweise von vornherein, dass sie einem Asylantragsverfahren gar nicht standhalten, sondern gleich zurückgeschoben würden. Man kann also davon ausgehen, dass es sich überwiegend um Wirtschaftsflüchtlinge handelt. Natürlich ist es richtig, dass auch Wirtschaftsflüchtlinge arme Menschen sind, ... Wir können nicht alle Menschen, die irgendwo in der Welt in Not sind, aufnehmen; wir müssen doch gemeinsam den Ansatz wählen, ihnen dort zu helfen, wo sie leben, also in ihren Ländern.“

*„Spiegel“-Autor Christoph Schwennicke hat Bundespräsident **Christian Wulff** einige Tage begleitet. Sein Fazit über Deutschlands Staatsoberhaupt:*

„Wulff ist ein Mann aus Osnabrück. Er ist aber auch ein Mann wie Osnabrück. Osnabrück gilt gemeinhin als ausgesprochen langweilig, aber die Menschen leben dort gern. Osnabrück ist glückliche Langeweile oder langweiliges Glück, wie man will.“

Mephistophelisches

Selbst wo nicht Begriffe fehlen,
ist das Leben oft verzwackt –
Schuld zum Beispiel kann zwar quälen,
auch wenn als Begriff abstrakt.

In der Mehrzahl wird hinwieder
Schuld auf einen Schlag konkret,
wenigst wenn es fromm und bieder
um die kleinen Schulden geht.

Ist ja hier für Kreditoren
das Inkasso kein Problem,
und geht wirklich was verloren,
kommt's von andern rein bequem.

Andrerseits die besten Karten
hat, wer Riesenschulden macht,
denn da müssen Geber warten,
die das vorher nicht bedacht.

Und indes zuviel sie wagten,
fällt's, weil aktuell, mir ein:
Ad calendas graecas sagten
Römer für Sankt Nimmerlein.

Jedenfalls die größten Pleiten
– was man weiß, nur stets vergisst –
macht der Staat seit alten Zeiten
– ohne dass wer schuld dran ist!

Schulden sind dann weiter Faktum
und – nicht minder kurios –
als Begriff zugleich Abstraktum,
weil ganz unbegreiflich groß!

Doch dass Schuldner nimmer dulden,
stellt sich trefflich ein das Wort,
sie in Unschuld umzuschulden –
Schulden sind, o Wunder, fort.

Und indem man andre rettet,
legt man uns, die solcherart
liegen, wie man gern uns bettet,
nämlich ungefedert hart!

Ach wie heilig einst sie schworen,
sei ja bloß 'ne Garantie –
ein Placebo für die Ohren,
grau wie alle Theorie ...

Pannonicus